

stimmung zeigt. Wir, die wir hier als berufene Mitglieder des Vorstandsrates anwesend sind, wollen das Beste des Vereins; wir können aber in dieser Absicht verschiedener Ansicht und Meinung sein, und wie überall, so muß dann auch bei uns die Majorität entscheiden, und die Minorität sich fügen.

In diesem Sinne, meine hochverehrten Herren vom Vorstandsrat, eröffne ich die heutige Vorstandsratssitzung.

Mit der Führung des Protokolls beauftrage ich unseren Generalsekretär, Herrn Prof. Dr. R a s o w; Herr Dr. S c h a r f wird ihn dabei unterstützen und die Rednerliste führen.“

Der Vorsitzende schlägt sodann vor, die gedruckt vorliegende Tagesordnung so abzuändern, daß nach den Punkten 1 bis 6 Punkt 8, dann Punkt 13—17 und darauf erst die anderen Punkte zur Verhandlung kommen.

Es wird diesem Vorschlag gemäß beschlossen.

V o r s.: „Ehe wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich die Herren vom Vorstandsrat bitten, den Vorstand wie bei früheren Tagungen, so auch diesmal zu unterstützen, indem Sie uns überall, wo es möglich ist, helfend zur Seite treten.“

1. Der Geschäftsbericht des Vorstandes

liegt gedruckt vor und wird einstimmig genehmigt; er lautet:

Von erheblicher Bedeutung für unser Vereinsleben war in dem abgelaufenen Jahre der VII. internationale Kongreß für angewandte Chemie zu London, Pfingsten 1909.

Der von dem englischen Komitee gewählte und festgehaltene Termin brachte es mit sich, daß unsere Hauptversammlung von ihrer seit vielen Jahren gewählten Zeit verlegt werden mußte; war es doch bei der Stellung, die Deutschland und unser Verein in der Chemie und insbesondere in der angewandten und technischen Chemie einnimmt, ganz undenkbar, daß wir gleichzeitig mit dem internationalen Kongreß unsere Jahresversammlung abhielten. So sind denn über 300 Mitglieder unseres Vereins zu Pfingsten 1909 in London gewesen und gedenken jetzt mit herzlichem Dankgefühl zurück an die glänzende Gastfreundschaft, die sie dort genossen haben. Auch für die meisten unserer Fachgruppen war die Londoner Tagung bedeutungsvoll; traten sie doch dort zum ersten Male und mit einem wohlvorbereiteten Programm geschlossen auf. Wir können getrost sagen, daß in den Sektionen des Kongresses am besten gearbeitet und am meisten geleistet worden ist, für die unsere Fachgruppen vorgearbeitet hatten.

Für diejenigen unserer Vereinsmitglieder, denen es nicht vergönnt war, an dem Kongreß teilzunehmen, haben wir in unserer Vereinszeitschrift einen Bericht geliefert, der an Vollständigkeit und Schnelligkeit des Erscheinens alle anderen Berichte weit übertraf. Wir kommen auf den Kongreß bei Gelegenheit des Berichtes über unsere Zeitschrift nochmals zurück, möchten aber schon hier hervorheben, daß eine Berichterstattung, wie wir sie durchgeführt haben, nur unter Aufwendung sehr beträchtlicher Mittel und angestrengtester Arbeit der Redaktion möglich war.

Bei Gelegenheit des VII. Kongresses sind auch

die in früheren Jahren schon gerügten Mängel in der Organisation der Kongresse wieder deutlich zutage getreten. Unser Vorsitzender hat schon in seiner Schlußrede in der Geschäftssitzung der Frankfurter Hauptversammlung darauf hingewiesen, daß es notwendig ist, die Kongresse statt auf nationale Komitees, die zwar die meisten hervorragenden Vertreter unseres Faches umfassen, aber keine dauernde Organisation darstellen, auf die nationalen Vereine zu basieren. Nur diese Vereine sind imstande, in der Zwischenzeit die schwelenden Fragen durchzuarbeiten und so vorzubereiten, daß darüber auf den internationalen Kongressen gründlich und erfolgreich beraten werden kann; nur so werden die Beschlüsse der Kongresse wirkliche Bedeutung erhalten. Auch dürfte es sich empfehlen, die Kongresse statt alle 3 nur alle 5 Jahre abzuhalten, damit die Resultate des vergangenen Kongresses in Ruhe bearbeitet und die Verhandlungsgegenstände des kommenden mit aller Gründlichkeit vorbereitet werden können. Es steht zu hoffen, daß viele unserer Wünsche bereits auf dem VIII. internationalen Kongreß, der zu Neu-York im Herbst 1912 stattfinden wird, verwirklicht werden. Unsere Fachgruppen bitten wir, recht frühzeitig mit ihren Vorbereitungen für diesen Kongreß zu beginnen. Wir zweifeln nicht, daß die amerikanischen Fachgenossen alles daran setzen werden, den VIII. Kongreß seinen Vorgängern mindestens ebenbürtig zu gestalten, und wir wissen, daß die amerikanischen Chemiker, in erster Linie unser Bezirksverein Neu-York, dafür sorgen werden, daß die Reise über den Ozean sich für unsere Vereinsmitglieder lehrreich und genußreich gestaltet.

Die Befürchtung, daß die Hauptversammlung unseres Vereins durch die Verlegung in den September und durch die Pfingstreise vieler unserer Mitglieder nach London beeinträchtigt werden könnte, hat sich nicht bewahrheitet; dank der aufopfernden Arbeit unseres Frankfurter Bezirksvereins und der glücklichen Lage der altberühmten Reichsstadt inmitten eines Zentrums der chemischen Großindustrie war die zweite Frankfurter Hauptversammlung eine der glänzendsten, die wir je gehabt haben.

Ihre besondere Bedeutung erhielt die Versammlung dadurch, daß fast alle Fachgruppen unseres Vereins Sitzungen mit hochinteressanten Vorträgen und Debatten abhielten, und daß sich die Sitzungen in einem Gebäude und so einrichten ließen, daß die versammelten Chemiker in der Lage waren, an den Verhandlungen verschiedener Fachgruppen teilzunehmen. Wir hoffen, damit ein Vorbild für die künftigen Tagungen unseres Vereins geschaffen zu haben.

Dem Ziele unseres Vereins: einen Zusammenschluß aller deutschen Chemiker zu einem mächtigen Ganzen zu bilden, sind wir im vergangenen Jahre wieder ein Stück näher gekommen. Wir bitten aber unsere Mitglieder und Abteilungen, nicht nachzulassen in der Werbetätigkeit; es gibt noch so manchen Fachgenossen, bei dem ein Hinweis auf die Zwecke und Einrichtungen des Vereins genügte, um ihn zum Beitritt zu bewegen. Die Geschäftsstelle hat für diesen Zweck ein Merkblatt herausgegeben, das mit Werbezetteln und Probeheften zusammengelegt und kostenlos versandt wird. Erneut richten

wir aber auch die Bitte an unsere Vereinsmitglieder, durch Überweisung von Anzeigen an die Vereinszeitschrift dieser und damit dem Verein die für die Durchführung ihrer Aufgaben nötigen Mittel zuzuführen. Über die Einrichtungen des Vereins und ihr Wirken im vergangenen Jahre ist auf den folgenden Blättern ausführlich berichtet.

Auf einige Punkte möchten wir aber hier noch besonders hinweisen:

1. Die Rechtsauskunftsstelle ist wiederum sehr häufig in Anspruch genommen worden, sie hat sich zu einem höchst wichtigen Faktor im Vereinsleben entwickelt (s. S. 1643).

2. Der soziale Ausschuß hat im vergangenen Jahre eifrig gearbeitet und vor allem bei den schwierigen Verhandlungen über die Anträge des Frankfurter Bezirksvereins klarend und vermittelnd mitgewirkt (s. S. 1638).

3. Die Vermittlungsstelle für Vorträge ist mehrfach in Anspruch genommen worden; die Benutzung dieser Vereinseinrichtung könnte aber noch lebhafter sein (s. S. 1648).

4. Ein neuer Vorzugsvertrag über Haftpflichtversicherung ist abgeschlossen worden; verschiedene andere Vorzugsverträge sind in Vorbereitung (s. S. 1589).

5. Das Generalregister der ersten zwanzig Bände der Zeitschrift für angewandte Chemie wird im Oktober 1910 fertig werden und sofort zur Versendung kommen (s. S. 1618).

6. Die Geschäftsstelle des Vereins und die Redaktion sind im Mai 1909 in schöne neue Räume, Leipzig, Stephanstraße 8, übersiedelt, in denen es endlich möglich war, die allmählich wachsende Vereinsbibliothek übersichtlich aufzustellen (s. S. 1595).

7. Stiftungen. Zum erstenmal können wir über Stiftungen zugunsten unseres Vereins berichten. Der Verein empfing im Frühjahr 1909 die E. A. Merck - Stiftung, welche den Grundstock zu einem Pensions- und Unterstützungsfoonds für die Vereinsbeamten bilden soll, und im Herbst die C. Duisberg - Stiftung, aus deren Zinsen Preise für Arbeiten auf dem Gebiete der Farbenchemie und pharmazeutischen Chemie zu verleihen sind.

Vereinsstatistik.

Die Gesamtzahl der Mitglieder betrug am 31. Dezember 1908 3962
Neugemeldet wurden vom 1. Januar bis 31. Dezember 1909 433
Zusammen 4395

Ausgeschieden sind:

a) Gestorben vom 1. Januar bis 31. Dezember 1909 32
b) Ausgetreten 232 264
Daher Mitgliederstand am 31. Dezember 1909 4131

Ein erfreuliches Bild der Entwicklung des Vereins seit dem 1. Januar 1888 wird durch die nachfolgende Übersicht gegeben:

	Mitgliederbestand	Neugemeldet im laufenden Jahr	Ausgetreten	Gestorben	Reiner Zuwachs	Zahl der Bezirkvereine	Fachgruppen
1888	—	—	—	—	237	—	—
1889	237	—	—	—	192	4	—
1890	429	—	—	—	139	5	—
1891	568	—	—	—	135	6	—
1892	703	—	—	—	93	7	—
1893	796	—	—	—	64	8	—
1894	860	—	—	—	260	9	—
1895 ¹⁾	1120	—	—	—	9	9	—
1896	1129	—	—	—	162	10	—
1897	1291	—	—	—	102	10	—
1898	1393	487	65	14	388	12	—
1899	1781	388	57	16	315	15	—
1900	2096	430	105	15	310	18	—
1901	2406	341	143	17	181	19	—
1902 ²⁾	2587	379	187	23	169	19	—
1903	2756	357	187	19	151	19	—
1904	2907	402	156	35	211	19	—
1905	3118	357	173	20	164	19	—
1906	3282	335	180	34	121	19	—
1907	3403	602	278	35	289	19	2
1908	3692	494	196	28	270	19	11
1909 ³⁾	3962	433	232	32	169	19	12
1910	4131						

Aus dieser Zusammenstellung geht hervor, daß die Werbekraft unseres Vereines im vergangenen Jahre nur um ein wenig geringer gewesen ist als im Jahre 1908 und die der meisten vorhergehenden Jahre noch erheblich übertroffen hat. Andererseits ist aber die Zahl der Austritte wieder etwas größer geworden, wenn sie auch mit knapp 6% des Mitgliederbestandes nicht übermäßig groß erscheint. Immerhin bewirken die kleinen Abnahmen bei den Eintreten und die Zunahme bei den Austritten einen Rückgang des reinen Zuwachses um rund 100 im Vergleich zu den beiden Vorjahren. Durch die erhöhte Werbetätigkeit der Geschäftsstelle ist inzwischen eine erfreuliche Zunahme der Zahl der Neuanmeldungen gegenüber dem Anfang des Jahres 1909 zu bemerken. Wir bitten aber unsere sämtlichen Mitglieder und die Abteilungen des Vereins, bemüht zu bleiben, die einmal gewonnenen Fachgenossen auch dem Verein zu erhalten, damit der Aufschwung in der Mitgliederzahl dauernd ein so kräftiger bleibt, wie er in den letzten drei Jahren war. Hat doch unser Verein in den Jahren 1907 bis 1909 um rund 730 Mitglieder zugenommen.

Vom 1. Januar bis 30. April ds. J. sind 209 neue Mitglieder aufgenommen, während 15 verstorben und 70 ausgeschieden sind. Der Verein hatte daher Ende April d. J. 4255 Mitglieder gegen 4075 am 30. April 1909.

Abteilungen des Vereins.

Die Zahl der Bezirksvereine ist im Geschäftsjahr 1909 unverändert geblieben; die

¹⁾ Am 1./7. 1894 hatte der Verein die Mitgliederzahl 1000 erreicht.

²⁾ Am 31./5. 1901 wurde bei der Hauptversammlung zu Dresden das 2500. Mitglied aufgenommen.

³⁾ Das 4000. Mitglied zählten wir am 15./2. 1909.

Zahl der Mitglieder, welche den Bezirksvereinen angehören, hat relativ etwas abgenommen.

Die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Bezirksvereine gibt die folgende Aufstellung vom 30. April 1910:

	1910	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903
Aachen	64	64	41	41	38	39	42	41
Bayern	116	109	96	85	84	71	73	65
Belgien	76	79	90	83	70	82	69	69
Berlin	146	176	182	186	238	265	305	369
Frankfurt	237	224	202	193	188	163	148	148
Hamburg	124	127	116	109	103	101	99	91
Hannover	153	156	150	152	143	124	120	122
Märkisch.	397	370	313	272	230	220	190	151
Mitt.-Niederschl.	54	62	65	66	61	63	65	66
Neu-York	141	142	139	143	161	162	144	116
Oberrhein	280	290	301	283	254	253	249	191
Oberschl.	83	107	101	119	114	117	125	131
Pommern	49	48	34	34	33	35	34	37
Rheinland	454	395	379	275	255	247	235	233
Rheinland-Westf.	288	241	213	191	178	155	149	146
Saar	28	31	28	33	33	29	30	22
Sachsen-Anhalt	234	261	272	267	254	249	206	220
Sachsen-Thür.	263	271	256	248	222	206	161	144
Württbg.	82	77	67	67	55	61	63	60
	3269	3230	3045	2847	2714	2642	2507	2422

oder in Prozenten der Gesamtzahl der Mitglieder:

76,8 79,2 78,6 80,9 80,5 83,0 83,0 85,7

Die nachstehende Tabelle zeigt, in welcher Weise sich die Zahl der außerordentlichen Mitglieder bei den einzelnen Bezirksvereinen entwickelt hat:

	1909	1908	1907	1906	1905	1904	1903
Aachen	17	11	12	7	7	7	12
Bayern	5	6	7	10	9	4	4
Berlin	?	?	?	?	28	28	—
Frankfurt	23	18	21	21	21	22	23
Hannover	65	?	78	66	68	66	62
Mittel-Niederschles.	52	58	59	58	55	40	45
Oberschlesien	42	37	37	41	40	45	36
Rheinland	19	13	10	15	15	25	34
Rheinland-Westf.	43	46	38	25	25	13	16
Saar	1	1	1	1	1	1	—
Württemberg	42	42	45	46	46	43	40
	309	232	308	290	315	294	272

Es waren daher den Bezirksvereinen (ohne den Bezirksverein Berlin) im Jahre 1909 noch 309 außerordentliche Mitglieder ange schlossen, die nicht Mitglieder des Hauptvereins sind.

Unter Berücksichtigung der außerordentlichen Mitglieder sind also im Mai 1910 im Vereine deutscher Chemiker 4564 Chemiker, Institute und Firmen der chemischen Industrie vereinigt gegen 4307 im Jahre 1909, 4184 im Jahre 1908, 3808 im Jahre 1907, 3685 im Jahre 1906, 3504 im Jahre 1905 und 3296 zur gleichen Zeit des Jahres 1904.

Die im Jahre 1908 konstituierten

Fachgruppen

waren die folgenden:

Fachgruppe für:	Mitglieder
analytische Chemie	114
anorganische Großindustrie	200
Gärungsschemie	79
Geschichte der Chemie	?
gewerblichen Rechtsschutz	70
Kaliindustrie	33
medizinisch-pharmazeutische Chemie	147
Mineralöl und verwandte Fächer	33
Photochemie und Photographie	40
chemisch-technologischen Unterricht	63
Chemie der Farben- und Textilindustrie	97

Hierzu trat im Berichtsjahre die Fachgruppe für Chemie der organischen Präparate.

Die Mehrzahl der Bezirksvereine hat sich im vergangenen Jahre in günstiger Weise weiter entwickelt. Auf den SS. 1591 bis 1593 geben wir die Jahresberichte der Bezirksvereine im Auszuge wieder. Daraus geht hervor, daß in allen ein reges wissenschaftliches und geselliges Leben herrschte.

Die Kassenverhältnisse der Bezirksvereine sind durchweg günstig.

Die Fachgruppen sind fast alle mit hohen Mitgliederzahlen ins Leben getreten. Sie tagten gelegentlich der Hauptversammlung; die meisten beteiligten sich an dem internationalen Kongreß zu London. Auszüge aus den Jahresberichten finden sich gleichfalls am Schluß dieses Berichtes.

Von der Einrichtung, die Sonderbeiträge durch den Schatzmeister des Hauptvereins einziehen zu lassen, machten folgende Bezirksvereine Gebrauch: Hannover, Mark, Mittel- und Niederschlesien, Oberrhein, Sachsen-Anhalt, Sachsen-Thüringen, ferner die meisten Fachgruppen.

Es sind auf diesem Wege in den letzten Jahren folgende Summen vereinnahmt und abgeliefert worden:

1903	1686 M
1904	3942 "
1905	2142 "
1906	935 "
1907	2387 "
1908	2266 "
1909	2735 "

Die Ersparnis an Mühe und Portokosten, welche die Mitglieder der Bezirksvereine durch diese Art der Zahlung hatten, läßt es erwünscht erscheinen, daß auch andere Bezirksvereine und Fachgruppen von dieser Einrichtung Gebrauch machen.

Totenliste 1909.

- Dr. O. Aichel - Frankfurt/Main.
- Oberbergrat Ferd. Bischoff - Schneeberg.
- Adolf Driedger - Halle/Saale.
- Bernhard Edelmann - Frankfurt/Main.
- Dr. H. Endemann - Neu-York.
- Dr. Friedrichs - Braunschweig.
- Prof. Dr. L. Friedheim - Bern.
- Dr. Cl. Gehrenbeck - Halle/Saale.
- Leopold Glatzschke - Königshütte.
- Dr. ing. Ernst Heller - Linden-Hannover.
- A. Kette - Bunzlau.
- Dr. Kaiser - Beuerbach.
- Kommerzienrat F. Keferstein - Berlin.
- F. Keemann - Tipoe.
- Dr. A. Kühn - Nordenham.

Dr. K u n s t - B a d . Rhei nfelden.
 Dr. M. Lili e n f e l d - Berlin.
 Hofrat Dr. L a n g b e i n - Leipzig.
 Kommerzienrat Th. L i c h t e n b e r g e r - Heil-
 bron n.
 Dr. L. M a s c h k e - Berlin.
 Dr. E. C. M e r c k - Darmstadt.
 Dr. L u d w i g M o n d - London,
 Dr. M a x O t t o - Mannheim-Wohgelegen.
 Dr. A. R i c h t e r - Dresden.
 Kommerzienrat L u d w i g R o h r m a n n -
 Krauschwitz.
 Dr. C a r l S a r n o w - Friedenau.
 Dr. A. S e h e r - Newark.
 P a u l T i s c h e n d o r f - Goldschmieden.
 Senator Dr. H. T r a u n - Hamburg.
 Dr. F r. V a l e n t i n e r - Leipzig-Plagwitz.
 Kommerzienrat W i t t e n s t e i n - Barmen.
 Dr. W e i h m a n n - Teplitz.
 Ed. Z i n k e i s e n - Hamburg.

Seit dem 1./1. 1910 bis zum Abschluß des Geschäftsberichts sind noch die folgenden Mitglieder dahingeschieden:

B r u n o D r e s c h e r - Staßfurt,
 Dr. G ä n g e - Jena,
 Dir. G. K r e l l - Hüsten,
 G. L i n d e m a n n - Barmen,
 Dr. L a m b r e c h t - Hannover,
 Dr. ing. J. M ü l l e r - Kleinblittersdorf,
 Bergassessor C a r l N a e g e l i - Breslau,
 Dr. R e c h n i z - Brünn,
 C. R a s p e - Weißenau,
 Dr. F. S a u e r - Staßfurt,
 Dir. H. T h i e s - Coesfeld,
 Dr. H. V o g t h e r r - Köln a. Rh.
 Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. J. V o l h a r d - Halle a. S.
 Dr. A. W e d e l - Berlin.

Der Verein wird den verstorbenen Mitgliedern ein ehrendes Andenken bewahren.

Verträge mit Versicherungsgesellschaften.

Die Zahl der Lebensversicherungen, welche auf Grund unseres Vertrages mit der Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. abgeschlossen worden ist, hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten. Dagegen ist die Versicherungssumme nicht unbeträchtlich hinter derjenigen, auf welche sich die betreffenden Vereinsmitglieder im vergangenen Jahre versichert hatten, zurückgeblieben.

Die Zahl der Unfallversicherungen, die unsere Mitglieder mit der Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. abgeschlossen haben, ist zwar nicht ganz so hoch wie im Vorjahr, dagegen übertreffen die versicherten Summen, sowohl für Todesfall, wie für Invaliditätsfall die aller Vergleichsjahre um ein ganz beträchtliches. Die Geschäftsstelle wurde von einem Mitglied um Vermittlung gebeten in einem Streitfalle mit unserer Vertragsgesellschaft. Zu unserer lebhaften Genugtuung ist es uns gelungen, auf Grund eines Gutachtens des Haftpflicht- und Versicherungsschutzverbandes, dessen korporatives Mitglied unser Verein ist, eine Einigung der beiden Parteien herbeizuführen.

Mit der Gesellschaft „Deutscher Anker“ ist eine Krankenversicherung auf Grund des bestehenden Vorzugsvertrages überhaupt nicht zu stande gekommen. An der Propaganda auch für diese Versicherungsart hat es die Geschäftsstelle nicht fehlen lassen. Da wir nicht glauben, daß das Bedürfnis bei den Chemikern für eine Krankenversicherung fehlt, scheint es, als ob sich unsere Vereinsmitglieder erst im Laufe der Jahre mit der Idee, sich auch für den Krankheitsfall zu versichern, vertraut machen müßten.

Im vergangenen Jahre ist nunmehr auch ein Vorzugsvertrag für Haftpflichtversicherung mit dem Allgemeinen deutschen Versicherungsverein zu Stuttgart perfekt geworden; wir weisen unsere Mitglieder auch an dieser Stelle auf die Vorteile des Vertrages, der auf S. 122 (1910) dieser Z. abgedruckt ist, hin und bitten, eifrig davon Gebrauch zu machen.

Mit der gleichen Gesellschaft schweben Verhandlungen über den Abschluß von Vorzugsverträgen für Versicherung gegen Einbruchsschäden, Maschinen-, Kraftfahrzeug- und Veruntreuungsschäden.

Wir möchten diese Gelegenheit benutzen, schon voreilig auf diese Arten von Versicherungen hinzuweisen, die für viele unserer Mitglieder von Interesse sind. Auch machen wir auf die Empfehlungsverträge aufmerksam, die für Glas- und Wasserleitungsschädenversicherung zwischen unserem Verein und der Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungsgesellschaft bestehen.

Unseren Vertrauensmännern für Versicherungswesen sprechen wir für die Mühewaltungen, die sie im Interesse des Vereins und seiner Mitglieder übernommen haben, auch bei dieser Gelegenheit den herzlichsten Dank aus und hoffen, daß es mit ihrer Hilfe gelingt, immer weitere Kreise von Chemikern über den Nutzen und die zweckmäßigste Art von Versicherungen aufzuklären.

Die Zahlen der abgeschlossenen Versicherungen und die Versicherungssummen waren im Jahre 1909 die folgenden:

I. Stuttgarter Lebensversicherungsbank. Polizen 58 (1908: 57; 1907: 38; 1906: 41; 1905: 42).

Versicherungssummen: 687 500 (1908: 933 900; 1907: 467 000; 1906: 609 000; 1905: 599 000).

II. Frankfurter Transport-Unfall- und Glasversicherungs-A.-G. Unfallversicherung. Polizen 101 (1908: 112; 1907 fehlt; 1906: 54; 1905: 50).

Versicherungssumme für Todesfall 1909: 1 981 500 (1908: 1 570 250; 1907 fehlt; 1906: 766 500; 1905: 731 000).

Versicherungssumme für Invaliditätsfall 1909: 4 754 250 (1908: 4 247 050; 1907 fehlt; 1906: 1 891 500; 1905: 1 825 000).

Verbesserung des chemisch-technologischen Unterrichts an den deutschen Universitäten.

Die Beschlüsse, welche unser Verein entsprechend dem Antrage der Herren E. Erdmann und Genossen auf der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. gefaßt hat, sind an die deutschen Unter-

richtsverwaltungen, soweit ihnen Universitäten unterstellt sind, und die philosophischen oder naturwissenschaftlichen Fakultäten der deutschen Universitäten versandt worden. Die Überreichung geschah mit einer ausführlichen Begründung, welche von dem Vors. der Fachgruppe für technologischen Unterricht mit dem Vors. und dem Generalsekretär des Vereins vereinbart wurde. Auf die am 15./12. 1909 abgegangenen Schreiben sind bisher 7 Antworten eingetroffen, die sich zum größten Teil zustimmend zu unseren Forderungen äußern, dabei aber hervorheben, daß wegen Geldmangels die von uns gewünschten Verbesserungen nur schrittweise durchgeführt werden können. Eine Fakultät hat die Antwort abgelehnt, weil sie nicht in der Lage sei, darauf zu antworten, da es ihr nicht zukomme, Anregungen, die ihr von privater Seite zugehen, in Beratung zu ziehen.

Es wird im laufenden Jahre unsere Aufgabe sein, möglichst auch noch von den Behörden, die uns bis jetzt nicht geantwortet haben, eine Äußerung zu erbitten.

An verschiedenen preußischen Universitäten sind inzwischen Vorlesungen in chemischer Technologie speziell für Juristen und Nationalökonomie eingerichtet worden. Wir begrüßen diesen Fortschritt mit großer Freude und hoffen, daß auch die anderen von uns erhobenen Forderungen in absehbarer Zeit zur Durchführung gelangen werden.

Erfinderrecht der Angestellten.

Auf Grund der Beschlüsse der Frankfurter Hauptversammlung in der Frage des Erfinderrechts der Angestellten sind entsprechende Eingaben an die Reichs- und Staatsbehörden gesandt worden (d. Z. 23, 575 [1910]). Während unser Verein sich in Frankfurt auf den Boden der Stettiner Beschlüsse gestellt hat, hat sich in der im Dezember vom Verein deutscher Maschinenbauanstalten einberufenen Sachverständigensitzung gezeigt, daß dieser Verein den Stettiner Beschlüssen gegenüber in der Hauptsache eine ablehnende Haltung einnimmt. Trotzdem die bei diesen Beratungen anwesenden Vertreter des Vereins deutscher Chemiker, insbesondere Herr Geheimrat D u i s b e r g lebhaft dafür eintraten, daß auch der Verein deutscher Maschinenbauanstalten ebenso wie der Verein deutscher Chemiker sich dem zu Stettin beschlossenen Ausgleich der widerstreitenden Interessen anschließen möge, erklärte der Verein deutscher Maschinenbauanstalten, daß er auf seiner prinzipiellen Ablehnung der Stettiner Beschlüsse, soweit sie auf eine Abänderung der erfinderrechtlichen Bestimmungen des Patentgesetzes ausgehen, verharren müsse (d. Z. 22, 2503). Es bleibt abzuwarten, wie sich unsere Regierung nunmehr zu den verschiedenen Äußerungen stellen wird.

Verkehr mit befreundeten Fachvereinen.

Der Verein war durch Mitglieder seines Hauptvorstandes, der Bezirksvereine oder durch den Generalsekretär bei den Hauptversammlungen folgender Vereine vertreten:

Bund deutscher Nahrungsmittelfabrikanten,
Chemische Reichsanstalt,
Deutsches Museum,
Gesellschaft deutscher Naturforscher und Ärzte,

Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums,
Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker,
Internationale Vereinigung für gewerblichen Rechtsschutz,
Verband selbst. öffentl. Chemiker Deutschlands,
Verein deutscher Ingenieure,
Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands,
Verein deutscher Eisenhüttenleute,
Verein österreichischer Chemiker,
Verein der Spiritusfabrikanten in Deutschland,
Verein der Zellstoff- und Papierchemiker.

Teilnahme an Kongressen.

Vier Mitglieder des Vorstandes und der Generalsekretär, sowie über 300 Mitglieder unseres Vereins nahmen an dem 7. internationalen Kongreß für angewandte Chemie teil, der zu London um Pfingsten 1909 abgehalten wurde. Es ist schon eingangs erwähnt worden, daß unser Verein mit großer Befriedigung auf diesen Kongreß zurückblicken darf, weil die Vorbereitungen, die von uns aus für ihn sowohl in wissenschaftlicher wie in geselliger Beziehung getroffen waren, sich bewährt haben. Auch die Ausstellungen, welche wir an der Organisation des Kongresses zu machen hatten, haben wir eingangs auseinandersetzt; wir hoffen bestimmt, daß bei dem nächsten internationalen Kongreß, der im Herbst 1912 in New-York stattfinden wird, unsere Wünsche berücksichtigt werden.

Tätigkeit des Vorstandes.

Der Vorstand hielt im Jahre 1909 2 Sitzungen ab, von denen die eine am 20./2. zu Leverkusen (vgl. das Protokoll dieser Z. 22, 572 [1909]), die andere am 14./9. 1909 zu Frankfurt a. M. stattfand.

Außerdem fanden mehrfach mündliche Besprechungen zwischen dem Vors., dem Geschäftsführer und den Mitgliedern des Vorstandes statt, sowie ein äußerst reger Briefwechsel. Der Vorsitzende versandte im ganzen 805 Briefe und Rundschreiben in Vereinsangelegenheiten.

Am 29./9. feierte unser Vors. Herr Prof. Dr. D u i s b e r g das 25jährige Jubiläum seines Eintrittes in die chemische Technik und die Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. Der Vorstand war bei dem Festakt in Leverkusen durch den stellvertretenden Vors. Herrn Dr. K r e y und den Generalsekretär des Vereins vertreten. Über den glänzenden Verlauf dieser Feier haben wir einen Bericht gebracht, der in dieser Z. 22, 2028 (1909) abgedruckt ist.

Tätigkeit der Geschäftsstelle.

Durch die zahlreichen neuen Einrichtungen und die Zunahme der Mitgliederzahl unseres Vereins hat sich auch im vergangenen Jahre die Arbeit der Geschäftsstelle und der mit ihr in den gleichen Räumen vereinigten Redaktion der Zeitschrift für angewandte Chemie sehr erheblich gesteigert. Zur Bewältigung dieser Arbeiten wurde daher im März 1909 ein Bureaubeamter neu angestellt, so daß das Personal des Vereinsbüros gegenwärtig aus dem

Generalsekretär, zwei wissenschaftlich gebildeten Mitarbeitern, einem Bureaubeamten und zwei Buchhalterinnen besteht. Über die neuen Räume, in welche das Vereinsbüro am 1./5. 1909 einzog, berichten wir auf S. 1595 bis 1596. Nachdem sie nunmehr Sommer und Winter benutzt worden sind, können wir sagen, daß sie sich in jeder Hinsicht bewährt haben, und daß sie auch für die mit der Zahl der Mitglieder steigenden Bedürfnisse auf Jahre hinaus ausreichen werden. In dem vergangenen Jahre war es uns möglich, dem Herrn, welcher mit der Ausarbeitung des Generalregisters dieser Z. betraut war und einer Schreibhilfe Arbeitsplätze im Vereinsbüro anzuteilen. Auch das neue Mobiliar, das für die neuen Geschäftsräume angeschafft wurde, hat sich durchaus bewährt.

Insgesamt hatte die Geschäftsstelle an schriftlichen Ein- und Ausgängen 7563 zu verzeichnen, für die Statistik der Chemiker wurden 660 Fragebögen versandt und 150 Mahnkarten. Bei der Rundfrage wegen des Chemikeralmanachs kamen 4050 Karten zur Versendung.

Auszüge aus den Berichten der Abteilungen.

1. Bezirksvereine.

Aachener Bezirksverein. Der Verein zeigte im verflossenen Jahre ein erfreuliches Wachstum. Die Zahl der ordentlichen Mitglieder hob sich von 41 auf 63, die der außerordentlichen von 11 auf 17. Es fanden 9 ordentliche und eine außerordentliche Versammlung statt; mehrere waren durch Vorträge ausgezeichnet, die folgende Gegenstände betrafen: „Über mechanische Abrostung, insbesondere von Zinkblende“; „Über die internat. Kautschukausstellung zu London 1908“; „Die Nutzbarmachung des Stickstoffs der Luft auf elektrischem Wege“; „Ein neues Verfahren zur Reinigung von Destillationsgasen unter gleichzeitiger Gewinnung von Ammoniumsalzen“; „Über Porzellanfabrikation.“ Zum internat. Kongreß hatte der Bezirksverein auf eigene Kosten einen Vertreter gesandt. Gelegentlich der in Aachen tagenden Hauptversammlung der Bunsengesellschaft gehörte der Bezirksverein zur Zahl derjenigen Ortsvereine, welche die Teilnehmer am Kongreß zu einer Begrüßungsfeier in das Aachener Kurhaus eingeladen hatten.

Bezirksverein Bayern. Im Berichtsjahr, dem zehnten seit Bestehen des Bezirksvereines, wurden fünf Wanderversammlungen abgehalten, zwei in Erlangen und drei in Nürnberg. An den Versammlungen in Erlangen war auch die dortige chemische Gesellschaft beteiligt, und zu allen Veranstaltungen waren Einladungen an den Fränkisch-Oberpfälzischen Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure ergangen. Die Themen der Vorträge lauteten: „Über die moderne biologische Hochgebirgsforschung“; „Über Kolloide“; „Die organischen Farbstoffe auf der Malerpalette“; „Über Salzbildung bei Polynitrokörpern“; „Über die schwarze Farbe von Eichenholz, das längere Zeit im Erdboden lag“; „Über die Radioaktivität natürlicher Quellen und Quellenprodukte.“ Die Zahl der Mitglieder war, wenn auch nur in geringem Maße, im Steigen begriffen. Einer Zahl von 112 ordentlichen und 6 außerordentlichen Mitgliedern am Anfang

des Jahres stand eine Zahl von 117 ordentlichen und 5 außerordentlichen am Schlusse gegenüber.

Bezirksverein Belgien. Mit der Hauptversammlung am 18./12. 1909 schloß der Bezirksverein das 11. Jahr seines Bestehens ab. Leider sank die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres von 87 auf 83. In 10 Monatsversammlungen teils zu Brüssel, teils zu Antwerpen wurden Vorträge oder Referate gehalten über: „Hängen der Gichten und deren Entfernung“; „Einiges über Terpentinölanalyse und Mineralölbestimmung in Harzessenz“; „Die Isabella- und Copper-Hill-Hütten in Tennessee“; „Die Kennzeichen der besten Kohlen für Dampferzeugung“. In der Frage der Privatbeamtenversicherung stellte sich der Bezirksverein auf einen bejahenden Standpunkt. Auf dem internationalen Kongresse f. angew. Chemie zu London war der Bezirksverein verhältnismäßig stark vertreten.

Berliner Bezirksverein. Im vergangenen Jahre fanden 9 Vereinssitzungen und eine Besichtigung statt. Die in den Sitzungen gehaltenen Vorträge hatten zum Thema: „Schellack und einige Ersatzstoffe“; „Reminiszenzen an einen Konkurrenzklauseprozeß“; „Wie schützt man eine chemische Erfindung?“ „Unsere wichtigsten Genussmittel“; „Über Aräometer“; „Über eine neue Verbindung, das Borsäurewasserglas“; „Das Erfinderrecht in der chemischen Industrie.“

Bezirksverein Frankfurt a. M. Der Verein hat sich auch im vergangenen Jahre kräftig entwickelt. Seine Mitgliederzahl stieg von 196 ordentlichen und 19 außerordentlichen auf 223 ordentliche und 23 außerordentliche Mitglieder. Das große Ereignis des Jahres war die Abhaltung der Hauptversammlung des Vereines deutscher Chemiker zu Frankfurt a. M., die einen überaus glatten und schönen Verlauf nahm. Die neun Monatsversammlungen — darunter zwei Wanderversammlungen — waren mit Besprechungen der Privatbeamtenversicherung, der Angestelltenerfindung und der Konkurrenzklause sowie mit Vorträgen über folgende Themen verbunden: „Die komplexen schwefligen Säuren“; „Neuerungen auf dem Gebiete des Gärungsgewerbes“; „Schwefelbestimmung in Pyriten“; „Nitrotoluol.“

Bezirksverein Hamburg. Der Mitgliederbestand des Vereines sank im verflossenen Jahre um ein Geringes von 125 auf 120 Mitglieder. Die Frage der Privatbeamtenversicherung wurde von den Mitgliedern des Bezirksvereines im „Chemikerverein“ lebhaft erörtert, ohne daß es zu einer entschiedenen Stellungnahme gekommen wäre. Wissenschaftliche Sitzungen wurden wie bisher in Gemeinschaft mit dem „Chemikerverein“ unter wechselndem Vorsitz gehalten, und zwar im ganzen sechs mit folgenden Vorträgen: „Die Gefahren im Verkehr mit feuergefährlichen Flüssigkeiten“; „Über die Laugerei von Silbererzen“; „Zusammenhang zwischen chemischer Konstitution und physiologischer Wirkung“; „Modernes über Superoxyde und deren Anwendung in Medizin und Technik“; „Untersuchung und Prüfung von Gasverbrauchsapparaten.“

Bezirksverein Hannover. Die Vereinstätigkeit im abgelaufenen Jahre war auf allen Gebieten eine sehr rege. In 10 ordentlichen Versammlungen wurden folgende Themen besprochen:

„Wesentliche Eigenschaften der Tone, durch Versuche erläutert“; „Über ein neues Verfahren zur Reinigung von Fabrikabwässern“; „Über Kohlit, eine neue Form der Kohle“; „Über Ruß und Funkenfänger“; „Über die Industrie der Schallplatten“; „Über die Darstellung von Cyanalkalien nach neueren Methoden“; „Ein neues Dekorationsverfahren nach Heuer“; „Bau gerüstloser Bleikammern nach System Moritz“; „Privateamtenversicherung“; „Mitteilungen über die Ila“; „Über das Fließen einfacher Legierungen“; „Neuerungen auf dem Gebiete der Gewinnung von Sauerstoff und Stickstoff aus flüssiger Luft.“ Außerdem hielt der Bezirksverein noch 7 Verbandssitzungen, verbunden mit Vorträgen, in Gemeinschaft mit dem Hannoverschen Bezirksverein deutscher Ingenieure und der Elektrotechnischen Gesellschaft ab; auch veranlaßte er wie in früheren Jahren mit diesen zusammen die Abhaltung eines Zyklus von Vorträgen über wirtschaftliche Fragen. Von der Abhaltung eines Kalitäges wurde dieses Mal Abstand genommen. Die Mitgliederzahl sank im Laufe des Jahres 1909 von 156 auf 149 ordentliche und von 75 auf 65 außerordentliche.

Märkischer Bezirksverein. Das Vereinsleben war auch in diesem Jahre ein reges. Es fanden 10 ordentliche und eine außerordentliche Sitzung statt, die sämtlich zahlreich besucht waren. Die Vorträge erstreckten sich auf: „Die elektrische Fernübertragung von Bildern“; „Die Organisation und Einrichtung des Berliner Städtischen Untersuchungsamtes für hygienische und gewerbliche Zwecke“; „Die Geschichte und die Forschungsergebnisse des Instituts für Gärungsgewerbe“; „Bilder aus den Gärungsgewerben“; „Biologische Eiweißdifferenzierung“; „Verlauf des VII. internat. Kongresses für angewandte Chemie in London“; „Zeit- und Streitfragen auf dem Gebiete der Nahrungsmittelchemie“; „Mikroorganismen als Krankheitserreger“; „Die neueren elektrischen Glüh- und Bogenlampen.“ Sehr eingehend wurde die „Privateamtenversicherung“ erörtert. Die Beteiligung des Bezirksvereines am Londoner internat. Kongreß war eine sehr rege, und auf der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. war der Bezirksverein sehr stark vertreten. Die Mitgliederzahl erhöhte sich im Laufe des Jahres von 356 auf 400 ordentliche Mitglieder; außerordentliche waren nicht vorhanden.

Bezirksverein für Mittel- und Niedersachsen. Das 10. Vereinsjahr verlief ruhig. Die Mitgliederzahl fiel im Laufe des Jahres von 53 ordentlichen und 58 außerordentlichen auf 48 ordentliche und 52 außerordentliche. In einigen der sieben Sitzungen des Vereines wurden Vorträge gehalten. Die Themen waren die folgenden: „Über Java, Land, Leute und Zuckerindustrie“; „Ostasiatische Reiseerinnerungen“; „Eine neue Verwendung des Cers als Zündvorrichtung“; „Über Bauzit“; „Moderne Erzeugung von Ballongasen“.

Bezirksverein Neu-York. Die Mitgliederzahl blieb im verflossenen Jahre auf gleicher Höhe. In sieben Sitzungen wurden 26 Vorträge gehalten, deren wichtigste zum Gegenstand hatten: *Symposium über Präservierungsmittel in der Nahrung; Der Unfug der Präservierungsmittel; ihr Gebrauch; ihr Einfluß auf die Gesundheit; Selenium; Die große amerikanische Industrie der Maispro-*

dukte; Herstellung und Eigenschaften des Mild-Verfahren-Bleiweißes; Sublimiertes Bleiweiß; Lithopone; Die Chemie der Kolloide und einige ihrer technischen Gesichtspunkte; Bleiweiß nach dem holländischen Verfahren; Der Einfluß der Chemie auf die Nutzarmachung von Quebracho; Der Gebrauch von Präservierungsmitteln im Bier; Die Bestimmung von Baumwollsätlüsen in Baumwollsaatmehl; Der Zolltarif für chemische Produkte; Notizen über die Auffindung von Methyl- in Athylalkohol; Die Benutzung von Magnesia bei Herstellung von Ölen in Pulverform.

Die meisten Sitzungen fanden gemeinsam mit der New York Sektion der Society of Chemical Industry im Chemist Club statt, an dessen Projekt der Erbauung eines eigenen Vereinsgebäudes der Bezirksverein den lebhaftesten Anteil nimmt. Von besonderen Ereignissen sind zu erwähnen die Schweizer-Feier zu Ehren des 25jährigen Doktorjubiläums des 1. Vors. und das Duisberg-Jubiläum, an dem der Bezirksverein durch Absendung einer Kabeldepesche seine Teilnahme bekundete.

Oberrhäinischer Bezirksverein. In der Mitgliederzahl ist leider im Jahre 1909 ein Rückgang von 313 auf 295 Mitglieder zu verzeichnen gewesen. Vereinsversammlungen fanden vier statt, die fast alle mit Besichtigungen verknüpft waren und folgende Vorträge darboten: „Bestimmung des Emanationsgehaltes der Quellgase, des Quellwassers und der Luft“; „Stickoxydbindung in der Kohlenoxydruckflamme“; „Die Echtheit der heutigen Teerfarbstoffe“; „Über Resinit“; „Die Vorhersage chemischer Reaktionen an Beispielen solcher der Ferro- und Ferrisalze.“ Außerdem hielten die Ortsgruppen Mannheim und Darmstadt noch zahlreiche besondere Zusammenkünfte ab.

Oberschlesischer Bezirksverein. Die Zahl der Mitglieder belief sich nach dem Stande am 1./5. 1909 auf 97 ordentliche und 40 außerordentliche, nach dem Stande am 15./3. 1910 auf 92 ordentliche und 42 außerordentliche Mitglieder, hielt sich also ungefähr auf gleicher Höhe. Für das Sommerhalbjahr in Aussicht genommene Besichtigungen industrieller Werke mußten wegen umfangreicher Neuarbeiten dort zurückgestellt werden. Eine Vereinsversammlung im November 1909 zu Beuthen, O.-Schl., nahm einen Bericht des Vorsitzenden über die Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. entgegen, beriet über die „Privateamtenversicherung“ und feierte das 20jährige Bestehen des Bezirksvereines. Nochmals wurde die „Privateamtenversicherung“ auf der Hauptversammlung in Bismarckhütte, O.-Schl. am 10./1. 1910 besprochen.

Bezirksverein Pommern. Der Bezirksverein zählte am Anfang des Berichtsjahres 38 ordentliche und 5 außerordentliche, am Ende 39 ord. und 4 außerord. Mitglieder. Die monatlichen Zusammenkünfte waren durchweg gut, mehrere sehr gut besucht. Oft wurden dabei Fragen aus dem Gebiete der Praxis erörtert. Die Einladung des Bezirksvereins an den Hauptverein, die Hauptversammlung im Jahre 1911 in Stettin abzuhalten, wurde von diesem angenommen. Die ordentliche Versammlung des Bezirksvereins fand am 5./3. 1910 statt und war mit einem Vortrage über „Skizzen aus dem Gebiete der Textil- und Farbenchemie“ verbunden.

Bezirksverein Rheinland. Das verflossene Jahr war für den Bezirksverein ein Jahr des Gedeihens und des Fortschrittes. Dem Abgang von 27 ordentlichen und 9 außerordentlichen Mitgliedern stand ein Zugang von 59 ordentlichen und 9 außerordentlichen gegenüber. Die Mitgliederzahl stellte sich demnach ausgangs 1909 auf 432 ordentliche und 19 außerordentliche, zusammen 451 Mitglieder; anfangs 1909 waren es nur 400 ordentliche und 13 außerordentliche, zusammen 413 Mitglieder. Wanderversammlungen fanden 7 statt, wovon 6 mit Besichtigungen, 4 mit wissenschaftlichen Vorträgen und 4 mit geschäftlichen Sitzungen verbunden waren. Die wissenschaftlichen Vorträge betrafen: „Die Fortschritte der anorganischen Großindustrie i. J. 1908“; „Die wichtigsten Infektionskrankheiten, ihre Häufigkeit und Verbreitung“; „Die Anwendungen der Elektrizität in der Eisenindustrie“; „Metalle als Katalysatoren in der organischen Chemie.“ In den geschäftlichen Sitzungen kamen hauptsächlich die Fragen der „Privatbeamtenversicherung und der Angestelltenerfindung“ zur eingehenden Erörterung.

Rheinisch-Westfälischer Bezirksverein. Der Verein zählte am Anfang des Jahres 1909 225 ordentliche und 46 außerordentliche, am Ende des Jahres 261 ordentliche und 43 außerordentliche Mitglieder. Ortsgruppen bestanden vier: Dortmund, Düsseldorf, Duisburg, Essen. Für Vorträge bestand ein besonderer Ausschuß. Die Monatsversammlungen, zum Teil gemeinschaftlich mit dem Rheinischen Bezirksverein, waren mit Besprechungen, Vorträgen und Besichtigungen verbunden. Die Themen der Vorträge lauteten: „Neuere technische Verwendung von Benzol und anderen Steinkohlenteerprodukten“; „Die Fabrikation von Aluminium im Großbetriebe“; „Die wichtigsten Infektionskrankheiten, ihre Häufigkeit und Verbreitung“; „Die Herstellung von Mehrfarbenrastern für die Zwecke der Photographie in natürlichen Farben.“

Bezirksverein a. d. Saar. Die Mitgliederzahl betrug am 1./1. 1909 27 ordentliche und 1 außerordentliches; am 31./12. 1909 29 ordentliche und 1 außerordentliches Mitglied. Zusammenkünfte fanden mit Ausnahme des August jeden Monat statt. Vorträge wurden nicht gehalten.

Bezirksverein Sachsen und Anhalt. Nach dem ereignisreichen Vorjahr verlief das letzte Vereinsjahr wieder in normalen Bahnen. Die Mitgliederzahl stellte sich auf 263 gegen 273 im Vorjahr. Vereinsversammlungen fanden 4 statt. In der geschäftlichen Sitzung der ersten dieser Versammlungen wurde als wichtigster Punkt die Frage der „Versicherung der Privatbeamten“ besprochen. Die Vorträge, welche dargeboten wurden, hatten zum Gegenstand: „Die Einführung in die Kolloidchemie“; „Die verschiedenen Formen der Wirtschaftsunternehmungen in wirtschaftlicher und juristischer Beziehung“; „Die Photographie in Kunst und Wissenschaft“; „Das Leben und Wirken Justus von Liebigs“; „Zur Chemie der Salzgesteine“; „Über das Erdöl und seine Verarbeitung“; „Über das Vorkommen von Jod in Salzmineralien“; „Zwei neuere Gasausströmungen aus deutschen Kalisalz-lagerstätten.“

Bezirksverein Sachsen und Thür-

ingen. Im Berichtsjahre fanden außer der Hauptversammlung zu Dresden zwei Wanderversammlungen zu Leipzig und Chemnitz statt. Die letzteren erfreuten sich folgender Vorträge: „Friedel-Craftsche und Sandmeyersche Reaktion“; „Abseheidung von Kupfer mittels Acetylens“; „Verhalten von Gasen zu Metallen“; „Demonstration eines Säurehebers“; „Cyangas aus Schwermetallrhodaniden“; „Darstellung von Alkyaminen.“ Auch wurde in Chemnitz Bericht über die „Privatbeamtenversicherung“ abgestattet. Die Dresdener Ortsgruppe hielt außerdem für sich noch vier Sitzungen ab. Die Mitgliederzahl des Bezirksvereines belief sich am 1./1. auf 266, am 31./12. auf 285.

Württembergischer Bezirksverein. Das verflossene Vereinsjahr war insfern von besonderer Bedeutung für den Verein, als vor 20 Jahren die Gründung des Bezirksvereines erfolgt ist. Bemerkenswert war auch im Jahre 1909 die Stiftung einer Gedenktafel zum ehrenden Andenken an Chr. F. R. Schönbein. Die Mitgliederliste wies eine Zunahme auf: Am Anfang des Jahres wurden 67 ordentliche und 40 außerordentliche, am Schlusse 78 ordentliche und 42 außerordentliche Mitglieder gezählt. In sieben wissenschaftlichen Sitzungen wurde über folgende Themen gesprochen: „Über das Brüchigwerden von Kupfer-Zinklegierungen“; „Über Zinnpest“; „Über Wasseruntersuchungen an Ort und Stelle“; „Über Lustfeuerwerk“; „Über den gegenwärtigen Stand der Untersuchung des Butterfettes“; „Untersuchungen von Flechten“; „Über Radium“; „Vorgänge beim Färben“; „Über Fettbearbeitung und Fette für die Seifenindustrie“; „Über die Aufstellung von Wärmebilanzen, zeichnerische Darstellung derselben durch sogenannte Wärmepläne und über den Fortschritt in der Ausnutzung des Wärmewertes in Kraftzeugungsanlagen“; „Über Java-Olivend“; „Eingedünstetes Obst mit eigentümlicher Rotfärbung“; „Ein pyrotechnisches Produkt“; „Über Desinfektionsmittel und ihre Prüfung“; „Demonstration von Laboratoriumsapparaten“; „Über Gips“; „Über Materialkontrolle im Baugewerbe.“ In einer geschäftlichen Sitzung wurde das „Rundschreiben des sozialen Ausschusses über Privatbeamtenversicherung“ besprochen.

2. Fachgruppen.

Auch für die Fachgruppen im Vereine deutscher Chemiker ist das Jahr 1909 ein Jahr gedeihlicher Fortentwicklung gewesen. Nicht nur haben fast alle im Jahre 1908 und vorher gegründeten Fachgruppen wiederum bei Gelegenheit der Hauptversammlung — einige auch noch zu anderen Zeiten — zahlreich besuchte Sitzungen abgehalten; auch eine neue Fachgruppe, die für organische Präparate und Halbfabrikate, hat sich bei Gelegenheit der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. den schon bestehenden zugesellt.

Über die Tätigkeit der einzelnen Fachgruppen besagen die Jahresberichte in Kürze folgendes:

Fachgruppe für analytische Chemie. Von wesentlicher Bedeutung für die Fachgruppe im ersten Jahre ihres Bestehens war die Vorbereitung für den Londoner internationalen Kongreß. Ihm wurden Prinzipien bei Durchführung von Schiedsanalysen unterbreitet, die dann auch von

ihm angenommen wurden. Gelegentlich der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. wurde diese ganze Frage nochmals eingehend erörtert. Auch wurde hier eine Subkommission gewählt, die für die Frage der Analyse von Eisenerzen ein bestimmtes Arbeitsprogramm aufstellen und auf der Hauptversammlung 1910 zur Diskussion stellen sollte. Die Vorträge in der Fachgruppensitzung zu Frankfurt a. M. bezogen sich auf: „*Die Stickstoffbestimmung im rauchschwachen Pulver*“; „*Quarzgut*“; „*Ein verbessertes Verfahren zur Analyse der Gase von Mineralquellen*“; „*Die Analyse von Metallfäden für Glühlampen*“. Die Zahl der Mitglieder betrug am Ende des Jahres 1909 114.

Fachgruppe für anorganische Großindustrie. Schon von Oktober 1908 ab war der Vorstand mit den Vorbereitungen für den Londoner internationalen Kongreß für angewandte Chemie beschäftigt. Wieweit das Programm: Unter der Bezeichnung: „Schilderungen und Berichte aus der deutschen chemischen Industrie, veranstaltet von der Fachgruppe für anorganische Großindustrie des Vereines deutscher Chemiker“ ein Bild von dem Stande der anorganischen Großindustrie in Deutschland zu geben, auf dem Kongresse verwirklicht worden ist, läßt sich aus den in der Vereinszeitschrift veröffentlichten ausführlichen Berichten ersehen¹⁾. An der Hauptversammlung in Frankfurt a. M. beteiligten sich die Mitglieder der Fachgruppe in ansehnlicher Zahl und hielten am 16./9. nachmittags eine stark besuchte Sitzung ab. Die hier gehaltenen Vorträge betrafen: „*Großindustrielle Fragen der letzten Jahre*“; „*Studien über die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Schwefelsäurekammern*“; „*Das Hruschauer Intensivverfahren der Schwefelsäureerzeugung*“.

An Prof. Lunge wurde zu seinem 70. Geburtstage ein Glückwunschtelegramm abgesandt, worauf ein dankendes Antwortschreiben beim Vorsitzenden einging.

Fachgruppe für Gärungsschemie. Sitzungen der Fachgruppe fanden i. J. 1909 nicht statt. Die Fachgruppe beteiligte sich aber sehr eifrig an den Verhandlungen des internationalen Kongresses zu London.

Fachgruppe für Geschichte der Chemie. Die Fachgruppe hat im vergangenen Jahre keine Sitzung abgehalten.

Fachgruppe für gewerblichen Rechtsschutz. Zur Fachgruppe gehörten im verflossenen Jahre 70 Mitglieder. Während der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. hielt die Fachgruppe zwei Sitzungen ab, in denen über folgende Themen Vorträge gehalten wurden: „*Die Reform der formalen Bestimmungen des Patentgesetzes*“; „*Patentverletzung durch Analogieverfahren*“; „*Die Abfassung der Patentschriften*“; „*Das Madriter Abkommen vom 15./4. 1891, betreffend die internationale Markeneintragung*“; „*Das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb*“; „*Übersicht über einige wichtige Vorgänge auf dem Gebiet des Patent- und Warenzeichenrechtes im letzten Jahre*“. Zu zwei der Verhandlungsthemen wurden Resolutionen beantragt, die zur einstimmigen Annahme kamen. Die erste bezog sich auf die Abfassung

der Patentschriften und hatte folgenden Wortlaut: „*Es ist wünschenswert, daß Kritiken älterer Patente, Verfahren und Vorrichtungen in der Patentschrift so sehr wie möglich beschränkt werden.*“ Die zweite Resolution betraf die Frage des Beitritts Deutschlands zum Madriter Abkommen und lautete wie folgt: „*Es ist wünschenswert: 1. daß Deutschland dem Madriter Abkommen, betreffend die internationale Markeneintragung, beitrete; 2. daß dieses Abkommen bei der nächsten Revisionskonferenz dahin geändert werde, a) daß der Markenhinterlegung bei dem Berner Bureau lediglich eine formale Bedeutung zu komme, b) daß die Anmeldung bei dem Berner Bureau nicht von der im Ursprungslande erfolgten Eintragung abhängig sei.*“

Eine Veranlassung zu außerordentlichen Sitzungen lag nicht vor.

Fachgruppe für Kaliindustrie. Die Fachgruppe hielt keine Sitzung ab.

Fachgruppe für medizinisch-pharmazeutische Chemie. Das Ansteigen der Mitgliederzahl von 90 auf 147 im Laufe des Jahres 1909 beweist, ein wie lebhaftes Interesse in den Kreisen des Vereines deutscher Chemiker für die Aufgaben und Ziele dieser Fachgruppe vorhanden ist. Am internationalen Kongreß für angewandte Chemie in London nahm der Vorsitzende allerdings nur als inoffizieller Vertreter der Fachgruppe teil. Nachdem schon am 20./2. 1909 eine Sitzung der Fachgruppe in Berlin stattgefunden hatte, in der die „*Tablettenfrage vom Standpunkte der chemischen Industrie und der Apotheker*“ besprochen wurde, fand gelegentlich der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. eine Sitzung mit folgenden Vorträgen statt: „*Über die Grundlage der Chemotherapie*“; „*Über neuere Forschungen auf dem Gebiete der Alkaloide*“; „*Über Desinfektionsmittel und ihre Prüfung*“; „*Über Subcutin (Anästhesinum sulfophenylicum)*“.

Fachgruppe für Mineralölchemie und verwandte Fächer. Im Laufe des Jahres 1909 erhöhte sich die Zahl der Mitglieder von 26 auf 33. In der ersten Sitzung der Fachgruppe auf der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. sind keine Vorträge gehalten worden; doch entspann sich eine lebhafte Diskussion über verschiedene, die Mineralölindustrie und verwandte Fächer angehende Fragen. Unsere Zeitschrift brachte einen ausführlichen Bericht darüber (d. Z. 22, 2590 [1909]).

Fachgruppe für Photochemie und Photographie. Der Fachgruppe gehörten Anfang 1909 41 Mitglieder an, von denen 12 neu in den Verein eingetreten waren; hinzukamen 5, so daß der Bestand für 1910 46 Mitglieder beträgt.

Ein Mitgliedsbeitrag wurde bisher nicht erhoben.

Folgende Vorträge wurden gehalten:

Lüppoco - Rämer, Frankfurt a. M.: „*Über die latenten Bilder des Lichtes, der Röntgenstrahlen und anderer Energiearten auf der photographischen Platte*.“

E. König, Höchst a. M.: „*Beiträge zur Praxis der Autochromphotographie und der stereoskopischen Projektion*.“

Fr. Limmer, Braunschweig: „*Das Farben-*

¹⁾ Diese Z. 22, 1110ff. u. 1232ff. (1909).

anpassungsverfahren, eine Möglichkeit der direkten Körperfarbenphotographie.“

K. Gebhard, Siegburg: „*Vorgänge in Farbstoffsystemen unter dem Einfluß des Lichtes.*“

Fachgruppe für chemisch-technologischen Unterricht. Die Fachgruppe hielt i. J. 1909 gelegentlich der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. eine Sitzung ab, in welcher der Schriftführer über die geplanten Flugblätter und Tafeln für den technologischen Unterricht Vorschläge machte. Die erste Serie solcher Flugblätter wird i. J. 1910 herausgegeben werden. Ferner sprach Herr Ferdinand Fischer über die Haftpflicht der Dozenten bei Exkursionen. Es wurde beschlossen, diese Frage dem Rechtsbeirat des Vereins zu unterbreiten, über die Antwort des Herrn Prof. Osterrieth wird auf der Hauptversammlung 1910 berichtet werden. Der Mitgliedsbestand hat sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten.

Über die weitere Behandlung des Antrages der HH. Erdmann u. Gen. betreffend den technol. Unterricht an den Universitäten ist auf S. 4 dieses Berichtes Ausführlicheres mitgeteilt.

Fachgruppe für Chemie der Farben- und Textilindustrie. Der Mitgliederbestand stieg im Berichtsjahre von 76 auf 91. Die Fachgruppe beteiligte sich am internationalen Kongreß für angewandte Chemie in London mit folgenden Vorträgen und Referaten: „*Durchfärbenschwerer Gewebe*“; „*Fluorescenz und Konstitution*“; „*Blauholz und seine sekundären Funktionen*“; „*Thio-indigofarbstoffe*“; „*Küpenfarbstoffe*“; „*Stückfärberei*“; „*Azofarbstoffe*“; „*Chemie der Pflanzenfaser*.“ Gelegentlich der Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. fand am 17./9. 1909 eine von etwa 50 Herren besuchte Sitzung statt, in welcher die Umänderung des Namens der Fachgruppe aus: „Fachgruppe für Textil-, Färberei- und Druckerei-industrie“ in „Fachgruppe für Chemie der Farben- und Textilindustrie“ beschlossen und folgende Vorträge gehalten wurden: „*Über Küpenfarbstoffe*“; „*Neue Herstellungsweise lichtechter Militärtüche*“; „*Herstellung lichtechter Farbstoffe und Färbungen*“; „*Im Handel befindliche Waschpulver und deren Einfluß auf Baumwoll- und Wollfärbungen*“; „*Indolfarbstoffe*“; „*Färbereichemische Miszellen*“; „*Über die Beizung der Wolle mit Eisen*“; „*Die Befestigung von Scheuerbeizen auf Wolle und die Verwertung so gebeizten Wollmaterials zur Erkennung von Beizenfarbstoffen*.“

Fachgruppe für organische Präparate und Halbfabrikate. Die Fachgruppe war schon in Frankfurt a. M. mit einer Anzahl interessanter Vorträge aufgetreten und hat sich inzwischen endgültig konstituiert.

Die neuen Geschäftsräume des Vereins deutscher Chemiker.

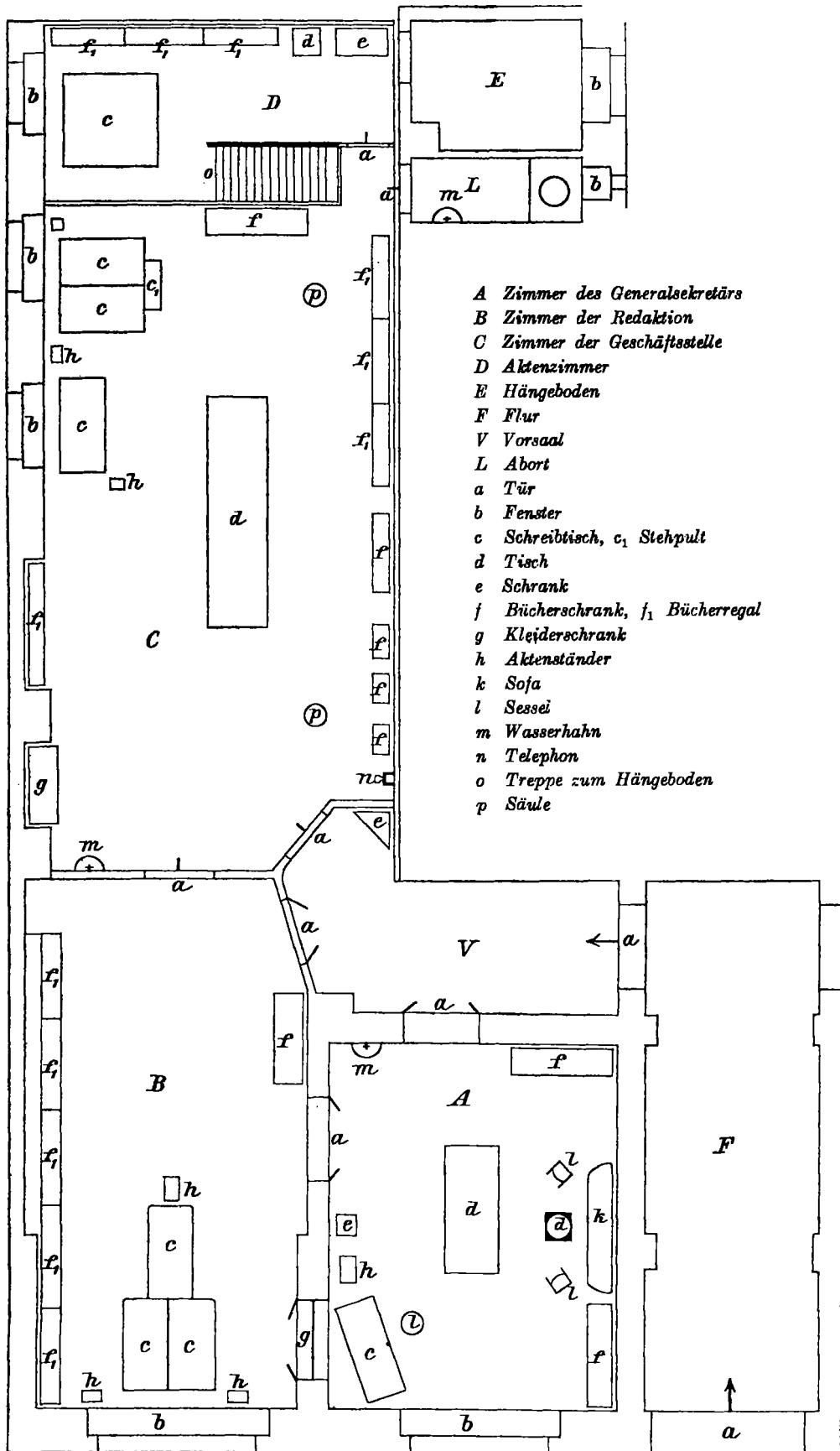
Ausgangs April v. J. erfolgte die Übersiedlung der Geschäftsstelle des Vereins deutscher Chemiker und der Redaktion der Vereinszeitschrift aus den bis dahin benutzten Räumen, Dörrienstraße 13, III, in die neuen Räume Stephanstraße 8, p. Die mit dem Anwachsen des Vereins und der Zeitschrift immer mehr hervortretende Unzulänglichkeit der

alten Räume hatte einen Umzug unumgänglich gemacht. Wir brauchten unbedingt größere Räume für die Geschäftsstelle, größere Räume für die Redaktion und die stark angewachsene Bibliothek des Vereins, deren Bücher im alten Heim gar nicht mehr unterzubringen waren, und außerdem je ein besonderes Zimmer für den Generalsekretär (und für Sitzungen) und für den mit der Herstellung des Generalregisters betrauten wissenschaftlichen Mitarbeiter. Allen diesen unabweisbar gewordenen Forderungen genügen die Stephanstraße 8 gemieteten Räume. Daß sie dem Zentrum der Stadt und den chemischen Universitätslaboratorien nahe liegen, ist ein nicht zu unterschätzender Vorteil.

Betreten wir den Flur des Hauses Stephanstr. 8, so führt uns die erste Tür links in die Geschäftsräume des Vereins. An dem kurzen Korridor liegt linker Hand das Zimmer des Generalsekretärs (A). Ein einziges, aber sehr breites und hohes Fenster gibt ihm ein helles und freundliches Aussehen. Die Breite des Zimmers ist 4,5 m, seine Länge 5,7 m, seine Höhe wie die aller Räume 4,85 m. Die Ausstattung besteht aus Schreibtisch, Sopha und zwei Sesseln mit Lederpolsterung, vier Stühlen, Spiegel, Bibliotheksschrank, einem Aktenständer, einem Jalousieschrank und einem Tischchen.

An diesen Raum schließt sich, gleichfalls nach der Straße zu gelegen, durch eine Flügeltür mit ihm verbunden, das Zimmer der Redaktion unserer Vereinszeitschrift (B). Ebenso hell und licht wie das erste, ist es doch beträchtlich größer. Seine Breite beläuft sich auf 4,1 m, seine Tiefe auf 8,3 m. Für die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Redaktion sind drei moderne Schreibtische vorhanden, wie alle Möbel der neuen Wohnung in Eiche gehalten. Die eine tür- und fensterlose Seitenwand wird von sechs hohen Regalen eingenommen, in denen die Vereinsbibliothek aufgestellt ist. Die andere Seitenwand zeigt einen in die Wand eingebauten Garderobeschrank, die Verbindungstür mit dem Zimmer des Generalsekretärs, und einen Schrank, der zur Aufbewahrung der Akten der Stellenvermittlung und Statistik und der für die Redaktion der Zeitschrift unmittelbar erforderlichen Schriftstücke und Korrekturabzüge bestimmt ist. Zwei Aktenständer und vier Stühle vervollständigen die Ausstattung dieses Raumes.

Dem Fenster gegenüber führt eine Tür in den Korridor hinaus, eine andere in das Zimmer der Geschäftsstelle und Registratur (C). Dieser Raum ist der größte von allen; er mißt 5,5 m in der Breite und 10,2 m in der Länge. Zwei Fenster, aus denen man in den Hof eines Nachbarhauses hineinblickt, gewähren das nötige Licht. In ihrer nächsten Nähe haben die Schreibtische und Aktenständer für den kaufmännisch vorgebildeten Beamten des Vereins, sowie für die beiden Schreibhilfen Aufstellung gefunden. Der übrige Raum an dieser Seite wird von einem Regal mit den für die Geschäftsstelle nötigen Büchern, einem Waschtisch und einem Garderobeschrank ausgefüllt. An der gegenüberliegenden Wand befinden sich die Fernsprechstelle, drei Zeitschriftenchränke für die neueingehenden Hefte, ein Schrank für die Korrespondenz der Redaktion und drei Regale mit 156 Aktenkästen für die Korrespondenz der Geschäftsstelle. Ein Schrank, an der vierten Wand



A Zimmer des Generalsekretärs
 B Zimmer der Redaktion
 C Zimmer der Geschäftsstelle
 D Aktenzimmer
 E Hängeboden
 F Flur
 V Vorsaal
 L Abort
 a Tür
 b Fenster
 c Schreibtisch, c₁ Stehpult
 d Tisch
 e Schrank
 f Bücherschrank, f₁ Bücherregal
 g Kleiderschrank
 h Aktenständer
 k Sofa
 l Sessel
 m Wasserhahn
 n Telephon
 o Treppe zum Hängeboden
 p Säule

stehend, dient zur Aufbewahrung der für unsere umfangreiche Korrespondenz unentbehrlichen Formulare. Ein Expeditionstisch in der Mitte des Zimmers dient für die Abfertigung der ein- und auslaufenden Briefe und Drucksachen.

Den Beschuß in der Zimmerreihe macht ein vierter, einfensteriger Raum (D) von 13 qm Grundfläche, der durch eine Tür mit dem Zimmer der Geschäftsstelle verbunden und als Akten- und Reservezimmer dient. Zurzeit pflegt dort der mit der Abfassung des Generalregisters betraute wissenschaftliche Mitarbeiter seiner Arbeit obzulegen. Was die Ausstattung

dieses Zimmers anlangt, so stehen hier die noch in gutem Zustande befindlichen Möbel der früheren Geschäftsstelle. Es stehen dort die Regale mit den Akten, die nicht mehr täglich gebraucht werden, ein Schrank mit etwas Geschirr, eine Schreibmaschine, die, stark abgebraucht, nur noch gelegentlich benutzt wird, und einige Stühle. Eine Treppe führt aus diesem Raum zu einem Hängeboden (E) empor, der in einer Reihe alter Regale eine Menge abgelegter Akten birgt.

Sämtliche Zimmer haben Gasglühlichtanlage und Zentralheizung.

2. Jahresrechnung für 1909, Bericht der Rechnungsprüfer und Entlastung des Vorstandes.

Abrechnung

des Vereins deutscher Chemiker für das Jahr 1909 im Vergleich zur Abrechnung 1908 und dem Voranschlag 1909.

Einnahmen	1908		1909		Voranschlag 1909		Ausgaben		1908		1909		Voranschlag 1909	
	M	A	M	A	M	A	M	A	M	A	M	A	M	A
Beiträge d. Mitglieder	78 801	99	82 307	54	76 000	—	Zeitschrift für Mitglieder	49 481	25	51 525	—	47 500	—	—
Zinsen	6 282	45	5 870	18	5 635	—	Mitgliedschaft in fremden Vereinen	107	—	140	—	100	—	—
Diverse Einnahmen	320	—	1 385	60	550	—	Beitrag zum Deutschen Museum	300	—	300	—	300	—	—
							Beitrag zur Hilfskasse	1 000	—	500	—	500	—	—
							Beitrag zur Chem. Reichsanstalt 1908 und 1909	—	—	2 000	—	1 000	—	—
							Rechtsauskunftsstelle	2 000	—	3 000	—	3 000	—	—
							Soziale Kommission	359	10	789	30	1 500	—	—
							Vorstandssitzungen	3 028	90	1 096	—	4 000	—	—
							Vorstandsratssitzungen			2 500	40			—
							Bureaubedürfnisse des Vorstandes	1 561	82	1 392	16	1 500	—	—
							Kosten der Geschäftsführung	11 624	61	13 694	49	11 000	—	—
							Etat, Geschäftsbericht usw. der Hauptversammlung	354	90	204	85	1 000	—	—
							Stenograph der Hauptversammlung	411	20	348	80	400	—	—
							Zuschuß zu den Kosten der Hauptversammlung	600	—	600	—	600	—	—
							Drucksachen: Mitgliederverzeichnis usw.	1 194	49	1 514	95	1 500	—	—
							Liebigdenkmünze	446	60	446	60	550	—	—
							Rückvergütung an Bezirksvereine	6 204	—	6 297	—	6 460	—	—
							Abschreibung auf Inventar	—	—	869	56	—		—
							Unvorhergesehenes	846	80	670	87	1 275	—	—
							Gewinn	5 883	77	1 673	34	—		—
	85 404	44	89 563	32	82 185	—				85 404	44	89 563	32	82 185

Mannheim, 10. Februar 1910.

Fritz Lüty.

Bericht der Rechnungsprüfer.

Am heutigen Tage revidierten die Unterzeichneten die Geschäftsbücher des Vereins deutscher Chemiker.

Es wurde die Übereinstimmung der Bücher mit dem aufgestellten Bilanz- und Abrechnungskonto konstatiiert.

Durch zahlreiche Stichproben im Kassabuch und im Journal, durch Vergleich mit den Belegen und den Einzelkonti wurde die richtige Übertragung in das Hauptbuch festgestellt.

Das Abrechnungskonto des Vereins ergibt einen Gewinn von 1673,34 M, die Zeitschriftabrechnung schließt dagegen mit einem Verlust von 3278,43 M ab.

Das Vereinsvermögenskonto weist nach Gut-

schrift des Gewinnes einen Bestand von M 60 414,94 auf. Der Verlust der Zeitschrift ist von dem Zeitschriftreservefondskonto abgeschrieben, so daß dieses Konto, welches Ende 1908 einen Bestand von 10 630,74 M hatte, nur noch . . . M 7 352,31 aufweist.

Das Gesamtvermögen des Vereins beträgt demnach am 1./1. 1910 . . . „ 67 767,25 gegenüber M 69 372,34 am 1./1. 1909, hat also um . . . M 1 605,09 abgenommen.

Die vorgelegte Bilanz wurde geprüft und die darin verzeichneten Beträge als mit dem Hauptbuch übereinstimmend befunden. Es ist dazu zu bemerken, daß das Inventar der Geschäftsstelle

mit 3480 M zu Buche steht und für das Generalregister der Zeitschrift bis 31./12. 1909 2043 M ausgegeben sind. Die Dr. E. A. Merck - Stiftung weist 5208,50 M und die Dr. C. Duisberg - Stiftung 20 439,80 M auf.

Die Anlagewerte wurden nachgewiesen.

Auch die Buchführung des Zeitschriftenunternehmens wurde in gleicher Weise durch zahlreiche Stichproben und Aufrechnungen kontrolliert. Die Hilfskasse des Vereins wurde gleichfalls einer Revision unterzogen.

Das Stammkapital dieser Kasse beträgt M 46 599,78
Die Anlagen in Wertpapieren erreichten die Höhe von „ 46 551,65

Im Laufe des Jahres erhöhte sich das Stammkapital um M 4 385,60

Mannheim, den 9./4. 1910.

gez. Dr. W. Flimmin, Dr. Kolb.

Vors.: „M. H., Sie sehen, daß wir hier mit einem Gewinn gearbeitet haben. Da aber die Zeit-

schrift ein Defizit aufweist, so schließen wir in der Gesamtabrechnung des Vereins zum erstenmal mit einem Verlust ab. Wir haben schon schriftlich und heute Morgen in der Vorstandssitzung auch mündlich der Geschäftsführung zur Pflicht gemacht, die Einnahmen soweit möglich zu vergrößern. In diesem Sinne kann aber die Geschäftsführung allein nicht wirken, hier müssen wir alle mithelfen, indem wir suchen, der Zeitschrift möglichst viele Inserate zuzuführen. Auf diesem Gebiete sind nun wirklich der Worte genug gewechselt, jetzt wollen wir endlich Taten sehen, indem wir unseren Abnehmern sagen: Ihr könnt unserem Organ auch Inserate zuweisen, und wenn ihr es nicht tut, bekommt ihr keine Aufträge mehr von uns.“

Der Vorstandsrat genehmigt die Jahresrechnung. Herr Dr. Ein übernimmt es, in der Geschäftssitzung die Entlastung des Vorstandes zu beantragen.

3. Der Haushaltungsplan für das Jahr 1911 lautet

Voranschläge für die Jahre 1909, 1910 und 1911.

Einnahmen	1909		1910		1911		Ausgaben	1909		1910		1911	
	M	R	M	R	M	R		M	R	M	R	M	R
Mitgliederbeiträge .	76 000	—	83 000	—	83 000	—	Zeitschrift für Mitglieder	47 500	—	51 875	—	51 875	—
Zinsen	5 635	—	5 700	—	5 200	—	Mitgliedschaft in fremden Vereinen	100	—	140	—	140	—
Diverse Einnahmen	550	—	1 400	—	1 550	—	Beitrag zum Deutschen Museum	300	—	300	—	300	—
							Beitrag zur Hilfskasse	500	—	500	—	500	—
							Beitrag zur Chemischen Reichsanstalt	1 000	—	1 000	—	1 000	—
							Rechtsauskunftsstelle	3 000	—	3 000	—	3 000	—
							Soziale Kommission	1 500	—	1 500	—	1 500	—
							Vorstandssitzungen	4 000	—	1 000	—	1 000	—
							Vorstandsratssitzungen	4 000	—	3 500	—	3 500	—
							Bureaubedürfnisse des Vorstandes	1 500	—	1 500	—	1 500	—
							Kosten der Geschäftsführung	11 000	—	12 000	—	12 500	—
							Etat, Geschäftsbericht usw. der Hauptversammlung	1 000	—	1 000	—	1 000	—
							Stenograph der Hauptversammlung	400	—	400	—	400	—
							Zuschuß zu den Kosten der Hauptversammlung	600	—	600	—	600	—
							Drucksachen: Berichte, Mitgliederverzeichnis	1 500	—	1 500	—	1 500	—
							Liebigdenkmünze	550	—	550	—	550	—
							Rückvergütung an Bezirksvereine	6 460	—	7 000	—	7 000	—
							Abschreibung auf Inventar	—	—	850	—	850	—
							Unvorhergesehenes	1 275	—	1 885	—	1 035	—
	82 185	—	90 100	—	89 750	—		82 185	—	90 100	—	89 750	—

Der Haushaltungsplan wird ohne Diskussion genehmigt.

4. Wahl des Vorstandes und zweier Rechnungsprüfer.

Vors.: „M. H.! Wie Sie wissen, scheiden in diesem Jahresatzungsgemäß aus: derstellvertretende Vorsitzende Herr Dir. Dr. Krey und Herr Dr. P. Flimming. Wir haben uns alle Mühe gegeben, den Kollegen Krey zu überreden, daß er eine ev. auf ihn fallende Wiederwahl annimmt, er hat aber abgelehnt und hat heute morgen noch an den Vorstand folgendes Schreiben gerichtet:

Webau, den 16. Mai 1910.

„An den Vorstand des Vereins deutscher Chemiker.

Sehr geehrte Herren!

Bei der Vorberatung der diesjährigen Hauptversammlung kam der Umstand zur Sprache, daß mein Mandat als Vorstandsmitglied mit Ende dieses Jahres abläuft, und meine Wiederwahl dem Vorstandsrat und der Hauptversammlung vorzuschlagen, wurde in Erwägung gezogen. Ich habe Ihnen damals schon die Bitte ausgesprochen, davon abzusiehen. Ich wiederhole dies heute schriftlich, da es mir zu meinem großen Leidwesen aus Familien-

rücksichten nicht möglich ist, persönlich nach München zu kommen. Ich bin seit einiger Zeit geschäftlich weit mehr in Anspruch genommen, als es früher der Fall war, und voraussichtlich auch in einigen Jahren wieder der Fall sein wird. Ich möchte deshalb die Arbeit in meinen zahlreichen Ehrenämtern etwas einschränken. Im übrigen fühle ich mich durchaus nicht müde, ein Vereinsamt zu bekleiden, oder gar altersmüde, sondern ich erkläre ausdrücklich: Sollte der Verein, dem ich mit besonderer Liebe anhänge, mich später noch einmal brauchen, so stehe ich ihm gerne wieder zur Verfügung. Ich möchte aber auch im Sinne der Satzungen meinesteils dazu beitragen, daß der von mir 9 Jahre innegehabte Platz durch einen anderen besetzt und dadurch verhütet wird, daß die Vereinsämter sich zu Erbämtern auswachsen. Jäher Wechsel der Anschaugung in einem Kollegium, wie es der Vorstand des Vereins deutscher Chemiker ist, ist in hohem Maße schädlich, eine gewisse Kontinuität ist unbedingt erforderlich. Aber ebenso notwendig ist es, nach und nach frisches Blut dem Vorstandskörper zuzuführen, um zu verhüten, daß der Körper erstarrt. Daß ich nur schweren Herzens aus Ihrem engeren Kreise austrete, mit dem mich lange Jahre gemeinsamer Arbeit verbinden, werden Sie mir nachfühlen. Ich werde mich bemühen, wenn auch ohne Amt, diesem Kreise nahe zu bleiben.

Ich begrüße Sie

mit vorzüglicher Hochachtung
als Ihr ergebener Kollege
gez. K r e y .

Sie sehen daraus, sein Entschluß ist unabänderlich gefaßt, und wir müssen einen anderen Herrn in Vorschlag bringen. Wir schlagen vor, Herrn Dr. F l e m m i n g zur Wiederwahl zu empfehlen und an Stelle des Herrn Dr. K r e y Herrn Geheimrat D e l b r ü c k zum stellvertretenden Vorsitzenden bis Ende 1913 und an seine Stelle Herrn Dir. Dr. S c h e i t h a u e r , Waldau, bis Ende 1912 in den Vorstand zu wählen. Ich frage, ob Sie damit einverstanden sind? — Es erhebt sich kein Widerspruch, Sie sind einverstanden. Ich frage, ob die vorgeschlagenen Herren die Wahl anzunehmen bereit sind?"

(Herr Dr. F l e m m i n g und Herr Geheimrat D e l b r ü c k erklären sich bereit, die Wahl anzunehmen; Herr Dr. S c h e i t h a u e r ist durch Krankheit verhindert, hat aber ebenfalls seine Bereitwilligkeit erklärt.)

"Ich schlage Ihnen vor, folgendes Telegramm an Herrn Dr. K r e y abzusenden: Vorstand und Vorstandsrat bedauern herzlich den Anlaß ihres Fernbleibens und Ihren Wunsch, aus dem Vorstande vorläufig ausscheiden zu wollen. Wir hoffen auf Ihr fernes Interesse für den Verein und wünschen von Herzen, daß die Sorgen, die Sie bedrücken, von Ihnen genommen werden mögen.

I. A. gez. D u i s b e r g .

Wir haben uns große Mühe gegeben, gerade Herrn Dr. K r e y zu halten, weil er ein außerordentlich tätiges Vorstandsmitglied ist, und weil er sich speziell um das in seiner Nähe gelegene Geschäftsbureau des Vereins sehr bemüht hat. Er hat viel Erfahrung hinter sich, war früher schon

Vorsitzender des Vereins und hat seit 9 Jahren in unserem Kreise immer aktiv mitgewirkt; Sie können sich denken, daß ihn dadurch auch ein engeres freundschaftliches Band mit uns verbindet, wie denn überhaupt der Verkehr im Vorstande ein äußerst angenehmer ist, vermöge der nicht rein geschäftlichen, sondern freundschaftlichen Art, in der alle Gegenstände erledigt werden. Dr. K r e y war einer der Träger dieser Tradition innerhalb des Vorstandes. Wir danken ihm von Herzen für die Arbeitsmühle, die er dem Verein gewidmet und für die Freundschaft, die er uns erwiesen hat, und wir hoffen zuversichtlich, daß wir einmal wieder das Vergnügen haben werden, ihn in unserer Mitte und vielleicht an unserer Spitze zu sehen.

Es ist dann noch die Wahl von zwei Rechnungsprüfern vorzunehmen. Wir schlagen vor, auch in diesem Jahre wieder die Herren Dr. F l i m m und Dr. K o l b als Revisoren zu wählen, die ihres Amtes so trefflich gewaltet haben." (Zustimmung.)

5. Ernennung eines Ehrenmitgliedes.

Der Vorstand schlägt vor, Herrn Geheimrat Prof. Dr. T h e o d o r C u r t i u s zum Ehrenmitgliede zu ernennen.

Die Begründung lautet:

„T h e o d o r C u r t i u s , ein Schüler H e r m a n n K o l b e s und A d o l f B a e y e r s , ist jedem von uns als akademischer Lehrer, bedeutender Chemiker und Forscher bekannt. Er entdeckte 1887 das Hydrazin, 1890 die Stickstoffwasserstoffsäure.“

Diese Entdeckungen sind die Krönung einer großen Zahl hervorragendster Arbeiten aus Gebieten der organischen Chemie, welche noch heute in zahlreichen Untersuchungen von ihm und seinen Schülern weiter ausgebaut werden. Ausgehend von den Diazoverbindungen der Fettsäre, führten sie zu höchst überraschenden Entdeckungen der anorganischen Chemie.

Als Nachfolger V i c t o r M e y e r s und indirekt auch R o b e r t B u n s e n s hat er die Tradition dieser beiden bahnbrechenden Gelehrten weitergebildet und den Ruhm Heidelbergs gemehrt.

Dafür gebührt dem hervorragenden Förderer der Chemie die höchste Ehrung und Anerkennung, die der Verein deutscher Chemiker zu vergeben hat.

München, am 18. Mai 1910.

D u i s b e r g . K r e y . D e l b r ü c k . L ü t y
H e m p e l . F l e m m i n g ."

Der Antrag wird einstimmig angenommen

6. Feststellung von Ort und Zeit der Hauptversammlung 1911.

Vors.: „M. H.! Sie wissen, daß wir bei dem Wetstreit, der sich im vorigen Jahre zwischen Stettin und Breslau abspielte, in Aussicht genommen haben, im Jahre 1911 nach Stettin zu gehen und 1913 nach Breslau. Wir sind natürlich an diesen vorläufigen Beschuß nicht gebunden, sondern haben morgen definitiv darüber zu beschließen. Ich will gleich konstatieren, daß wir für 1912 in der glücklichen Lage sind, nicht weniger als 4 Bewerbungen für die Hauptversammlung zu haben: Freiburg i. Br., Bonn a. Rh., Hannover und Stuttgart. Das ist

sehr erfreulich und zeigt, daß die Bezirksvereine gern bereit sind, die nicht unbedeutenden Lasten einer Hauptversammlung auf sich zu nehmen; es zeigt aber auch, daß die Versammlungen, wie wir sie in den letzten Jahren gestaltet haben, an Interesse zunehmen.

Es fragt sich nun, wollen Sie nächstes Jahr bei Stettin bleiben oder eine andere Wahl treffen?"

Herr Dir. Creutz: „M. H.! Als Obmann des Pommerschen Bezirksvereins kann ich nur unsere Einladung wiederholen und Sie herzlichst bitten, zu uns nach Stettin zu kommen. Es ist, wie ich gehört habe, der Eindruck entstanden, als ob Stettin kühlen Herzens der Sache gegenüber stände. Ich habe hier ein Schreiben des Oberbürgermeisters zur Hand, der an unseren Bezirksverein geschrieben hat:

„Ich habe mit großer Freude davon Kenntnis genommen, daß der V. d. Ch. im nächsten Jahre seine Hauptversammlung in Stettin abhalten will und stelle mich gern in den Dienst der Vorbereitung eines gastlichen Empfanges der Versammlung.“

gez.

A c k e r m a n n.

Außerdem ein Schreiben der Vorsteher der Kaufmannschaft von Stettin.

Auf das Schreiben vom 15. April beeihren wir uns, zu erwidern, daß wir den Verein deutscher Chemiker anlässlich seiner im Jahre 1911 in Stettin stattfindenden Hauptversammlung hier gern begrüßen werden.“

gez.

G r i e b e l , N o r d a h l , G ü n t h e r .

Im Anschluß an diese beiden Schreiben hat der Pommersche Bezirksverein seine Einladung schriftlich niedergelegt; das Schriftstück lautet:

„An den Vorstand des Vereins deutscher Chemiker beeht sich der Pommersche Bezirksverein im Einverständnis mit dem Oberbürgermeister der Stadt und den Vertretern von Handel und Industrie die Einladung zu richten, die nächstjährige Tagung in Stettin abhalten zu wollen.“

Pommerscher Bezirksverein deutscher Chemiker.

gez. J. C r e u t z gez. Dr. W i m m e r
1. Vorsitzender. 2. Vorsitzender.

Also ich wiederhole unsere Bitte; wir wollen unser Möglichstes tun, Ihnen den Aufenthalt bei uns angenehm zu machen.“

V o r s.: „Ich danke dem Herrn Kollegen Creutz und dem Bezirksverein Pommern sowie der Stadt Stettin und der Kaufmannschaft, daß sie uns in so liebenswürdiger Weise aufnehmen wollen; ich denke, es ist kein Zweifel, daß wir der Aufrichterung gern nachkommen. Erhebt sich ein Widerspruch dagegen? Das ist nicht der Fall.“

Dann werden wir also morgen vorschlagen, für 1911 Stettin zu wählen.

Wir würden dann noch darüber zu beraten haben, welche Stadt wir für 1912 in Aussicht nehmen. Für 1913 werden wir wohl bei Breslau bleiben; Breslau hat gebeten, bis dahin zu warten, weil dann die Institute an der Technischen Hochschule fertig sind. Wir würden also zwischen Breslau und Stettin einzuschieben haben entweder Freiburg oder Bonn oder Hannover oder Stuttgart.

Ich würde empfehlen, lassen Sie uns einmal nach Freiburg gehen.

Wir freuen uns sehr, daß Stettin uns mit so offenen Armen aufnimmt. Sie wissen, es besteht eine gewisse Abneigung der Stadtverwaltungen gegen die sich mehrenden Kongresse und Versammlungen. Der Städtetag hat ja beschlossen, bei diesen Einladungen möglichste Sparsamkeit walten zu lassen. Wir nehmen das den Städten nicht übel; der Verein deutscher Chemiker drängt sich auch nicht auf und verlangt von der Stadt, in der er seine Hauptversammlung abhält, gar nichts. Der Magistrat von München hat mir gestern versichert, wir wären der erste Verein, der nicht darum eingekommen wäre, irgendeinen Beitrag für sein Fest zu haben; er erkannte das dankbar an. Es ist sehr gut, wenn wir uns rar machen, aber Freiburg wird uns gern empfangen, und ich glaube daher, diese Stadt als Ort der Hauptversammlung für 1912 empfehlen zu können. (Zustimmung.)

Später können wir dann nach Bonn gehen, wohin uns der Rheinische Bezirksverein eingeladen hat, der sich schon die Zustimmung des Oberbürgermeisters und des Herrn Prof. A n s c h ü t z gesichert hat. Dem Rheinischen Bezirksverein, sowie den Bezirksvereinen Hannover und Württemberg danken wir herzlich für die freundlichen Einladungen und behalten uns vor, später darauf zurückzukommen.“

8. Sozialer Ausschuß.

a) Bericht über seine Tätigkeit (s. Geschäftliche Sitzung, S. 1638).

V o r s.: „Herr Prof. O s t e r r i e t h ist zurzeit noch im Sozialen Ausschuß tätig. Er wird Gelegenheit nehmen, in der geschäftlichen Sitzung einiges dem gedruckten Bericht zuzufügen. Ich erlaube mir die Anfrage, ob Sie irgend etwas zu dem Bericht zu sagen haben?“

Das ist nicht der Fall, dann können wir zu dem folgenden Punkt übergehen.“

b) Neuwahl der ausscheidenden Ausschußmitglieder und deren Stellvertreter.

Es scheiden aus:

Dr. K a r l G o l d s c h m i d t , Essen, } als Mitglieder.
Dr. A. J a e g e r , Neuß,
L. M. W o h l g e m u t h , Essen, } als Stellvertreter.
Dr. G. S c h m i d t , Schlebusch. }

V o r s.: „Wir wünschten sehr, und der Soziale Ausschuß selbst wünscht es in erster Linie, daß seine Mitglieder möglichst lange zusammenbleiben, um ihre Meinungen zu klären. Leider hat Herr W o h l g e m u t h abgelehnt, eine Wiederwahl anzunehmen, mit der Motivierung — die ihre Begründung hat —, es sei nicht gut, daß ein Vertreter der unabhängigen Chemiker und ein Vertreter der angestellten Chemiker aus einer Firma in dem Ausschuß zusammen wirkten; das ist aber der Fall bei den Herren Dr. G o l d s c h m i d t und W o h l g e m u t h ; er bittet deshalb, einen anderen an seine Stelle zu wählen. Im übrigen empfiehlt Ihnen der Vorstand die Wiederwahl der Herren Dr. G o l d s c h m i d t und Dr. J a e g e r als Mitglieder und Dr. G. S c h m i d t als Stell-

vertreter, er bittet Sie aber, Vorschläge zu machen für eine Ersatzwahl an Stelle des Herrn Wohlgemuth. Ich will gleich erwähnen, daß von den Bezirksvereinen als Vertreter der angestellten Chemiker Herr Dr. Fritz Heyer aus Schlebusch-Manfort vorgeschlagen wurde. Ich bemerke ausdrücklich, daß Herr Dr. G. Schmidt und Herr Dr. Heyer nicht derselben Firma angehören. Ferner ist vorgeschlagen Herr Ferdinand Meyer aus Saarbrücken.

Damit Sie sich über diesen Gegenstand besprechen und beraten können, schlagen wir vor, diese Wahl als letzten Punkt der Tagesordnung zu erledigen. Wenn sich kein Widerspruch erhebt, nehme ich an, daß Sie einverstanden sind. Wir kommen dann zu den Initiativanträgen. Die Verhandlung über Ziffer 13 und 14 müssen wir vertagen, bis die Mitglieder des Sozialen Ausschusses anwesend sind. Wir besprechen also zunächst:

15. Antrag des Herrn Dr. Richard Escalès, München.

Vors.: „Herr Dr. Escalès ist nicht Mitglied des Vorstandsrates; es ist aber vielleicht einer der Herren hier, der beauftragt ist, ihn zu vertreten. — Das ist nicht der Fall; dann will ich versuchen, seine Ansicht vorzutragen. Herr Dr. Escalès hat sich nicht an einen Bezirksverein gewendet, sondern selbstständig den Antrag gestellt, vermutlich deshalb, weil in München leider kein Bezirksverein besteht. Der Antrag liegt gedruckt vor:

„Der Verein deutscher Chemiker wolle eine Resolution dahin fassen, daß an den deutschen Universitäten und technischen Hochschulen außer den Instituten für anorganische, organische und physikalische Chemie möglichst viele Laboratorien für spezielle Zweige der angewandten Chemie errichtet und unterhalten werden; z. B. für Fette, Öle, Seifen usw., für Gummi und Kautschuk, für Riechstoffe, für Zucker und Stärke, für Brennstoffe und Gasbereitung, für Keramik, für Glasindustrie, für Beleuchtungskörper, für Explosivstoffe, für Metalllegierungen, für radioaktive Stoffe, für Milch, für Schokoladeindustrie usw.; bisher haben sich die vorhandenen technologischen Institute vielfach nur mit Farbstoffen und Färberei befaßt.“

Der Verein deutscher Chemiker wolle sich mit den Unterrichtsverwaltungen der verschiedenen deutschen Bundesstaaten verständigen, damit alle Zweige der angewandten Chemie entsprechend berücksichtigt werden. Da es nicht möglich ist, an jeder Universität oder auch nur in jedem Bundesstaat allen Spezialgebieten Rechnung zu tragen, so muß durch eine Zentralstelle ein Verteilungsplan aufgestellt werden.

Der Verein deutscher Chemiker wolle für Aufbringung der Mittel zur Neuerrichtung und Unterhaltung der Institute folgende Gesichtspunkte geltend machen:

1. Möglichste Ausschaltung der schon stark beanspruchten allgemeinen Staatsmittel.
2. Möglichste Heranziehung der interessierten Städte und Bezirke, welche durch ein Speziallaboratorium direkten und indirekten Nutzen haben.
3. Möglichste Heranziehung der betreffenden Industrien; die Papierindustrie z. B. unterstützt jetzt schon Speziallaboratorien in Darmstadt, Altenburg usw.
4. Aufstellung des Grundsatzes, daß für Er-

findungen, die in staatlichen oder von Städten, Industrievereinigungen usw. unterhaltenen Laboratorien gemacht werden, von den Erfindern (Professoren und Praktikanten) die Hälfte des für die Erfindung hereinkommenden Gewinnes an die betr. Unterrichtsverwaltung abgeführt wird.“

M. H., wie ich persönlich über den Antrag denke, haben Sie aus dem Brief ersehen, den ich Herrn Escalès geschrieben habe. Ich überlasse es Freund Hempel, meine Ansicht und die des Vorstandes zu vertreten. Herr Dr. Escalès hat den an sich guten Gedanken gehabt, daß eigentlich überall Forschungsstätten für bestimmte Zweige der Industrie geschaffen werden sollten, wie sie z. B. die Spiritusindustrie, die Stärkeindustrie, das Brauereigewerbe, die Landwirtschaft usw. haben; er verweist ferner auf die Einrichtungen, die z. B. die Papierindustrie in Darmstadt besitzt und die Sprengstoffindustrie in Neu-Babelsberg. So hat er sich gedacht, daß solche Institute auch für alle anderen Industriezweige gegründet werden sollten, die Forschungsaufgaben bearbeiteten, etwa im Sinne der chemischen Reichsanstalt. Der Gedanke hat etwas Bestechendes; wenn die betreffenden Industrien ein Interesse daran haben, dann ergreifen sie von selbst diesbezügliche Schritte. Herr Dr. Escalès meint aber, daß da, wo bestimmte Industriezweige das nicht von selbst tun, solle man sie zwingen, auf Befehl des Staates die erforderlichen Mittel herzugeben. Ich nehme an, daß er bei seinem Antrag nicht an den Unterricht in diesen Dingen gedacht hat, sondern nur an die Forschung; denn wenn er ersteres wollte, wenn in diesen Laboratorien nun auch Studenten in Spezialgebieten ausgebildet werden sollten, dann würde ich das für total verfehlt halten.

Wenn der Antragsteller dann den Grundsatz aufgestellt wissen will, daß um Mittel für die Errichtung dieser Laboratorien zusammenzubringen, die in staatlichen und städtischen Laboratorien tätigen Erfinder die Hälfte ihres Gewinnes an die Unterrichts- bzw. städtische Verwaltung abführen sollen, so meine ich, wäre es besser, wir kümmerten uns um die Dinge überhaupt nicht.

Das ist es, was ich zu sagen habe, wenn ich Ihnen diesen Antrag als Vertreter des Herrn Dr. Escalès vorführe. Ich gebe jetzt Herrn Geheimrat Hempel das Wort, damit er die Ansicht des Vorstandes und damit auch meine Ansicht hier vorträgt.“

Geheimer Rat Hempel: „Es ist wichtig, daß einzelne Forschungsgebiete besonders ausgebaut werden, aber ob das zweckmäßig in dieser Weise erfolgt, darüber läßt sich doch streiten. Ich möchte vorlesen, was die Ansicht des Vorstandes war:

„Der Antrag Escalès ist durch die in Frankfurt aufgestellte und allen Unterrichtsverwaltungen zugeschickte Resolution des Vereins deutscher Chemiker erledigt, in der Einrichtungen für den Unterricht in technischer Chemie gefordert werden. Soweit nicht schon für einzelne Industriezweige Spezialinstitute staatlicher oder privater Natur eingerichtet sind, bieten diese in Frankfurt geforderten Einrichtungen von selbst die Möglichkeit, nach Bedarf auch Spezialuntersuchungen auszuführen. Die Errichtung von Fachschulen in Spezialfächern der chemischen Industrie an den Hochschulen ist, weil in Widerspruch

mit der vom Verein deutscher Chemiker vertretenen allgemeinen Ausbildung der Chemiker stehend, grundsätzlich zu verwerfen.

Die Errichtung von Spezialforschungsinstituten ist erwünscht, sofern die betreffenden Industriezweige dies für erforderlich erachten und die dazu nötigen Mittel freiwillig aufbringen.

Die Schaffung der notwendigen Einrichtungen aber für den dringend erforderlichen Unterricht in technischer Chemie an Universitäten muß, wie aller Hochschulunterricht, aus Staatsmitteln erfolgen.

Die Frage ist vielfach diskutiert worden, ob man Fachschulen errichten soll. Es haben in der allerneuesten Zeit in Wien Verhandlungen stattgefunden, die darauf hinausgingen, daß man an den einzelnen technischen Hochschulen Fachschulen gründe; aber wer damit vertraut ist, wie die Chemiker sich ausbilden, der wird doch sagen, daß diejenigen nur eine verschwindende Minderzahl bilden, die von vornherein genau wissen, in welche Industrie sie später kommen werden; das Gewöhnliche ist doch, daß einer Chemie studiert, weil er eben Lust dazu hat, und daß dann, wenn er ausgestudiert hat, er auf die Empfehlung eines Professors an irgendeine Fabrik kommt. Da ist dann gar keine Wahl, er übernimmt einfach die Stelle. Nun würden meiner Ansicht nach die Chancen für einen jungen Mann außerordentlich geschmälert sein, wenn er sagen müßte: „Ich bin speziell für Seifenfabrikation ausgebildet, während dafür kein Bedarf ist“ — abgesehen davon, daß wir niemals in die Lage kommen werden, an einer Hochschule eine Spezialbildung zu geben. Bei der ungeheueren Ausbreitung, die die chemische Wissenschaft heute genommen hat, sind die 4 Jahre des Studiums, die höchstens möglich sind, kaum ausreichend, um das unbedingt Notwendige im allgemeinen Wissen sich anzueignen. Die Frage ist also, ob Sie einverstanden sind mit der Fassung, die mir von seiten des Vorstandes vorgelegt worden ist.“

Dr. Landsberg: „Wir haben uns im Bezirksverein Bayern mit dem Antrag Escalés beschäftigt und sind auch zu der Ansicht gekommen, die vorhin ausgesprochen wurde; wir haben aber geglaubt, daß es im Anschluß an den Beschuß vom vorigen Jahre, betreffend die Einführung des Unterrichts in technischer Chemie an den Universitäten, sich empfehlen würde, nicht glatt über die Anregung hinwegzugehen, sondern eine Resolution derart zu fassen, wie sie Herr Geheimrat Hемpel vorgetragen hat. Ich möchte im Namen des Bezirksvereins Bayern ersuchen, diese Resolution anzunehmen, um damit den Antrag Escalés zu erledigen und gleichzeitig eine neue Anregung im Sinne unseres vorjährigen Beschlusses zu geben.“

Die Diskussion wird geschlossen, bei der folgenden Abstimmung wird der Antrag Escalés einstimmig abgelehnt, der Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen.

16. Antrag des Märkischen Bezirksvereins.

„Die Hauptversammlung wolle eine Kommission, bestehend aus 3 Mitgliedern des Vorstandes und 3 Mitgliedern des Vorstandsrates, wählen behufs Ausarbeitung von Vorschlägen für eine neue Regelung der Bestimmungen der §§ 14, 16, 17 und 18 der Satzungen

(Behandlung der auf der Hauptversammlung zur Beratung und Abstimmung gelangenden Anträge). Das Ergebnis der Beratung der Kommission soll im November d. J. in der Vereinszeitschrift veröffentlicht werden, damit auf der Hauptversammlung im Jahre 1911 definitiver Beschuß gefaßt werden kann.“

Dr. Diehl: „M. H.! Wir haben dem Antrag eine ziemlich ausführliche Begründung gegeben (d. Z. 23, 612); ich möchte aber dieser Begründung noch einiges zufügen.

Wir versammeln uns alljährlich zur Beratung wichtiger Fragen; unsere Hauptversammlung ist in der Diskussion derselben nicht beschränkt, sie ist aber beschränkt in der Abstimmung. Sie kann Anträge nur annehmen oder ablehnen in der Fassung, die der Vorstandsrat ihnen gegeben hat. Ich will gleich vorausschicken, im Prinzip halte ich das für einen gesunden Zustand. Dieser Modus schützt uns vor Zufallsabstimmungen und bringt Kontinuität in unsere Beschlüsse. Um so mehr müssen wir aber Sorge tragen, daß bei der Beratung von Initiativanträgen im Vorstandsrat das Pro und Contra eingehend und gründlich erörtert und hierfür reichlich Zeit geboten wird.

Zunächst ist unser Wunsch, daß die Anträge von Bezirksvereinen mit der Begründung stets rechtzeitig veröffentlicht werden. Es ist das früher nicht immer geschehen; in diesem Jahre war es erfreulicherweise der Fall.

Dann möchten wir, daß Gelegenheit gegeben werde, daß die anderen Bezirksvereine schon vor der Hauptversammlung zu den Anträgen Stellung nehmen können. Wir sind wiederholt in die Lage gekommen, daß Anträge, die der Vorstandsrat zu beraten hatte, in dessen Sitzung abgeändert worden sind, es sind Gegenanträge gestellt worden, ja, es kam aus dem Antrag sogar etwas ganz anderes heraus, als die Antragsteller beabsichtigt hatten. Wenn nun ein solcher abgeänderter Antrag an die Hauptversammlung kommt, so stehen die Herren, die nur die vorbereitenden Besprechungen kennen, vor einer ganz neuen Sache, über die sie abstimmen sollen, über die sie aber in ihrem Bezirksverein nicht verhandelt haben. Deshalb wäre es wünschenswert, daß die Diskussion über gestellte Anträge schon vorher in die breite Öffentlichkeit getragen werde, daß die Bezirksvereine dem antragstellenden Verein ihre Ansicht mitteilen, damit eine Rückäußerung darüber erfolgen kann, so daß die Sache gründlich vorbereitet an die Hauptversammlung kommt.

Es ist ja auch in früheren Versammlungen für Initiativanträge oft recht wenig Zeit übrig gewesen. Heute sind wir in einer anderen Lage, weil wir über den geschäftlichen Teil rasch hinweggegangen sind. Unser Antrag geht deshalb dahin, daß man eine Kommission einsetzen möge, die sich mit der von uns angeregten Frage beschäftigen und überlegen soll, ob die betreffenden Paragraphen der Statuten abgeändert werden sollen, und in welcher Form dies am praktischsten geschehe, um die Zwecke des Vereins zu fördern.

Unsere Vereinsmitglieder sind über eine große Anzahl von Bezirksvereinen verteilt; die einzige Gelegenheit, bei der alle Bezirksvereine zusammenkommen, ist die Hauptversammlung, die einzige Veranlassung, um zusammen zu arbeiten, ist die Vorarbeit zur Hauptversammlung. Da ist es nun

geradezu ein ethisches Moment, daß wir versuchen sollten, rechte Fühlung zwischen den Bezirksvereinen zu bekommen, so daß, wenn ein Verein einen Antrag stellt, die anderen Vereine sich schon an der Ausgestaltung des Antrages mitbeteiligen, damit das Gefühl der Zusammengehörigkeit im Verein gestärkt wird. Denn wir sind — das unterscheidet uns von der Deutschen Chemischen Gesellschaft — ein Verein. Das ist gerade unsere Stärke. Wir wollen als Verein, als Ganzes zusammen wirken, und das können wir nur dann tun, wenn wir bei der Vorbereitung von Anträgen alle mit Hand anlegen, um das Gute aus dem Antrag herauszuschälen, Abänderungen vorzuschlagen und die Sache in einer solchen Form an den Vorstandsrat zu bringen, daß alles, was für oder gegen spricht, schon vorliegt. Nach Äußerungen, die ich von anderen Bezirksvereinen gehört habe, glaube ich, daß das gleiche Gefühl, das unseren Bezirksverein geleitet hat, auch bei anderen Bezirksvereinen vorhanden ist. Deswegen möchte ich empfehlen, unseren Antrag anzunehmen und diese Kommission zu ernennen.“

Dir. Lüty: „Herr Kollege Dr. Krey hatte das Referat des Vorstandes über diesen Antrag übernommen; mir ist heute morgen ein Schreiben von ihm übergeben worden, worin im großen ganzen die Gedanken zusammengefaßt sind, die der Vorstand sich über den Antrag des Bezirksvereins gemacht hat. Sie gestatten vielleicht, daß ich Ihnen den Brief vorlese.

„Der Antrag rügt angebliche Mißstände in der Behandlung von Initiativanträgen.

Man wird zugeben können, daß die Behauptung, bei dem jetzigen Verfahren sei es möglich, die Vorberatung eines Antrages nicht wünschenswert erschöpfend genug zu gestalten, nicht ganz unzutreffend ist. Aber erfreulicherweise ist der antragstellende Bezirksverein grundsätzlich damit einverstanden, und noch erfreulicherweise erklärt er das ausdrücklich im Eingange der Begründung: Der jetzige satzungsgemäß Modus, die Beratung selbst in den Vorstandsrat zu verlegen und Anträge nur in spruchreifer Form vor die Hauptversammlung zu bringen, sei das Verfahren, dessen Beibehaltung sicher erwünscht ist. Das ist für mich zunächst die Hauptsache, denn mit Recht wird an dem jetzigen außerordentlich zweckmäßigen Verfahren nicht gerüttelt. Ich stelle das mit Genugtuung fest.

Was nun die Mißstände anlangt, die der Antrag beseitigen will, so werden sie gefunden: einmal in der zu kurzen Frist, die jetzt übrigens als Mindestfrist 6 Wochen beträgt, und zum anderen in der oft nicht vorhandenen Bekanntheit der Mitgliederzahl mit dem Antrage. Es müsse, etwa in der doppelten Wochenzahl, vor dem Beschlusse eine Bekanntmachung in der Zeitschrift erfolgen, um eine Aussprache über etwaige Anträge in den Bezirksvereinen zu veranlassen, und so zu erzielen, daß eine Meinung, für oder gegen, bereits vor der Vorstandsratssitzung und der Hauptversammlung vorhanden sei. Ich sehe darin keine Ansicht, gegen die man grundsätzliche Bedenken haben könnte. Im Gegenteil! Eine gründliche Vorbehandlung in diesem Sinne würde ohne Zweifel die Behandlung hier und die Beratung selbst abkürzen, und wir würden uns meines Erachtens nur darüber zu unterhalten haben, wie das zu bewerkstelligen ist.

Ich bin weiter der Meinung, daß das im Wege der Geschäftsordnung ohne jede Schwierigkeit zu machen ist, in welcher Weise, werden wir dann von der Geschäftsführung hören.

Dem Teile der Begründung, der sich mit der angeblich übeln Lage von bevollmächtigten Stimmenvertretern beschäftigt, die hier plötzlich ganz anderen Amendements gegenüberstehen sollen, als sie vorausgesetzt haben, kann ich allerdings nicht zustimmen. Wir alle sitzen hier ohne imperatives Mandat. Jeder stimmt nach seinem Ermessen. Es ist Sache jedes Bevollmächtigten, sich nachher mit seinem Mandanten abzufinden. Getraut er sich das nicht, nun, so mag er sich der Stimme enthalten und sich seinen Freunden gegenüber rechtfertigen. Es bedarf aber, wie gesagt, dieser Begründung überhaupt nicht; das Interesse an der allgemeinen Kenntnis von Initiativanträgen vorher zu erwecken durch frühere Bekanntgabe und Besprechung in den Bezirksvereinen, erscheint mir vollkommen ausreichend.

Es wird ferner getadelt, daß wichtige Anträge deshalb eine weniger gründliche Behandlung erfahren, weil die satzungsgemäß von dem Vorstandsrat und der Hauptversammlung zu erledigenden Regularien vorher behandelt werden. Die Versammlung sei dann oft schon ermüdet und verfahre demgemäß. Auch das kann man für den einzelnen Fall wohl zugeben. Aber ich sehe auch hierin nur eine Frage, die durch Geschäftsordnung gelöst werden kann. Die Satzungen schreiben die Gegenstände vor, die eine Hauptversammlung erledigen muß. Dabei befinden sich auch die Initiativanträge, aber die Reihenfolge ist damit noch nicht festgelegt. Daß in der Tagesordnung ein späterer Punkt eher beraten wird, als ein früher angesetzter, ist doch schon öfter vorgekommen; im Dringlichkeitsfalle ließe sich das ohne Schwierigkeit vom Vorstandsrat beschließen, einen Initiativantrag in die vordere Reihe der Tagesordnung zu bringen. Der Vorstand selbst ist daran ganz uninteressiert, er hat nur dafür zu sorgen, daß die im Statut angeführten Regularien überhaupt beraten und verabschiedet werden, in welcher Reihenfolge, kann ihm und den Satzungen ganz gleichgültig sein. Ich hoffe, daß wir uns darüber ohne große Debatte verständigen werden.

Ich stimme also den Punkten 1—3 der Begründung am Schlusse durchaus bei und glaube, daß Punkt 5 durch meine Äußerungen über die Reihenfolge der Beratungsgegenstände einer Hauptversammlung in den Hintergrund treten darf. Wegen Punkt 4, über die gleichzeitige Vertretung von Bezirksvereinen und Fachgruppen möchte ich noch weitere Erklärungen der Antragsteller abwarten, die in der Aussprache wohl erfolgen werden. Zunächst vermag ich Unklarheiten oder gar Mißstände hier überhaupt nicht zu erblicken, wenn man nicht der Vertretung der Fachgruppen im Vorstandsrat überhaupt ohne Sympathie gegenübersteht.

Soweit die Mißstände. Nun zu dem Mittel ihrer Bekämpfung! Mit diesem Mittel kann ich mich nicht befrieden. Es besteht in dem Antrag, eine Kommission solle eine Satzungsänderung vorberaten und vorbereiten, die die Übelstände beseitigen solle; die Übelstände, die meines Erachtens glatt

durch Beschuß einer veränderten Geschäftsordnung aus der Welt geschafft werden können.

Sitzungen soll man nur in dringenden Notfällen ändern! Sie sind unser Gesetz, unter dem der Verein lebt. Was im Verordnungsweg zu machen ist, soll man nicht der Gesetzgebung aufhalsen. In einigen Jahren kann es dann wieder anders sein, und das Gesetz muß wiederum geändert werden. Noch dazu, da wir uns unser jetzt geltendes Gesetz erst vor zwei Jahren in Danzig geschaffen haben. Die damalige Kommission ist mit der größten Behutsamkeit an jeden einzelnen Paragraphen herangetreten, es ist nur das geändert worden, was veraltet war und in den jetzigen Rahmen des Vereins nicht mehr hineinpaßte. Nach eingehender Beratung, die mir als damaligem Berichterstatter noch in lebhaftester Erinnerung ist, wurden die Formen gefunden, nach denen sich der Verein in Zukunft sein Leben gestalten wollte. Die heute von dem märkischen Bezirksverein gerügten Paragraphen sind seit der Zeit vor 1908 in unseren Sitzungen, sie haben sich im übrigen durchaus bewährt, und was hier an ihren Folgen gerügt wird, läßt sich unschwer bei gutem Willen anderweitig beseitigen und abändern. Da braucht man nicht gleich das grobe Geschütz einer Kommission aufzufahren und Bresche in den Neubau unseres Gesetzes zu schießen. Was soll eine Kommission mit allem Drum und Dran von Sitzungen, Protokollen und besonders auch Tagegeldern, wenn wir hier ohne weiteres beschließen können. Ist erst eine Kommission zur Statutenänderung da, so kann man sie gleich als ständige Einrichtung ansehen, die Gesetzänderer und Gesetzgeber im Vereine werden dann erstehen wie die Pilze nach dem Regen, die Anträge auf Satzungänderung werden sich mehren, und damit wird ein Zustand der Unsicherheit im Vereinsleben geschaffen, den ich für gefährlich halten muß. Wenn das nach längerer Geltungsdauer des Statuts von 1908, sagen wir, in fünf Jahren, geschehen sollte, wenn sich Mißstände ergeben sollten, die gar nicht anders als durch Satzungänderungen beseitigen lassen, dann mag der Einsatz für das Spiel nicht zu hoch sein. Aber im vorliegenden Falle, wo zu einer statutarischen Änderung durchaus gar keine Veranlassung vorliegt, wo sich durch den Beschuß einer Geschäftsordnung alles glatt und im Sinne der Antragsteller erledigen läßt, möchte ich dringend abraten, in Satzungänderungen einzutreten und Schritte in dieser Richtung zuzustimmen.

Ich komme daher zu dem Schluße, zu bitten, den Antrag des Märkischen Bezirksvereins auf Ernennung einer Kommission zum Zwecke von Satzungänderungen abzulehnen, vorher aber in eine Beratung einzutreten, wie durch Festlegung einer Geschäftsordnung für die Behandlung von Initiativanträgen den von dem Märkischen Bezirksverein in seiner Begründung angeführten Mißständen zu begegnen sei. Die Geschäftsführung des Vereins ist dazu zu hören. gez. H. Krey.““

Also, meine Herren, wir schlagen vor, die Geschäftsordnung für den Vorstandsrat zu ändern; wir schlagen vor, daran zu denken, daß die Einreichung von Initiativanträgen nicht an eine Mindestfrist von 6 Wochen gebunden ist, sondern daß es sehr wohl erlaubt ist, einen Initiativantrag zu

jeder Zeit einzubringen; die Anträge, welche auf einer Hauptversammlung verhandelt werden sollen, müssen mindestens 6 Wochen vor der Hauptversammlung dem Vorstande vorliegen. Die Anträge können daher sehr gut vorher in den Bezirksvereinen durchgesprochen werden.““

Dr. Fresenius: „M. H.! Ich kann mir nicht recht vorstellen, wie die Sache gedacht ist. Wenn ein solcher Initiativantrag frühzeitig bekannt gegeben worden und, was sehr zweckmäßig sein kann, in den Bezirksvereinen behandelt worden ist, wie soll dann eine weitere schriftliche Diskussion zwischen den Bezirksvereinen und dem Vorstand zweckmäßig geführt werden? Denn davon ist doch hier die Rede, daß sich die Bezirksvereine und der Vorstand resp. der Vorstandsrat vorher über die Sachen benehmen sollen. Es heißt hier:

„Alle Anträge für die Hauptversammlung sollen mit der dazu gehörigen Begründung in der Vereinszeitschrift so rechtzeitig veröffentlicht werden, daß allen Mitgliedern des Vereins Gelegenheit gegeben wird, sie eingehend zu beurteilen, und daß ein Meinungsaustausch über dieselben zwischen Vorstand, Bezirksvereinen und Fachgruppen noch vor der Hauptversammlung stattfinden kann.“

Es könnten also danach die einzelnen Bezirksvereine an den Vorstand schreiben, sie könnten sich untereinander benehmen, und das wäre dann eine Diskussion auf schriftlichem Wege. Eine solche Diskussion auf schriftlichem Wege kann aber niemals das ersetzen, was die persönliche Diskussion herbeiführen kann. Es wird immer möglich sein, auch wenn die Sache in den Bezirksvereinen beraten worden ist, und jemand mit der Meinung des Bezirksvereins hierherkommt, daß er durch den mündlichen Meinungsaustausch eines besseren belehrt wird. Es wird zweckmäßig sein, die Anträge möglichst frühzeitig zu veröffentlichen, so daß man sie sich ordentlich überlegen kann. Die mündliche Diskussion aber kann nicht ersetzt werden durch eine gewissermaßen schriftliche Diskussion. Was möglich wäre, ist nur, daß man im einzelnen Falle sagt: Hier sind so neue Gesichtspunkte aufgetreten, daß sich vielleicht die Versammlung über die Anregung in der vorliegenden Form noch nicht schlüssig werden kann, und es zweckmäßig ist (und das wird im Rahmen der Geschäftsordnung möglich sein), im nächsten Jahre auf die Sache noch einmal zurückzukommen. Damit wäre alles erreicht, was man wünschen kann. Ich bin durchaus der Meinung, es so zu machen, wie der Vorstand vorgeschlagen hat.““

Dr. Diehl: „Ich möchte dem Herrn Vredner zunächst erwidern, daß natürlich die mündlichen Verhandlungen hier bestehen bleiben müssen, und daß sie das Wichtigste sind; aber die schriftliche Diskussion als die Vorbereitung dazu soll auf breitere Basis gestellt werden.““

Wie Herr Dir. Lüty im Namen des Vorstandes gesagt hat, wird in Punkt 1—3 unserem Antrage zugestimmt; Sie wollten nur die Sache in andere Form bringen und als eine Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandsrates ausführen, nicht als eine Satzungänderung. Dann ist aber doch für die längere Frist der Vorbereitung kein Zwang gegeben; wir wollten in der Beziehung gerade einen Zwang einführen. Sie können durch die Geschäftsordnung

wohl den Wunsch aussprechen, daß die Frist möglichst verlängert wird, es ist aber kein Bezirksverein verpflichtet, das zu tun; sondern um die Verpflichtung ihm aufzuerlegen, müßte das Statut geändert werden. Was Herr Dir. Lüty vorgelesen hat, entspricht praktisch eigentlich dem, was wir wollen, und wenn die Bezirksvereine alles das täten, so wäre es gut. Die Aufforderung dazu ist ja schon früher einmal ergangen, aber es lag kein Zwang vor. Deshalb würde unser Antrag auf eine Statutenänderung doch weitergehen als der Antrag, die Geschäftsordnung zu ändern.

Was Punkt 4 betrifft, so ist die Folge davon, daß die Vertreter der Fachgruppen Stimme und Sitz im Vorstandsrat haben, doch die, daß die Mitglieder der Fachgruppen als solche auch wieder Stimmen haben. Nehmen wir folgenden Fall: 100 Mitglieder im Märkischen Bezirksverein lassen sich als solche vertreten; dieselben 100 Mitglieder gehören aber auch zu einer Fachgruppe und könnten in dieser auch ihre Stimme abgeben.“ (Widerspruch; Zuruf: Geht nach den Satzungen nicht!) „Ich lasse mich darüber gern belehren; die Frage ist bei uns verschieden aufgefaßt worden.“

Dir. Küssel: „Der Märkische Bezirksverein verfolgt mit seinem Antrag offenbar die Absicht, die Bezirksvereine zu veranlassen, sich mehr als bisher mit den geschäftlichen Angelegenheiten des Vereins zu befassen. Dieses Bestreben ist gewiß an sich anerkennenswert. Ich habe indessen nicht die Überzeugung, daß die Bezirksvereine heute schon zu einer derartigen Mitarbeit veranlagt sind. Ich will dafür nur ein Beispiel anführen:

Vor zwei Jahren wurde auf der Hauptversammlung in Jena beschlossen, die weitere Bearbeitung der Frage der Privatbeamtenversicherung der gleichzeitig gebildeten sozialen Kommission zu übertragen. Die soziale Kommission erließ dann bald darauf eine Umfrage an die Bezirksvereine, in der sie diese um eine Erklärung bat darüber, wie sie sich zu dieser Frage stellten. Auf diese Umfrage haben damals nur zwei Bezirksvereine geantwortet. Die Kommission mußte infolge davon die Angelegenheit vertagen. Die Anfrage ist im letzten Jahre wiederholt worden mit dem Resultate, daß sich, wenn ich recht unterrichtet bin, im ganzen vier Bezirksvereine geäußert haben, und die Kommission hat deshalb ihre Arbeiten weiter ruhen lassen müssen. Das ist nicht ermutigend!

Die heutigen Bestimmungen hindern ja eine möglichst frühe Eingabe von Anträgen durchaus nicht, die Frist von 6 Wochen ist eine Minimalfrist. Wenn ein Bezirksverein es für notwendig hält, daß sein Antrag in den anderen Bezirksvereinen möglichst ausgiebig behandelt wird, so kann er ihn ein halbes Jahr vor der Hauptversammlung oder noch früher stellen. Daneben darf aber nicht verhindert werden, daß andere Anträge, die nach Lage der Sache vielleicht nicht früher eingebracht werden können, aber dennoch dringlicher Natur sind, auch noch 6 Wochen vor der Hauptversammlung eingebracht werden können. Es darf vor allen Dingen nicht Grundsatz werden, daß nur über solche Anträge auf der Hauptversammlung verhandelt werden kann, die in den Bezirksvereinen erledigt worden sind. Das könnte, wie das obige Beispiel zeigt,

zu einer recht unliebsamen Verschleppung der Geschäfte führen.

Wenn wir den jetzt geltenden Bestimmungen noch die hinzufügen, daß Anträge der Bezirksvereine sofort nach ihrem Eingang in der Zeitschrift bekanntzugeben sind, dann ist alles getan, was getan werden kann.

Wir freuen uns, daß der Hauptvorstand zusammen mit der Geschäftsstelle jetzt einen Geschäftsbetrieb eingerichtet hat, den man in mancher Beziehung als mustergültig bezeichnen darf, sowohl in bezug auf die Behandlung der geschäftlichen Sachen, als auch in bezug auf die Leitung der Zeitschrift. Wir haben da zum Teil einen ganz bedeutenden Vorsprung vor vielen anderen derartigen Instituten, und den wollen wir uns erhalten. Ich glaube, wir würden durch Annahme des Antrages mehr Schaden stiften als Vorteil, und ich möchte Sie deshalb bitten, den Antrag abzulehnen und nur diejenigen Vorkehrungen zu treffen, die erforderlich sind, damit die Anträge rechtzeitig bekannt geben werden. Man könnte auch die Begründung der Anträge mit veröffentlichen; ich weiß nicht, aus welchen Gründen das nicht geschieht, vielleicht der Raumersparnis wegen. (Zuruf von Prof. Dr. Rassow: Ist diesmal geschehen!) Dann ist alles schehen, was der Märkische Bezirksverein wünscht.“

Vors.: „Zur Klärung der Debatte möchte ich einiges sagen. Ich fasse den Antrag des Märkischen Bezirksvereins so auf, daß er in zwei Teile zerfällt, indem er rein formelle und andererseits prinzipielle Änderungen in Aussicht nimmt. Diese Änderungen sind aber nicht beantragt, es soll nur eine Kommission zu ihrer Vorberatung gewählt werden. Als wichtigstes prinzipielles Moment kommt in Frage die Änderung der Statuten. Ich bitte Sie, sich bei der Debatte klar zu werden, ob Sie es für zweckmäßig erachten, daß wir sobald schon, und ohne daß zwingende Gründe vorliegen, einen so tiefen Einschnitt in unsere Vereinssatzungen tun, oder ob wir das nicht lieber vertagen und auf den Zeitpunkt verschieben wollen, wo eine Änderung sich als unabweisbar herausstellt. Debatten über Satzungsänderungen gehören nicht zu den erfreulichen Angelegenheiten eines Vereins, Geschäftsordnungsdebatten noch viel weniger, und solange ich die Ehre habe, den Verein zu leiten, werde ich — soweit möglich — Geschäftsordnungsdebatten überhaupt abschneiden; Statutenänderungen aber empfehle ich, nur in den allerdringendsten Fällen vorzunehmen.“

Das andere, das formelle Moment, läßt sich, wie der Vorstand vorschlägt, leicht im Wege eines Notbehelfes erreichen. Wir haben eine Geschäftsordnung für die Bezirksvereine noch nicht, wir können also auf diesem Wege nichts machen. Wir können aber die Geschäftsordnung des Vorstandsrates ändern; die Mitglieder des Vorstandsrates sind ja die Vertreter der Bezirksvereine; sie werden dafür sorgen, daß diese Geschäftsordnung von den Bezirksvereinen gehalten wird. Dadurch können wir das Formelle erreichen, ohne eine Änderung der Statuten vorzunehmen, die immer ihre Nachteile hat. Wir erkennen alle die Vorteile an, die der Märkische Bezirksverein geltend gemacht hat, wir können sie aber spielend erreichen, indem wir z. B. sagen: Wir bestimmen in der Geschäfts-

ordnung, daß Anträge zur Hauptversammlung 12 Wochen vor der Hauptversammlung eingebracht und in den nächsten Wochen in den Bezirksvereinen behandelt werden sollen, damit die Möglichkeit besteht, noch Änderungen zu solchen Anträgen einzubringen, und auch diese rechtzeitig statutengemäß 6 Wochen vor der Hauptversammlung einzureichen. Auf diese Weise haben wir die Chance, daß wir auch noch später Anträge einbringen können. Wenn Sie aber im Statut festlegen: daß die Anträge schon 12 Wochen vorher eingereicht werden müssen, so werden wir mit sogenannten Dringlichkeitsanträgen überschwemmt, die ja die Satzungen auch vorsehen, Anträge, die dann plötzlich auf die Tagesordnung kommen und erledigt werden müssen, und das ist doch viel gefährlicher, als wenn wir es bei den 6 Wochen lassen. Ich konstatiere auch, daß der Termin immer sehr knapp eingehalten wird; gewöhnlich gehen die Anträge erst in den letzten Tagen ein.

Wir machen also den Vorschlag, den Sie kennen. Nun kommt aber das Prinzipielle; da differiert die Ansicht des Vorstandes erheblich von der des Märkischen Bezirksvereins. Wir sind einig, daß alle Initiativanträge im Vorstandsrat behandelt und von diesem in einer spruchreifen Form an die Hauptversammlung gehen. Ich glaube, das ist ein Vorteil, den wir gegenüber anderen großen Vereinen haben. Das möchten wir nicht ändern, und damit ist ja der Märkische Bezirksverein einverstanden. Nur bemängelt er die Möglichkeit, solche Anträge dadurch zu beseitigen, daß die Besucher der Hauptversammlung Vertretungen bis zu 10 Stimmen übernehmen können. Ich bin selbst der Vater dieser Bestimmung in unserem Statut, die entstanden ist, als die Zahl der Mitglieder desjenigen Bezirksvereins, bei dem die Hauptversammlung stattfand, sehr groß war, und die der anderen Teilnehmer sehr klein, so daß Anträge, die der Bezirksverein an dem Ort der Versammlung einbrachte, mit Glanz durchgingen, auch wenn alle anderen Bezirksvereine dagegen waren. Ich bitte, es aber bei dem bisherigen Zustand zu belassen. Es hat doch im vorigen Jahre ganz gut gearbeitet; es ist ein schwieriger Abstimmungsmodus, aber wir sind dieses Modus Herr geworden; wir haben genau unterschieden, ob jemand für sich oder in Vertretung stimmte, und wir hatten ein sehr deutliches Bild und konnten genau ermitteln, wie es war, wenn die Vertretungsstimmen nicht abgegeben worden wären. Das können wir alles machen. Und nun möchte ich das Eine noch sagen: Ist es nicht richtiger, es wird einmal ein Antrag zuviel abgelehnt und kommt erneut an die nächste Hauptversammlung, als wenn die Möglichkeit besteht, daß in einer Hauptversammlung Anträge genehmigt werden, die besser vertagt worden wären? Eine konservative Politik ist in einem Verein, wie dem unserigen, empfehlenswerter als eine fortschrittliche.

Das sind die Motive, die uns veranlassen, Sie zu bitten, von der Bildung der vorgeschlagenen Kommission vorläufig abzusehen.

Wenn Sie unseren Antrag annehmen und damit den Vorschlag in gewissem Sinne vorläufig ablehnen, so besteht ja immer noch die Möglichkeit, daß der Märkische Bezirksverein im nächsten Jahre auf die Sache zurückkommt und bestimmte Änderungen der

Sstatuten beantragt; er bedarf ja dazu der Unterstützung von 5% der Mitglieder, er ist aber stark genug, diese aus eigenen Mitteln aufzubringen.

Ich bitte Sie also, unseren Vorschlag anzunehmen.“

Dr. Wirth: „M. H.! Unser Rheinisch-westfälischer Bezirksverein war sehr dafür, daß der Antrag des Märkischen Bezirksvereins auf Revision der Satzungen angenommen werde. Wir haben die Satzungen zwei Jahre lang im Gebrauch, und es haben sich doch einzelne Punkte herausgestellt, in denen eine Änderung wünschenswert wäre. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf den vorhin behandelten Antrag Escalés zurückkommen. In den meisten Bezirksvereinen wird verlangt, daß ein Antrag von einer größeren Anzahl von Mitgliedern unterstützt wird, ehe er eingebrochen wird, während in unserem Hauptverein jedes einzelne Mitglied Anträge stellen kann. Wie wir jetzt gesehen haben, wäre es doch wohl richtig, wenn die Unterschrift einer Mehrzahl von Mitgliedern nötig wäre, damit ein Antrag bei der Hauptversammlung zur Verhandlung kommen kann.“

Was den Wunsch unter Ziffer 4 betrifft, so halte ich es auch nicht für richtig, daß jemand 6 bis 8 Stimmen für den Vorstandsrat abgeben kann. Es sollte jedenfalls im Vorstandsrat jedes Mitglied nur einfach stimmen. Es ließe sich vielleicht der Modus finden, daß nur diejenigen Mitglieder der Fachgruppen, welche nicht Mitglieder von Bezirksvereinen sind, in den Fachgruppen wählen; wie ich festgestellt habe, sind in den Fachgruppen für Gärungskemie, anorganische Großindustrie und med. pharmazeutische Chemie einige 20 bis 30 Mitglieder, welche keinem Bezirksvereine angehören; bei den anderen Fachgruppen nur eine kleinere Anzahl. Ich halte es nicht für richtig, daß die Herren, die in Fachgruppen sind, als doppelte Mitglieder im Vorstandsrat zählen, und wäre deshalb dafür, daß eine Änderung der Satzungen in diesem Sinne stattfinde.

Dagegen bin ich mit dem Vorschlag des Herrn Vors. ganz einverstanden, daß wir uns die Kommission sparen können. Vielleicht ist der Märkische Bezirksverein damit einverstanden, die Sache in die Hand zu nehmen und bei der nächsten Hauptversammlung einen Vorschlag zur Statutenänderung einzubringen.“

Dir. Lüty: „Es sind vorhin einige Bemerkungen gemacht worden, auf die ich gern etwas erwidern möchte. Je mehr Vorschriften wir machen, je mehr Geschäftsordnungen für Bezirksvereine und Fachgruppen wir aufstellen, um so schwieriger wird der ganze Mechanismus des Vereins, und es tritt dann dasjenige ein, was namentlich wir in Süddeutschland so gern den Norddeutschen nachsagen, daß nämlich in Norddeutschland zuviel regiert wird. Wenn wir eine Geschäftsordnung machten, nach der die Bezirksvereine oder Fachgruppen zu arbeiten hätten, so würden die sich wahrscheinlich wenig darum kümmern. Die Bezirksvereinsversammlungen sind immer verschieden zusammengesetzt, und es ist fraglich, ob bei dem Wechsel in der Zusammensetzung eine solehe Geschäftsleitung durchzuführen ist. Darum ist der Vorschlag, die Geschäftsordnung des Vorstandsrats zu ändern, der bessere. Auf den Vorstandsrat haben wir einen Ein-

fluß, weil der Vorsitzende des Hauptvereins auch Vorsitzender des Vorstandsrats ist.

Dann war hier behauptet worden, daß einzelne Mitglieder zweimal Vertreter in den Vorstandsrat entsenden könnten. Soweit die direkte Wahl bzw. die Vertretung einer Stimme in der geschäftlichen Sitzung in Frage kommt, ist das ausgeschlossen. Es ist ausdrücklich in Satz 18 der Satzungen gesagt: „Jedes Mitglied ist berechtigt, sich in der Hauptversammlung durch ‚ein‘ anderes Mitglied vertreten zu lassen. Es ist also unmöglich, daß ein Mitglied, das seine Stimme in einem Bezirksverein schon abgegeben hat, von irgend einem anderen Verein sich ebenfalls vertreten läßt. Es gilt für jedes Mitglied, das mehreren Bezirksvereinen angehört, von vornherein Satz 7 letzter Absatz: ‚Der Kasse des Bezirksvereins wird von jedem Mitglied jährlich 2 M zurückgestattet.‘ Dieser Paragraph hat wiederholt Auslegungen erfahren, und es ist verschiedentlich in der Hauptversammlung mitgeteilt worden, daß das Mitglied selbst zu bestimmen hat, welchem Bezirksverein die Rückvergütung des Hauptvereins erstattet werden soll. Ein Mitglied kann sämtlichen Bezirksvereinen als stimmfähiges Mitglied angehören, aber nur ein einziger hat das Recht, es als zahlendes Mitglied in seiner Liste zu führen, und in diesem Verein hat das Mitglied zu stimmen. Ich will sagen, Herr Dr. A. gehört dem Verein Sachsen-Anhalt und dem Märkischen Bezirksverein an, so kann er wählen, welchem der Bezirksvereine die Rückvergütung zukommen soll, hat aber dann in diesem Verein auch zu stimmen. Anders ist das nicht denkbar.

Dann hat es jeder Bezirksverein in der Hand, wenn er Initiativanträge stellen will, selbst wenn er nur die Mindestfrist von 6 Wochen einhält, also bis zum letzten Tag warten will, die Anträge den übrigen Bezirksvereinen des Hauptvereins zugehen zu lassen, gemäß § 22; nur hat er zu gleicher Zeit dann den Antrag dem Vorstand des Hauptvereins zu übermitteln. Auch das ist schon wiederholt vorgekommen. Es ist vorgekommen, daß ein Bezirksverein einen Antrag sämtlichen Bezirksvereinen übermittelte und zu gleicher Zeit zur Kenntnis des Hauptvorstandes brachte, damit der Hauptvorstand in der Lage war, Stellung dazu zu nehmen. Also dazu haben Sie nicht einmal die vorhin vorgeschlagene Änderung der Geschäftsordnung nötig, Sie haben es vollständig in der Hand. Es ist aber Tatsache, wie vorhin Herr Dir. Küssel angeführt hat, daß die Bezirksvereine im allgemeinen sehr langsam arbeiten. Ich weiß das aus der Zeit, wo ich selber Geschäftsführer war, und Herr Prof. Rassow kann es bestätigen, daß alle die Schreiben, die an die Bezirksvereine gehen, in den meisten Fällen recht langsam, manchmal gar nicht beantwortet werden, und ich glaube, wenn der Märkische Bezirksverein seinen Antrag den übrigen Bezirksvereinen vor 20 Wochen hätte zugehen lassen, so hätte er wahrscheinlich recht wenig Antworten bekommen.

Vor einer Satzungsänderung warne ich auch. Sie wissen, daß wir die letzte Satzungsänderung erst dann vorgenommen haben, nachdem eine ganze Anzahl von Mängeln in den Satzungen sich herausgestellt hatten. Wenn auch nach berühmten Mustern — ich erinnere an die Reichsfinanzreform — Unstimmigkeiten im Gesetz vorhanden sind, so

lassen sie sich, selbst wenn Geld in Frage kommt, erledigen, indem man mit den Interessenten verhandelt; die Interessenten sind in diesem Falle die Mitglieder des Hauptvorstandes.

Nun das Letzte, die doppelte Vertretung der Fachgruppen bzw. der Bezirksvereine. Wenn ich Mitglied mehrerer Fachgruppen bin, so wähle ich allerdings in dem Augenblick, wo ich die Wahl des Vorsitzenden der Fachgruppe ausführe, einen Mann, der außerdem berechtigt ist, in dem Gesamtvorstand, im Vorstandsrat die Fachgruppe und ihre Interessen zu vertreten. Naturgemäß wird die Fachgruppe auch zu allen anderen Interessen, die im Vorstandsrat vorgebracht werden, Stellung nehmen. Aber, m. H., seien Sie sich doch die Zahl der Fachgruppenmitglieder an. Die Gesamtsumme erreicht nach meinem Wissen nicht viel mehr als die Zahl von 700 Mitgliedern. (Zuruf: über 900!) Nein, im Mitgliederverzeichnis stehen allerdings 900 Mitglieder von Fachgruppen, aber wie das Mitgliederverzeichnis aufgestellt wurde, waren noch lange nicht von sämtlichen Fachgruppen die Mitglieder abgerechnet, die überhaupt keinen Beitrag bezahlt haben. Von den rund 200 Mitgliedern der Fachgruppe für anorganische Großindustrie kann ich sagen, daß nur 110 den Beitrag bezahlt haben; in der Gruppe für gewerblichen Rechtsschutz sind, wenn ich nicht irre, rund 100 Mitglieder vorhanden, tatsächlich haben aber nur etwa 38 den Beitrag an mich gezahlt, die anderen nicht. So geht das weiter; darum haben Sie auch keine Sicherheit, wenn Sie die Bezirksvereine nach dem Mitgliederverzeichnis zusammenzählen, daß nun wirklich ihr Bezirksverein tatsächlich soviel Mitglieder hat. Mit den Bezirksvereinen wird erst am Ende des Jahres, im Oktober, abgerechnet, und Herr Dr. Köbel weiß zur Genüge von dem Bezirksverein Oberrhein, daß die Differenz zwischen Bezirksverein und Hauptverein immer besteht, indem eine Anzahl Mitglieder ausgeschieden ist, ohne dem Bezirksverein Mitteilung zu machen; sie haben sich einfach geweigert zu zahlen.

Die Wichtigkeit, die Herr Dr. Wirth vorhin der Möglichkeit der Ausübung einer zweifachen Wahl zugeschrieben hat, ist verschwindend gegenüber dem Mitgliederbestand des Vereins, in Zahlen ausgedrückt noch nicht 1 : 6.“

Dr. Hartleb: „Ich möchte fragen, ob es möglich wäre, einen Modus zu finden, der den Bezirksvereinen zur Aufgabe macht, sich zu den Anträgen, die für die Hauptversammlung gestellt werden, zu äußern, und zwar innerhalb einer bestimmten Frist an den Antragstellenden Bezirksverein. Es wäre das also ein gewisser Zwang für die Bezirksvereine, der sie veranlaßt, sich zu äußern. Es würde dadurch für den antragstellenden Bezirksverein schon im voraus Klarheit geschaffen, ob sein Antrag Aussicht auf Annahme in der Vorstandssitzung hat oder nicht; es würde auch mancher überflüssige Antrag dadurch ausgeschaltet.“

V o r s . : „Der Vorschlag des Herrn Vorredners ist identisch mit dem Antrage des Vorstandes; der geht dahin: ‚Die Vorstandsmitglieder werden verpflichtet, sofort wenn ein Antrag des Bezirksvereins eingeht, dafür zu sorgen, daß in ihren Bezirksvereinen die Angelegenheit besprochen wird.‘ Das ist

der Weg, den wir wählen wollen. Wir können die Bezirksvereine nicht verpflichten, aber die Vorstandsratsmitglieder können wir verpflichten; das genügt; dann wird wenigstens die Mehrzahl derselben antworten, von allen Antworten zu erhalten, werden wir wohl niemals erreichen. Wie schwierig das ist, hat Herr Dir. Lüty geschildert, und wenn Sie Herrn Prof. Rassow fragen, wird er das bestätigen. — Die Bezirksvereine sollen ihre Anträge 12 Wochen vorher einreichen, sie können dann sofort gedruckt werden. Die Geschäftsstelle schickt sie an die Vorstandsratsmitglieder, und dieselben sind verpflichtet, dafür zu sorgen, daß innerhalb der nächsten 6 Wochen, ehe der Termin abläuft, wo noch Anträge gestellt werden können, darüber beraten wird, und dann eventuell Änderungen noch vor Ablauf der 6 Wochen eingereicht werden können. (Zuruf von Geheimrat Delbrück: Dann kriegen Sie 20 Änderungsvorschläge.) Das macht nichts, mit denen werden wir auch fertig.“

D r. Köbner: „Es scheint, daß die Anregungen, die der Märkische Bezirksverein gegeben hat, vom Vorstande gutgeheißen werden, insofern man bestrebt ist, sie im Rahmen von Geschäftsordnungsmaßnahmen zu regeln. Die Debatte hat sich aber zuletzt mehr mit einem Punkt befaßt, der eigentlich an eine spätere Stelle der Tagesordnung gehört, nämlich mit der Stellung der Fachgruppen. Wir haben heute den Zustand, daß ein Viertel der Stimmen des Vorstandsrates den Fachgruppen zugehört. Damit kommt die Bedeutung der Fachgruppen für gewisse Fragen wohl zu stark zum Ausdruck. Von den Mitgliedern, die einem Bezirksverein angehören, ist ungefähr jeder vierte Mann noch in einer Fachgruppe vertreten. Das ist natürlich eine Inkonsistenz, und es ist von vornherein gewiß nicht gewollt gewesen. Es ist klar, daß die Fachgruppen ihre Interessen auch innerhalb des Vorstandsrates müssen zur Geltung bringen können; aber ob das nicht auf eine andere Weise zu erzielen wäre, das ist eine Frage, die ich nicht entscheiden will. Es haben sich also jedenfalls jetzt schon, trotzdem wir die Statuten noch nicht lange haben, doch Punkte herausgestellt, über die vielleicht gut wäre, sich einmal ausführlich zu unterhalten. Ich meine, es wäre deshalb nicht viel gefehlt, wenn man den Antrag des Märkischen Bezirksvereins auf Einsetzung einer Kommission annähme. Wir brauchten ja der Kommission nicht die Aufgabe der Statutenänderung vorzuschreiben; denn es ist zuzugeben, daß man ohne Not nicht an den Statuten rütteln soll. Aber wenn wir eine Kommission einsetzen mit der Aufgabe, zu untersuchen, ob gewisse Zustände ein Übelstand sind, und ob — falls diese Frage bejaht wird — es Mittel und Wege gibt, dem vermeintlichen Übelstand abzuhelpfen, so meine ich, würde man damit doch den Bezirksvereinen entgegenkommen. Ich weiß, daß viele Bezirksvereine schon damals, als die Statutenänderung betr. der Fachgruppenvertretung vorgeschlagen wurde, sehr zweifelhaft waren, ob man auf die Dauer die Sache in der Form werde durchführen können, wie sie damals angenommen wurde. Es wäre vielleicht nützlich, wenn man nicht 5 Jahre wartet, bis man mit einer solchen Sache wiederkommt, sondern jetzt schon an sie herantritt. Es ist ja nicht gesagt, daß schon

im nächsten Jahr die Beratung dazu führen muß, daß die Vorschläge spruchreif sind.

Ich würde vorschlagen, den Antrag des Märkischen Bezirksvereins in der Form anzunehmen, daß wir sagen, es soll eine Kommission zusammentreten, die darüber zu beraten hat, ob sich jetzt schon Übelstände in den Vereinssatzungen herausgestellt haben, und ob es Mittel und Wege gibt, diese Übelstände zu beseitigen.“

C. Göpner: „Ich möchte dringend wünschen, daß wir den Antrag des Vorstandes annehmen. Wenn es sich zeigen sollte, daß wir im Laufe der Zeit doch an eine Statutenänderung herangehen müssen, so haben wir bis dahin genügend Material. Heute aber wird nur ungeheuer viel geredet, zu stande kommen wird ja doch nichts.“

(Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen; es kommen noch die bereits vorge merkten Redner zum Wort.)

Dr. Fresenius: „Ich wollte bloß darauf hinweisen, daß in der Eingabe der Fachgruppenvorstände diese Frage mitgestreift war, und es läßt sich nicht leugnen, daß in der Form, wie das jetzt geordnet ist, ein Mitglied seine Stimme nicht bloß für einen, sondern, wenn er mehreren Fachgruppen angehört, meinetwegen für vier oder zehn abgeben kann. Aber es fragt sich auf der anderen Seite, ob das ein so großer Schaden ist. Wenn das der Fall wäre, so müßte sich doch schon in den 2 Jahren herausgestellt haben, daß ein prinzipieller Unterschied zwischen den Vorständen der Bezirksvereine und den Vertretern der Fachgruppen vorhanden wäre. Wenn hier ein tiefer Riß durch den Verein ginge, so wäre das etwas anderes; aber im großen ganzen glaube ich, daß jemand deswegen, weil er Vors. einer Fachgruppe ist, über die allgemeinen Interessen des Vereins nicht wesentlich anders denken wird, als wenn er von einem Bezirksverein hierhergeschickt wird. Ich meine, wir sollten diese Frage unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob es wirklich etwas schadet, wenn jemand für zwei Personen seine Stimme abgibt.“

Vors.: „M. H.! Gestatten Sie mir, daß ich als Vors. die Fachgruppen in Schutz nehme.

Wir haben die Fachgruppen geschaffen, um eine wesentliche Verbesserung unserer Vereinsorganisation durchzuführen, und ich frage Sie: Ist der Erfolg nicht ein glänzender. Haben wir, seitdem die Fachgruppen bestehen, in unseren Hauptversammlungen nicht wirklich gute Vorträge und Erfolge erzielt, wie sie kaum erhofft wurden? Auf der diesjährigen Versammlung haben wir 60 Vorträge, auf der vorjährigen waren es 55. Damit ist doch eine ganz außerordentliche Anregung gegeben worden. Wir haben damals, als wir vorschlugen, diesen Fachgruppen eine Vertretung im Vorstandsrat zu geben, wohl überlegt, daß dadurch Doppelstimmen auftreten werden, aber man muß doch den Vertretern der Fachgruppen auch gewisse Rechte bewilligen. Sie sollen arbeiten, aber sie sollen dafür nichts haben; Sie verlangen von ihnen schöne Vorträge, aber sie sollen nicht mitreden. Warum wollen Sie das? Es sind doch keine Sozialdemokraten; im Gegenteil, es sind gerade diejenigen, die auf der neutralen Seite stehen. Ich habe schon im vorigen Jahre, als die Fachgruppen angegriffen wurden, ihre Partei ergriffen und gesagt: als Vors. freue ich mich, daß

wir im Vorstandsrat auch Herren haben, die nicht der Industrie angehören, sondern ausschließlich Wissenschaftler sind. Und wenn im vorigen Jahre zum Ausdruck kam, daß diese Herren in sozialen Fragen hier nicht mitreden sollten, so muß ich sagen: die Herren sind unparteiischer als wir, sie stehen über den Parteien, deshalb begrüße ich es, daß gerade sie in sozialen Fragen mitreden dürfen, und ich bitte Sie dringend, solange das Verhältnis von $\frac{1}{4} : \frac{3}{4}$ besteht, lassen Sie das doch. Wollen Sie es ändern, so können Sie es ja immer noch, solange Sie die Majorität haben; wenn Sie die freilich nicht mehr haben, geht es nicht mehr, da müssen Sie sich vorsehen. (Heiterkeit.) Und nun bedenken Sie einmal, was die früheren Vors. für Rechte haben; die vertreten in eigener Person zweimal eine Stimme, das sind jetzt schon 6 Doppelstimmen, die müßten Sie auch beseitigen. M. H.! Wir sind doch kein Parlament, in dem jedes Mitglied nur eine Stimme hat; der Grundsatz ist durchbrochen bei den Vorsitzenden und bei den Fachgruppen, und er ist mit Absicht durchbrochen. Wir wußten das im voraus, und ich bitte Sie deshalb dringend, lassen Sie doch den Zustand bestehen, wie er ist, und ändern wir nicht ohne dringende Not die Satzungen. Wir haben uns bisher im Verein deutscher Chemiker dadurch ausgezeichnet, daß wir möglichst selten solche Debatten über Änderung der Statuten haben, die dem Verein und den Mitgliedern nicht nützen und leicht Erbitterung hervorrufen bei den Minoritäten, die in der Abstimmung unterliegen. Ich bitte Sie, belassen Sie es bei dem Vorschlag des Vorstandes.“

Dr. Diehl: „M. H.! Daß wir ungern daran gehen, die Satzungen zu ändern, beweist am besten, daß wir den Antrag auf Änderung der Satzungen im Sinne unserer Wünsche nicht gestellt haben, sondern die Bildung einer Kommission beantragen, die ev. die Satzungsänderung vorbereiten und die Frage des Bedürfnisses an der Hand dessen, was wir gegeben haben, erwägen soll. Ich kann aber mit Genugtuung konstatieren, daß speziell von den Herren vom Vorstande viele unserer Wünsche als berechtigt anerkannt werden. Ich freue mich sehr darüber, und wenn Sie unseren Antrag ablehnen und an dessen Stelle diese Resolution genehmigen, so können wir sagen, wir haben wenigstens durch den Antrag etwas erreicht, womit wir auch zufrieden sind.“

Nur eines möchte ich bemerken. Der Herr Vors. scheint mich falsch verstanden zu haben, insofern als ich nicht an den prinzipiellen Formen der Abstimmung in der Hauptversammlung etwas ändern will; ich habe ja ausdrücklich anerkannt, daß ich es für einen großen Vorzug halte, daß alles durch die Beschußfassung des Vorstandsrates gehen muß; daran möchte ich nichts geändert sehen. Wir wollten nur eine Änderung in der Arbeit des Vorstandsrats, wenn sich zeigt, daß wir mit einer Änderung der Geschäftsordnung ausreichen, so mag es auch ohne Satzungsänderung gehen.“

Dir. Lüty: „M. H.! Die Debatten des preußischen Abgeordnetenhauses zittern hier offenbar etwas nach. (Heiterkeit.) Mit Schrecken denkt man daran, daß jemand im Verein ein mehrfaches Stimmrecht haben kann. Wenn Herr Dr. Köbner sagt: 1 : 3, so nehmen Sie glattweg an, ein Drittel

der Stimmenden ist mit 2 Stimmen behaftet. Aber Sie sind ja sofort in der Lage, das zu ändern. Die Mitglieder, die Fachgruppen und Bezirksvereinen angehören, leisten doppelte Arbeit im Interesse des Hauptvereins. Wenn Sie ihnen nun trotzdem das doppelte Stimmrecht nehmen wollen, so gibt es da ein einfaches Mittel: Treten Sie doch jeder in eine Fachgruppe ein, stärken Sie die Fachgruppe und stimmen Sie dann in dieser mit! (Große Heiterkeit.) Die Fachgruppe wird sich da nicht beklagen, und sie wird finanziell eine kleine Besserung erfahren. Nun wurde vorhin gesagt, es solle eine Kommission gewählt werden, die nichts weiter zu tun hat als die Ideen zur Statutenänderung zu registrieren und nach einigen Jahren mit Vorschlägen zu kommen. Falls der verehrte Kollege Diehl in diese Kommission gewählt wird, dann möchte ich ihn bitten, zu dem Material auch den Antrag des Kassenwartes zu legen, daß eine Rückvergütung an die Bezirksvereine seitens des Hauptvereins nicht mehr gezahlt wird, daß im Interesse des Hauptvereins die 2 M Rückvergütung zu streichen sind. Der Hauptverein würde dafür dankbar sein, er brauchte dann nicht mehr so kleinlich mit seinen Mitteln zu geizen. Aber ich glaube, die Kommission brauchen wir gar nicht, unsere Geschäftsstelle wird die Anregungen, die wegen Satzungsänderungen gemacht werden, pflichtmäßig Jahr für Jahr registrieren, so daß Sie das Material von der Geschäftsstelle jederzeit bekommen können, falls der Zeitpunkt der Satzungsänderung heranrückt.“

Im übrigen bleibt der Vorstand bei seinen Vorschlägen stehen; er bittet Sie, im Sinne des Referats, das ich im Auftrage des Herrn Kollegen Dr. Kreys vorgelesen habe, dahin zu beschließen, daß durch Abänderung der Geschäftsordnung für den Vorstandsrat die Mängel, die der Vorstand anerkannt hat, behoben werden sollen.“

Die Debatte wird geschlossen. Bei der folgenden Abstimmung wird der Antrag des Märkischen Bezirksvereins gegen 15 Stimmen abgelehnt; der Antrag des Vorstandes:

„Der Vorstand wird beauftragt, eine Änderung der Geschäftsordnung des Vorstandsrates in dem Sinne herbeizuführen, daß die Vorbereitung der Initiativanträge der Bezirksvereine in diesen sichergestellt wird,“ wird einstimmig angenommen.

V o r s.: Der soeben angenommene Antrag wird nicht zur Beratung und Abstimmung in die Hauptversammlung kommen, da es sich um eine Angelegenheit des Vorstandsrates handelt. Wir werden aber eine Erklärung zu dem Antrag geben, um auf diese Weise zu rechtfertigen, warum der Antrag des Märkischen Bezirksvereins abgelehnt wurde.

Nachdem jetzt die Herren des Sozialen Ausschusses anwesend sind, die ich besonders freundlich begrüße, können wir zurückkehren zu:

13. Antrag des Sozialen Ausschusses.

„Der Vorstand wolle nachstehende Vorschläge der Münchener Hauptversammlung zum Beschuß unterbreiten.“

Vorschläge über Konkurrenz klausel.

Für den Fall, daß die von der Frankfurter Hauptversammlung vorgeschlagene Fassung einer

gesetzlichen Bestimmung zur Regelung der Konkurrenzklause keine Annahme findet, wird vorgeschlagen, die Bestimmungen des Entwurfs der Reichstagskommission in folgender Weise abzuändern:

1. In § 133 f. Abs. 1: „Die Beschränkung ist für den Angestellten nur verbindlich, wenn die Vereinbarung bezweckt und geeignet ist, den Gewerbeunternehmer vor solchen Schäden zu bewahren, welche durch Bekanntgabe von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen hervorgerufen werden“, sind die Worte „und geeignet ist“ zu streichen.

2. Dem § 133 f. Abs. 1 ist folgender Zusatz zu geben:

„Insbesondere ist die Beschränkung nur auf Gegenstände und Verfahren zulässig, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen gelernt hat.“

3. § 133 f. Abs. 2 soll folgende Fassung erhalten:

„Die Beschränkung kann auf einen Zeitraum von mehr als 3 Jahren von der Beendigung des Dienstverhältnisses nur dann erstreckt werden, wenn vereinbart wird, daß während der Dauer der Beschränkung dem Angestellten sein zuletzt von ihm bezogenes, vertragmäßig festes Gehalt weiter bezahlt oder wenigstens eine Entschädigung gewährt wird, die ihm eine seiner Stellung entsprechende Lebensführung ermöglicht.“

4. In dem gleichen Absatz ist die Festsetzung eines Gehaltsminimums von 3000 M zu streichen.

5. Für § 133 g Abs. 2, 3 und 4 ist folgende, von der Frankfurter Hauptversammlung angenommene Fassung zu setzen:

„Der Gewerbeunternehmer ist berechtigt, auf die Einhaltung der vereinbarten Beschränkung zu verzichten. Während der Dauer des Dienstverhältnisses muß die Verzichtserklärung spätestens 6 Monate vor Ablauf des Dienstverhältnisses oder, falls der Vertrag durch den Angestellten gekündigt wird, spätestens 14 Tage nach Entgegennahme der Kündigung ausgesprochen werden. Nach Ablauf des Dienstverhältnisses behält der Angestellte im Falle der Verzichtserklärung den Anspruch auf die vorgesehene Vergütung noch für die Dauer eines Jahres von der Abgabe der Verzichtserklärung ab.“

6. Die Bestimmung des § 133 h: „Die Vorschriften des § 133 f Abs. 2, des § 133 g Abs. 2—4 finden keine Anwendung, wenn die Angestellten einen Gehalt von mindestens 8000 M für das Jahr beziehen“,

ist zu streichen.

Begründung.

Die Frage, ob die Zulässigkeit der Konkurrenzklause im Hinblick auf die neuen Bestimmungen des Wettbewerbsgesetzes über den Geheimnisverrat von Angestellten in erheblichem Maße zu beschränken sei, scheint gegenstandslos, solange über die Auslegung des § 18 des Wettbewerbsgesetzes noch keinerlei Sicherheit herrscht. Es bleibt daher die Notwendigkeit bestehen, die Frage der Konkurrenzklause in der Gewerbeordnung zu regeln. Der von der Frankfurter Hauptversammlung gemachte Vorschlag stellt die von dem Sozialen Ausschuß in erster Linie für wünschenswert erachtete

Lösung der Frage dar. Da aber die Möglichkeit besteht, daß die Vorschläge der Reichstagskommission als Grundlage für die künftige Beratung der Frage gewählt werden, hält es der Soziale Ausschuß für wünschenswert, auch zu diesen Vorschlägen Stellung zu nehmen. Die Anträge des Sozialen Ausschusses haben daher nur den Charakter von Eventualanträgen.

Zu Ziffer 1 war der Soziale Ausschuß der Ansicht, daß die Notwendigkeit, die objektive Zweckmäßigkeit der Karenzverpflichtung nachzuweisen, die Konkurrenzklause überhaupt unmöglich mache.

Zu 2 erschien das Eingehen einer Karenzverpflichtung für den Angestellten nicht gerechtfertigt, wenn sie sich auf Dinge erstrecken soll, die der Angestellte nicht aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen lernt.

Zu 3. Die Höhe der für Einhaltung einer längeren Karenz pflichtgemäß zu gewährenden Entschädigung soll nach Ansicht des Sozialen Ausschusses nicht lediglich durch die Höhe des zuletzt bezogenen Gehaltes, sondern auch durch die Rücksicht auf das zur Ermöglichung einer entsprechenden Lebensführung erforderliche bestimmt werden.

Zu 4. Das Erfordernis einer Mindesteinnahme von 3000 M scheint dem Ausschuß nicht gerechtfertigt.

Zu 5. Der Vorschlag entspricht dem Beschuß der Frankfurter Hauptversammlung.

Zu 6. Eine Beschränkung der Anwendung der Karenzbestimmungen auf Angestellte, die einen Gehalt von nicht über 8000 M beziehen, schiebt dem Ausschuß nicht im Interesse der Angestellten zu liegen.

Im übrigen wird auf das Protokoll der Sitzung des Sozialen Ausschusses vom 14./9. 1909 (diese Z. 22, 2176 [1909]), sowie auf die in derselben Z. abgedruckten Aufsätze von R a s c h i g S. 1801 und H a a g n S. 1797 verwiesen.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h: „M. H.! Der Ausschuß hat auf Grund der Beratungen einer Sitzung in Frankfurt a. M. und der letzten Sitzung, die in Berlin stattfand, Ihnen eine Reihe von Anträgen unterbreitet, und zwar von Eventualanträgen zur Regelung der Frage der Konkurrenzklause. Nun ist in unserer heutigen Sitzung uns eine Anregung von seiten des Vorstandes zugegangen, in der wir einen Gegenvorschlag zu einem unserer Anträge, und zwar in einem der wichtigsten Punkte, finden müßten. Wir haben diesen Vorschlag beraten, so weit es jetzt möglich war, haben uns aber mit dem Vorschlag nicht einverstanden erklären können. Andererseits müssen wir anerkennen, daß dem Gegenvorschlag des Vorstandes eine sehr beachtenswerte Erwägung zugrunde liegt. Es war leider nicht möglich, im Laufe der Sitzung diese Frage so eingehend zu beraten, wie es wünschenswert wäre. Infolgedessen war der Soziale Ausschuß nicht in der Lage, zu diesem neuen Vorschlag des Vorstandes Stellung zu nehmen. Unter diesen Umständen glauben wir, dem Vorstandsrat anheimstellen zu müssen, die Frage von der Tagesordnung der morgigen geschäftlichen Sitzung abzusetzen, weil wir sonst in der unangenehmen Lage wären, eine Sache vertreten zu müssen, die in einem wichtigen Punkte uns noch nicht reif erscheint. Da außerdem die Frage nicht sehr dringend ist, so

wird jedenfalls der Sache nicht geschadet, sondern genützt, wenn man sie von der diesmaligen Tagesordnung absetzt und auf die Tagesordnung der nächsten Hauptversammlung setzt. Wir stellen keinen Antrag, stellen aber anheim, hiernach Beschuß zu fassen.“

V o r s . : „Dürfte ich bitten, daß Sie kurz andeuten, um welche Punkte es sich handelt.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Es war im vorigen Jahre unter den Eventualanträgen der Antrag gestellt worden, daß die Konkurrenzklause nur auf solche Gegenstände und Verfahren zulässig sein soll, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen gelernt hat. Da ist nun von dem Vorstand der Zusatzantrag gekommen, zu sagen: „Insbesondere ist die Beschränkung nur auf Gegenstände oder Verfahren zulässig, die der Angestellte aus Anlaß seiner dienstlichen Beschäftigung kennen gelernt hat, es sei denn, daß der Angestellte für die Zeit der Beschränkung eine Vergütung in der Höhe seines zuletzt bezogenen Gehalts erhält.“ Damit sollte ausgesprochen werden, daß wenn der Angestellte eine Vergütung für die Karrenzeit erhält, dann eine Beschränkung der Karezne nicht eintreten soll. Das schien dem Sozialen Ausschuß wenigstens in dieser Form bedenklich, da der Soziale Ausschuß heute zunächst zu dem Ergebnis gekommen war, daß es jedenfalls nicht wünschenswert wäre, die Karezne über die Zwecke der Bewahrung von Fabrik- und Geschäftsgesheimnissen hinaus auszudehnen. Zu dieser Stellungnahme war der Soziale Ausschuß in einhelliger Abstimmung gelangt. Nun sind wir der Ansicht, daß der Zusatzantrag des Vorstandes diesem Grundsatz widersprechen würde. Richtig ist, daß dem Antrag des Vorstandes sehr erhebliche praktische Erwägungen zugrunde liegen, die eingehende Beratung verdiensten, und wir halten es nicht für ausgeschlossen, daß wir vielleicht zu einer Lösung gelangen, die die Anschauungen des Vorstandes mit dem Grundsatz in Einklang bringt, den der Soziale Ausschuß aufgestellt hat. Jedenfalls sind wir aber heute nicht in der Lage gewesen, Ihnen eine solche Lösung vorzuschlagen, und unter diesen Umständen glauben wir auch nicht auf einer Durchführung der Diskussion bestehen zu können.“

V o r s . : „Sie ziehen aber den Antrag nicht zurück?“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Wir stellen das anheim. Wir würden' nicht widersprechen, wenn der Vorstandsrat beschließt, die Frage von der Tagesordnung abzusetzen.“

Dr. B u c h e r e r : „Ich habe nicht verstanden, ob der ganze Antrag, der schriftlich vorliegt, von der Tagesordnung verschwinden soll oder nur der eine spezielle Punkt. Das erstere würde ich sehr bedauern; den einen Punkt könnten wir wohl ruhig absetzen.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Ich glaube nicht, daß es möglich wäre, diesen einen Punkt von den übrigen Fragen zu trennen. Die Regelung der Konkurrenzklause hängt innerlich so zusammen, daß es nicht möglich ist, zu sagen: wir stimmen dem und dem Vorschlag zu, behalten uns aber bezüglich eines anderen Vorschlags unsere Stellungnahme vor. Das hängt innerlich so zusammen, daß ich glaube, wir können einen einzelnen wichtigen Punkt nicht

aus der Debatte herauslassen; es müssen dann alle Anträge zurückgestellt werden. Ich wiederhole, wir sind nur der Ansicht, die Anträge jetzt zurückzustellen, damit sie bei der nächsten Gelegenheit mit besserer Aussicht auf Einigung erörtert werden können.“

Dr. K l o e p p e l : „Ich möchte die Anregung des Sozialen Ausschusses zu dem A n t r a g verdichten, daß wir die Beschußfassung über die Anträge des Sozialen Ausschusses bis zur nächstjährigen Hauptversammlung vertagen. Wie Herr Prof. O s t e r r i e t h schon hervorgehoben hat, ist die Sache zurzeit nicht so eilig, insofern als die Beschlüsse der Reichstagskommission nicht in dieser Session zur Erledigung kommen werden, und voraussichtlich erst eine abgeänderte Regierungsvorlage zu erwarten ist, ehe der Reichstag wieder mit der Sache sich beschäftigt. Bei der großen Menge von Material, das dem Reichstag zurzeit vorliegt, wird es sicher noch zeitig genug sein, im nächsten Jahre zu der Frage Stellung zu nehmen. Ich möchte mich auch der Auffassung des Herrn Prof. O s t e r r i e t h anschließen, daß es nicht möglich ist, über einzelne der gemachten Vorschläge heute zu beschließen und andere zurückzustellen. Der ganze Vorschlag des Sozialen Ausschusses hat den Zweck, zu den Beschlüssen der Reichstagskommission Stellung zu nehmen, für den Fall, daß unsere grundsätzliche Beschußfassung von Danzig und Frankfurt nicht die Billigung finden würde. Wenn es auf den ersten Blick vielleicht auch so aussieht, als ob es sich bei jedem der Anträge um eine selbständige Angelegenheit handelte, so bilden in Wirklichkeit die Vorschläge des Sozialen Ausschusses ein zusammenhängendes Ganzes und können nur als solches beurteilt werden.“

Dr. B u c h e r e r : „Ich meine, die Anträge des Sozialen Ausschusses sind von so großem Interesse, und die Sache ist so wichtig, daß wir doch allen Grund hätten, uns heute im Vorstandsrat über diese Sache zu unterhalten. Ich möchte deshalb anregen, daß wir uns heute mit dem Punkt beschäftigen.“

Nachdem noch Herr B e i n die Vertagung befürwortet hat, wird die Diskussion geschlossen und die Vertagung der Angelegenheit gegen 4 Stimmen angenommen.

14. Antrag des Vorstandes.

„Im Interesse eines guten Einvernehmens zwischen den angestellten und leitenden Chemikern ist es nach Vorschlag des Sozialen Ausschusses wünschenswert, daß in den Anstellungsverträgen das Ehrenwort nicht gefordert wird.“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Der Antrag versteht sich — wie ich glaube — von selbst. Bei der Besprechung von Verträgen, die dem Sozialen Ausschuß vorgelegen haben, sind wir mehrfach darauf gestoßen, daß Vertragsbestimmungen, namentlich die Konkurrenzklause, durch das Ehrenwort gestützt waren. Nun hat das Reichsgericht in der letzten Zeit einen für diese Frage sehr wichtigen Grundsatz aufgestellt; es hat entschieden, daß wenn eine Vertragsbestimmung, durch die der eine Teil sich einen Rechtsvorteil verschafft, durch eine ehrenwörtliche Verpflichtung noch besonders gesichert

wird, daß dann diese ganze Klausel rechtsunwirksam wird, weil es dem Reichsgericht als gegen die gute Sitte verstößend erscheint, daß eine rechtliche Vereinbarung, die gegenseitige Nachteile und Vorteile festlegt, auf der einen Seite noch durch eine ehrenwörtliche Versicherung verstärkt werden soll. Das Reichsgericht hat also damit anerkannt, daß in diesem Umfange und unter diesen Voraussetzungen eine Vertragsklausel unwirksam wird, wenn sie durch das Ehrenwort verstärkt wird.

Nun haben wir außerdem natürlich noch die moralische Seite der Frage in Betracht gezogen, daß es unter Ehrenmännern selbstverständlich sein sollte, daß Verträge nach Treu und Glauben eingehalten werden, daß aber, wenn aus einem Vertrage rechtliche Meinungsverschiedenheiten entstehen, es doch sehr bedenklich für den Angestellten wäre, die Sache lediglich von dem Ehrenstandpunkt aus zu beurteilen. Infolgedessen sind wir zu dem Grundsatz gekommen, daß unter allen Umständen das Ehrenwort aus den Anstellungsverträgen als eine Sicherung gegenseitiger Rechte und Pflichten verschwinden soll. Wir haben das nun nicht in so entschiedener Weise zum Ausdruck gebracht, weil es doch aussichtslos ist, die Beseitigung des Ehrenwortes durch eine gesetzliche Festlegung zu erstreben. Auch glaube ich, daß es nicht nötig sein wird, ev. durch eine Aktion unseres Vereins die Beseitigung des Ehrenwortes zu erwirken. Was wir praktisch erreichen können, ist, daß die Mitglieder des Vereins möglichst solche Verträge nicht mehr abschließen, in denen das Ehrenwort vorkommt. Infolgedessen haben wir den Wunsch ausgesprochen, daß das Ehrenwort aus allen Verträgen zwischen Arbeitgeber und Angestellten verschwinde; wir haben nur einen Wunsch ausgesprochen, weil wir tatsächlich den Mitgliedern des Vereins gegenüber machtlos sind, etwas Weiteres zu verlangen. Wir haben uns also auf den obenstehenden Satz geeinigt.

Wir haben diesen Beschuß dem Vorstand mitgeteilt, der ihn zu dem seinigen gemacht hat."

Geheimrat Prof. Graebe: „Es heißt in dem Satz: „Zwischen den angestellten und leitenden Chemikern.“ Es handelt sich doch oft auch um kaufmännische Direktoren. Vielleicht könnte das besser ganz wegfallen, und man könnte einfach sagen: „Es ist wünschenswert, daß in den Anstellungsverträgen das Ehrenwort nicht gefordert wird.“ Auch die Worte: „Im Interesse eines guten Einvernehmens“ könnten wegbleiben, denn es kommt nicht nur auf das gute Einvernehmen an, es gibt auch eine moralische Seite der Sache. Meine Anregung bezieht sich also nur auf die Form der Resolution; in der Sache trete ich ihr bei.“

Prof. Dr. Osterrieth: „Ich stimme dem zu.“

Dr. Wirth: „Herr Dr. Haag hatte im Sozialen Ausschuß eine wesentlich schärfere Form vorgeschlagen, worin er sagte, die Forderung des Ehrenworts sei ungesetzlich und unmoralisch. Das war wohl zu hart; unser Bezirksverein findet aber den Ausdruck ‚wünschenswert‘ zu zahm und schlägt statt dessen vor zu sagen: ‚erforderlich‘. Also: „Im Interesse eines guten Einvernehmens ist es erforderlich usw.“ verlangt wird.“

Dr. Bammann: „Auch der Rheinische Be-

zirksverein hält die Fassung, wie sie uns vorliegt, für etwas sehr zahm. Es ist ja klar, daß wir nicht diktatorisch auftreten können, aber es wäre doch zu wünschen, daß die Sache etwas präziser zum Ausdruck käme. Wir haben uns der Ansicht des Rheinisch-Westfälischen Bezirksvereins angeschlossen und wollten Ihnen ebenfalls vorschlagen, statt ‚wünschenswert‘ ‚erforderlich‘ zu sagen.“

Prof. Dr. Osterrieth: „In der Sache sind wir ja vollkommen einig. Wir halten die Beseitigung des Ehrenwortes für ein dringendes Erfordernis und sprechen infolgedessen den Wunsch aus, daß das Ehrenwort aus den Verträgen verschwindet. Will man das in etwas schärferer Form zum Ausdruck bringen, so würden wir, glaube ich, kein Bedenken dagegen erheben.“

Vors.: „Der Vorstand hat auch keine Bedenken. Wir schlagen also vor, zu beschließen:

Es ist erforderlich, daß in Anstellungsverträgen das Ehrenwort nicht verlangt wird.“

(In dieser Form wird der Antrag einstimmig angenommen.)

17. Antrag des Berliner Bezirksvereins.

„Der Hauptverein wolle einen ständigen Ausschuß einsetzen, der die endliche reichsgesetzliche Regelung der Gebühren chemischer Sachverständiger zu fördern hat.“

Dr. Béin: „M. H.! Die Sache ist schon alt. Unser Verein hat von Anfang an diesen Punkt als einen Gegenstand der Interessenvertretung der Chemiker ins Auge gefaßt. Dies ist bereits im Jahre 1892 in Hannover unter dem Vorsitz von Dr. Krey geschehen.

Wie ich heute hörte, kostet ein Ausschuß Geld, deshalb möchte ich Ihnen vorschlagen, die Sache in irgend einer anderen Form zu machen, die nichts kostet.

Wir wollen nur nicht von anderen akademisch gebildeten Sachverständigen abgesondert werden.

Ich möchte zur Begründung hervorheben, daß das Reich eine sehr gute Gebührenordnung hat. Im ganzen Deutschen Reiche können alle Sachverständige, z. B. auch die Bausachverständigen, in der Weise entschädigt werden, daß sie nach § 4 der R.-Geb.-Ordnung v. 30./6. 1878 etwa 5 M für die aufgewendete Stunde bekommen. Leider können nach § 13 dieser Geb.-Ordnung einzelne Sachverständigengruppen einer besonderen Taxvorschrift unterworfen werden.

In der letzten Zeit hat nun Preußen für Chemiker und Ärzte ein solches Sondergesetz erlassen. Nebenbei bemerkt sollen die Chemiker von nun an statt der bisherigen M. 28,— nur 9 M täglich Diäten bekommen. Wenn also z. B. Herr Geheimrat Graebe nach Berlin berufen würde, so würde er täglich nur 9 M bekommen. Aber das wäre nicht das Schlimmste. Die Deutsche Gesellschaft für angewandte Chemie hat s. Z. hervorgehoben, daß wir uns doch wohl nicht von anderen Berufen unsere Gebühren begutachten lassen können. Wenn ein Chemiker irgend etwas mache, so war es schon bisher vielfach üblich, daß der bei der Regierung beamtete Arzt die Gebühren begutachtete. Wir haben uns schon im Jahre 1892 und auch später in Eingaben gegen den bisherigen Modus gewendet. Victor Meyer und andere

Herren haben gutachtlich erklärt, daß die Ärzte nach ihrem Bildungsgang meist gar nicht in der Lage sind, ein Gutachten über die Arbeiten der Chemiker abzugeben. In früheren Fällen, wo es noch möglich war, haben nicht nur Mitglieder unseres Vereins sich die Mühe genommen, im Prozeßwege gegen jeden einzelnen Fall anzukämpfen, wo durch Ärzte, selbstredend nach bester Überzeugung, die Gebühren für chemische Gutachten nach unserer Ansicht ungerechtfertigt herabgesetzt worden waren. Bis vor kurzem konnte man dagegen protestieren und klagen. So ist es z. B. mir ergangen, als ich Bomben, die für Seine Majestät den Kaiser und den Reichskanzler eingingen, zu untersuchen und eine Reise nach Köln zu machen hatte. Statt der geforderten 239 M wurden mir nur 100 M bewilligt. Der von mir verklagte Fiskus wurde in beiden Instanzen rechtskräftig zur Zahlung verurteilt. Nach dem 1./10. 1909 ist dies aber nicht mehr möglich, denn es heißt: Der Regierungspräsident setzt die Gebühren endgültig fest. Warum wird von allen technischen Sachverständigen nur gegen die Chemiker so verfahren?

Die einzelnen Bezirksvereine sind nach dem Statut nicht in der Lage, sich direkt an Behörden zu wenden. Es ist deshalb erforderlich, daß der Hauptverein einschreitet, damit eine Herabwürdigung des ganzen Standes, die hier vorliegt, vermieden werde.“

Dir. Lüty: „M. H.! So wie es der Herr Vorredner dargestellt hat, liegt die Sache nicht. Unser Verein hat dauernd mit der Gebührenordnung Fühlung gehabt, und unser Verein hat auch bei dem letzten preußischen Gesetzentwurf, und zwar nicht nur für sich allein, sondern im Verein mit den ihm verbündeten Vereinen darauf eingewirkt. Wir haben, wie Sie wissen, seit einer Reihe von Jahren einen Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes. Diesem Ausschuß gehören an: der Verband selbständiger Chemiker Deutschlands, die Freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker, die Deutsche chemische Gesellschaft und wir. Zu der Zeit, wo Prof. Duisberg den Vorsitz hatte, ist die Frage wieder in sehr eingehender Weise bearbeitet worden. Damals nahmen wir noch im letzten Augenblick zu den Beschlüssen der Kommission Stellung und wollten vor allem dahinwirken, daß die Chemiker überhaupt aus dem Gebührengesetz für die Medizinalbeamten ausscheiden. Die Vertreter sind in den Ministerien, wie es ja stets üblich gewesen ist, sehr freundlich empfangen worden und haben ein offenes Ohr gefunden: Die Sache ist ad referendum genommen und — damit begraben worden. Das Gebührengesetz ist gekommen, und die Chemiker waren wieder darin. Es ist erst kürzlich im Ausschuß erneut festgestellt worden, daß wenn der Chemiker sich in entsprechender Weise mit seinen Gebühren danach richtet, er zum mindesten höhere Gebühren als im früheren Gesetze bekommen kann. So ist festgestellt worden, daß für medizinal-polizeiliche Untersuchungen der Chemiker in der Lage ist, nicht einmal, sondern nach Umständen mehrfach 75 M in Ansatz zu bringen; während das früher nur einmal möglich war. Der Ausschuß beschäftigt sich aber auch heute mit der Gebührenfrage weiter; er hat bei der letzten Tagung wieder diese Frage behandelt und wird sie

in der allernächsten Zeit wieder im Ministerium zur Sprache bringen. Es ist uns aber klargestellt worden, daß an eine Änderung des Gesetzes wegen der Gebührenordnung für die nächste Zeit nicht zu denken ist.

Der Vorstand schlägt Ihnen im Gegensatz zu den Berliner Herren folgenden Beschuß vor:

„Der Vorstand beauftragt die analytische Fachgruppe, eine Kommission zu ernennen, die die Frage der Gebührenordnung dauernd bearbeitet und dem Vorstand darüber berichtet.“ (Zuruf.) Selbstverständlich gebührenfrei. (Heiterkeit.)

„Der Vorstand soll dafür sorgen, daß über die Wünsche dem Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes berichtet wird.“

Es soll damit vor allem das Eine erzielt werden, daß wir in ständiger Fühlung mit den speziellen Fachvereinen bleiben, deren Mitglieder hauptsächlich unter der Gebührenordnung leiden, und daß wir nicht getrennt, sondern gemeinsam schlagen. Unsere Wege führen bis zum Schlagan getrennt, nachher aber können wir gemeinsam mehr erreichen als durch die einzelne Eingabe. Ich bemerke auch, daß die Zersplitterung in der Zusammenfassung der öffentlichen Chemiker zu recht übeln Dingen führt. Der Herr Vorredner weiß, daß eine bestimmte Stelle alle die Gebührenfragen behandelt, und daß man in dieser Stelle mit Recht verwundert ist, daß bald einmal 3 oder 4 Nahrungsmittelchemiker, die sich zu einem Verein zusammengetan haben, mit einer Eingabe kommen, dann wieder eine Vereinigung von 10 oder 20 Herren an anderer Stelle sich zusammengefunden hat, und daß dann zugerletzt der Ausschuß kommt, der ganz andere Tendenzen verfolgt.“

Vors.: „Ich bitte, jetzt nicht über die Gebührenordnung zu sprechen. Darüber gehen die Meinungen auseinander, und das steht nicht zur Debatte, es handelt sich lediglich darum, ob wir eine Kommission wählen wollen, und wie sie zusammen gesetzt sein soll.“

Der Vorstand, der wiederholt mit dieser Angelegenheit zu tun hatte, erkennt offen an, daß er in der Frage nicht sachverständig ist, infolgedessen ist auch niemals von uns ausschließlich die Initiative ergriffen worden, sondern wir haben die Sache an den Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen gebracht, wo sachverständige Vertreter vorhanden sind. Aber es ist vielleicht richtig und gut, wenn der Verein deutscher Chemiker auch noch eine Kommission hat, die mit der Frage in Fühlung bleibt, und der Vorstand wäre der Meinung, daß dazu die analytische Fachgruppe am geeignetesten ist, weil diese aus solchen Herren besteht, die dauernd mit der Gebührenfrage zu tun haben.“

Dr. Woy: „Ich schließe mich dem Antrag an. Man muß, wenn eine solche Frage akut wird, sofort eingreifen können, deshalb ist das Bestehen einer solchen Kommission erwünscht. Sowohl der Verein deutscher Chemiker, wie andere beteiligten Vereine haben sich die größte Mühe gegeben, durch Eingaben und Deputationen bei der Vorbereitung der neuen Gewerbeordnung zu Gehör zu kommen, sie sind aber dem Ergebnis nach glattweg abgefallen. In der Kommission des Abgeordnetenhauses ist viel über Ärzte geredet worden, über die

Chemiker nur sehr wenig (Gesetz und Verordnungen usw. als Beiblatt zur Zeitschrift für Untersuchung der Nahrungs- und Genußmittel usw. 1909, S. 439), und das mit so geringem Verständnis unserer besonderen Lage und unserer Arbeitsweise, daß der schließliche Ausfall der Gebührenordnung auch dementsprechend ist. In der ersten Plenarberatung ist des Chemikers auch nicht mit einem Worte gedacht worden, wie ein Abgeordneter selbst hervorhob (s. S. 473).

Alle Bestrebungen, die Gebührenordnung für uns etwas günstiger bzw. vernünftig zu gestalten, wurden glatt abgelehnt und so ein Gesetz geschaffen, dessen Wirkungen man schon allenthalben zu spüren bekommt.

Eine Änderung der jetzigen Verhältnisse ist für alle, die mit gerichtlichen Untersuchungen und namentlich Gutachten zu tun haben, dringend geboten. Wenn die Angelegenheit der analytischen Fachgruppe übergeben wird, so ist das nach meiner Ansicht ein ganz zweckmäßiges Vorgehen.“

Dr. B e i n : „M. H.! Ich bin mit den Ausführungen des Herrn Kollegen W o y einverstanden, möchte aber noch einige Bemerkungen machen. Der Verein hat sich allerdings seit langem mit der Sache befaßt, aber Herr Dir. L ü t y scheint doch in der Sache nicht gründlich Bescheid zu wissen, das muß ich ihm schon ins Gesicht sagen. Es handelt sich nämlich in erster Linie hier gar nicht um die Höhe der Gebühren, sondern lediglich darum: wir wollen nicht den Ärzten über unsere Gutachten und Gebühren eine Verantwortung aufbürden, die sie nicht tragen können. Es handelt sich jetzt ferner nicht um Preußen, sondern darum, daß für das ganze Deutsche Reich von dem Staatssekretär L i s c o eine neue Gebührenordnung für Sachverständige vorbereitet wird. Es sollen die Einzelbestimmungen festgelegt werden, und da ist doch der Verein deutscher Chemiker eine Körperschaft, die viel mehr bedeutet als der Ausschuß, von dessen Bedeutung man vielfach keine Ahnung hat.“

Nebenbei bemerkt, ist mir nichts davon bekannt, daß nur 3 oder 4 Nahrungsmittelchemiker eine Eingabe gemacht hätten. Es waren ganz erheblich mehr Herren, und die Eingabe war in demselben Sinne gehalten wie die des Ausschusses, in dem der Verein deutscher Chemiker den Vorsitz hatte.

Es liegt dem Berliner Bezirksverein nicht an der Form, sondern an dem Wesen der Sache, deshalb sind wir sehr damit einverstanden, daß die analytische Fachgruppe die Sache gründlich bearbeitet; zur Abkürzung ziehe ich unseren Antrag zurück und bitte, die dasselbe besagende Formulierung des Vorstandes anzunehmen.“

Prof. Dr. F r e s e n i u s : „Ich kann im Namen der Fachgruppe für analytische Chemie die Erklärung abgeben, daß wir mit aller Kraft uns der uns seitens des Gesamtvereins zugewiesenen Arbeit widmen werden. Ich habe schon seinerzeit mit dem Kollegen W o y in der Sache im Namen des Vereins Schritte getan. Es ist bekanntlich nicht ganz leicht, hier etwas zu erreichen, und es ist zweifellos richtig, daß wir nur von der reichsgesetzlichen Regelung etwas erwarten dürfen. Ich möchte einen Punkt nur erwähnen, damit Sie über die Tragweite des uns gegebenen Mandats im Klaren sind. Es handelt sich

natürlich nicht nur um die Gebühren für Chemiker, soweit analytische Chemiker in Betracht kommen, sondern die Gebührenfrage schneidet unter Umständen auch in anderen gerichtlichen Dingen den einzelnen Sachverständigen noch viel mehr ins Fleisch, als bei rein analytischen zu beantwortenden Fragen.“

Ich wollte nur die Erklärung abgeben, daß die analytische Fachgruppe jedenfalls diesen Gesichtspunkt nicht außer acht lassen, sondern darauf hinweisen wird, daß man vor allen Dingen auch in zivilrechtlicher Hinsicht die Gutachten in entsprechender Weise honorieren muß, und daß es untnlich ist, hierzu dieses Medizinalgesetz heranzuziehen.“

V o r s.: „M. H. Sie sehen wieder, wie die Fachgruppen sich für uns aufopfern.“ (Heiterkeit).

(Die Debatte wird geschlossen und der Antrag des Vorstandes einstimmig angenommen.)

V o r s.: „Damit sind die Initiativanträge erledigt, jetzt kommen die Angelegenheiten des Vorstandes wieder an die Reihe. Ich frage den Vorsitzenden des Sozialen Ausschusses, ob er seinem gedruckten Bericht etwas anzufügen hat?“

Prof. Dr. O s t e r r i e t h : „Höchstens das, daß wir beschlossen haben, heute noch eine Reihe von Fragen zu bearbeiten, die sich alle auf den Dienstvertrag zwischen Angestellten und Arbeitgeber beziehen. Es sind in letzter Zeit Bestrebungen aus den Kreisen der industriellen Beamten hervorgetreten nach gerichtlicher Regelung gewisser Punkte des Anstellungsvertrages. Nun hat es der Ausschuß für seine Pflicht gehalten, diese Punkte einer Bearbeitung zu unterziehen, namentlich um gewisse Grundsätze auszuarbeiten, die vielleicht für den Normalvertrag empfohlen werden können. Wir haben natürlich noch zu keinem dieser Punkte — abgesehen von der Frage des Ehrenworts — Stellung genommen. Ich kann mich infogedessen damit begnügen, auf die Punkte hinzuweisen, mit denen der Soziale Ausschuß sich vermutlich in den nächsten Jahren zu beschäftigen haben wird: das sind die Fragen der Konventionalstrafen, die Fragen der Mindestkündigungsfrist, die Fragen der Zahlung des Gehalts und der Kündigung in Krankheitsfällen, dann die militärische Dienstleistung, die Frage des Dienstzeugnisses, schließlich die Frage des Rechtes auf Erholungsuraub. Das sind die Fragen, mit denen sich der Soziale Ausschuß in der nächsten Zeit beschäftigen wird.“

V o r s.: „Mit bestem Dank an Herrn Prof. O s t e r r i e t h und an den gesamten Sozialen Ausschuß kommen wir dann zurück zu:

7. a) Vereinszeitschrift.

A b r e c h n u n g f ü r 1909.

Dir. L ü t y : „Wir haben den Jahrgang 1909 abgeschlossen mit einem Verlust von 4406,67 M. Es ist das für unsere Zeitschrift, die nur über einen kleinen Reservefonds verfügt, ein bedenklicher Verlust. Nun haben wir allerdings aus dem Verkauf der älteren Jahrgänge, die wir seinerzeit von der Firma Springer übernommen haben, und aus den Jahrgängen, die seit der Übernahme der Zeitschrift in unser Eigentum gekommen sind, immerhin noch eine ziemliche Einnahmequelle, die es uns gestattet, diesen Verlust zu reduzieren auf 3278,43 M. Aber in dieser Weise können wir nicht weiter arbeiten.“

Natürlich ist der Vorstand bemüht, möglichst Ersparnisse durchzuführen und innezuhalten. Auch die Redaktion selbst bemüht sich dauernd. Bei den kritischen Zeitverhältnissen war ja der Minderertrag in den Inseraten begreiflich. Nach dem vorliegenden Abschluß des ersten Vierteljahres ist zu erwarten, daß die Inserate in diesem Jahre das Erträgnis des vorvorigen Jahres nicht nur einholen, sondern noch etwas übertreffen, und damit würde ein großer Teil des mangelhaften Erfolgs der Zeitschrift wieder eingebracht sein. Wir würden zufrieden sein, wenn die Zeitschrift tatsächlich in Einnahme und Ausgabe vollständig balancierte, denn wir haben in den letzten Jahren, wie Sie aus dem Umfang der Zeitschrift und den allgemeinen Verbesserungen entnehmen werden, stets dasjenige, was an Überschuß erzielt wurde, der Zeitschrift wieder zugewiesen, und wir hoffen, das auch auf die Dauer tun zu können."

Vor.s.: „Wünscht jemand das Wort zu dieser Abrechnung? Das ist nicht der Fall, dann kann ich nur noch einmal betonen, was ich schon in den Einleitungsworten gesagt habe: wir müssen alle selbst mitwirken und müssen unseren Lieferanten sagen: ‚Ihr bekommt den Auftrag nur, wenn Ihr uns Inserate für die Zeitschrift des Vereins deutscher Chemiker gebt.‘ Anders kommen wir nicht weiter. Bedenken Sie, daß der Verein deutscher Ingenieure aus seiner Vereinszeitschrift netto 800 000 M zieht, und wir nur lumpige 13 000 M, das ist ja niedrigrächtig. Also, m. H., alle ans Werk, dann werden wir Erfolg haben. Wenn wir bei den Leuten Maschinen bestellen, so mögen sie auch für unseren Verein etwas tun. Wir müssen Geld haben, mit einer Erhöhung der Mitgliederbeiträge werden wir nicht durchkommen. Die einzige Erhöhung der Einnahme die uns übrig bleibt, sind die Inserate.“

Bericht über die Entwicklung der Zeitschrift im abgelaufenen Jahre.

Berichterstatter: Prof. Dr. Rassow.

Im Jahre 1909 wurden Umfang und Inhalt unserer Vereinszeitschrift ganz wesentlich durch die Berichterstattung über den VII. internationalen Kongreß für angewandte Chemie zu London beeinflußt. Die Redaktion hielt es für ihre Pflicht, den Vereinsmitgliedern ein möglichst vollständiges Bild der Londoner Verhandlungen zu geben, und wandte sich daher an die Vortragenden, deren Namen vorher bekannt waren, mit der Bitte um Autorreferate. Eine Anzahl Fachgenosse haben uns ihre Referate in liebenswürdiger Weise zur Verfügung gestellt. Über die Mehrzahl der Vorträge mußte aber durch besondere Referenten, die wir für die einzelnen Abteilungen verpflichtet hatten, in London berichtet werden. Der Redaktion erwuchs dann die gewaltige Arbeit, gerade in den Pfingsttagen, das Material das bei ihr einging, zu ordnen, druckfertig zu machen und zu korrigieren, eine Arbeit, die die Anspannung aller Kräfte erforderte. Dafür können wir aber auch mit berechtigtem Stolz sagen, daß keine andere Zeitschrift auch nur annähernd die gleiche Vollständigkeit und Schnelligkeit der Berichterstattung erreicht hat. Wenn nun auch in dem Voranschlag für die Zeitschrift auf den Kongreßbericht Rücksicht genommen war, so hat der-

selbe doch erheblich größere Kosten verursacht, als man voraussehen konnte, und das Defizit, mit dem unsere Zeitschriftrechnung für 1909 abschließt, ist zum erheblichen Teil auf Rechnung des Kongresses zu setzen. Wir haben dann im Hochsommer wenigstens einen Teil der Überschreitungen wieder einsparen können, da wir Referate über diejenigen Vorträge, die später in anderen Zeitschriften ausführlich herauskamen, durch einfache Hinweise ersetzen konnten. Ein Teil dieser Ersparnisse an Platz mußte aber am Schlusse des Jahres geopfert werden, um zu ermöglichen, daß der Bericht über unsere Hauptversammlung zu Frankfurt a. M. noch im gleichen Jahre 1909 veröffentlicht würde. Der Vorstand teilte aber die Meinung der Redaktion, daß eine Überschreitung des Zeitschriftbudgets gegenüber einer Verschiebung jenes Berichtes in das Jahr 1910 das kleinere Ubel sei. Eine nicht unerhebliche Arbeit erwächst der Redaktion in ständig steigendem Maße durch die Beantwortung von Anfragen aus dem Leserkreise. Soweit es sich um Anfragen rein geschäftlicher Art (Bezugsquellen, Bezieher u. dgl.) handelt, verweisen wir die Fragesteller natürlich auf den Anzeigenteil der Zeitschrift; der größere Teil der Fragen wird aber von der Redaktion nach bestem Wissen beantwortet, wenn auch bisweilen viel Zeit durch das Nachsuchen beansprucht wird.

Die Frage, ob wir mit dem uns zur Verfügung stehenden Raum von 52 Heften zu je 48 Seiten in normalen Zeiten auskommen werden, glauben wir nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres bejahen zu dürfen. Freilich bedarf es dazu, wenn anders der Aufsatzteil nicht not leiden soll, der straffsten Fassung der übrigen Teile. Wir müssen buchstäblich mit jeder Zeile geizen. Schon im vergangenen Jahre haben wir uns von diesem Grundsätze leiten lassen und haben ihn besonders konsequent im laufenden Jahre durchgeführt, in welchem mancherlei Neuerungen, vor allem die neueingeführte Referierung nach Patentanmeldungen, sowie die stets von uns angestrebte Vervollständigung des Referatenteils höhere Anforderungen an den Raum unserer Zeitschrift stellen.

In beifolgender Tafel I ist zahlenmäßig dargestellt, welchen Raum die einzelnen Hauptabschnitte der Zeitschrift beanspruchten. Bemerkenswert ist daran, daß der Aufsatzteil sowie der wirtschaftlich-gewerbliche Teil eine absolute und relative Steigerung erfahren haben. Der Referatenteil ist i. J. 1908 infolge der Herausgabe der verstärkten Hefte mit der großen Menge des aus dem Vorjahr herübergekommenen Referatenmaterials besonders stark ausgefallen. Wir glauben, uns mit der i. J. 1909 erreichten Zahl von 728 Seiten auf dem normalen Stande zu befinden, der uns genügende Bewegungsfreiheit für diesen wichtigen Teil unserer Zeitschrift, auch bei weiterer Ausgestaltung, gewährleistet.

Zu den einzelnen Abteilungen der Zeitschrift ist folgendes zu bemerken.

Aufsätze. Wir waren auch im Berichtsjahr in der angenehmen Lage, eine große Zahl hervorragender Originalmitteilungen aus dem von uns gepflegten Gebiet der angewandten und technischen Chemie zu veröffentlichen. Mangel an Stoff für die Publikation haben wir nie gelitten, so daß wir

Tafel I.

Zeitschriftrubrik	Anzahl der Seiten			In % des Gesamtumfangs der Zeitschrift		
	1909	1908	1907	1909	1908	1907
Aufsätze	787	775	735	29,1	28,3	31,1
Referate	728,2	876,3	658,2	26,9	32,0	27,8
Wirtschaftl. Teil und Tagesrundschau	357,3	333,1	268,9	13,2	12,2	11,4
Aus anderen Vereinen	108,4	93,9	62,5	4,0	3,4	2,6
Eingelaufene Bücher und Bücherbesprechungen .	69,4	89,1	58,3	2,6	3,3	2,5
Patentlisten Deutschlands	48,4	50,5	64,2	1,8	1,8	2,7
des Auslandes	110,1	118,1	95,0	4,1	4,3	4,0
Personalien	33,4	37,5	26,7	1,2	1,4	1,1
V. d. Ch. (ohne Hauptvers.-Ber.)	98,5	82,5	84,3	3,6	2,3	2,7
Hauptversammlungsbericht	63,0	80,0	97,0	2,4	2,9	4,1
Register	110,0	116,0	92,0	4,1	4,2	3,9
VII. intern. Kongreß	106,0	—	—	3,9	—	—
Naturforscherversammlung	41,0	33,0	34,5	1,5	1,2	1,4
Kalitag	—	30,0	37,0	—	1,1	1,6
Differenz (Hauptvers.-Vorbericht, Kopf d. Zeitschr., Lücken zwischen den einzelnen Abschnitten usw.)	45,3	45,0	70,4	1,6	1,6	3,1 ¹⁾
Insgesamt	2704,0	2740,0	2364,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Im Jahre 1907 befand sich am Kopf der Zeitschrift noch die später in den Anzeigenteil verwiesene Inhaltsangabe.

manches aussondern und den Autoren zur Veröffentlichung in anderen, für den behandelten Gegenstand geeigneteren Zeitschriften zurücksenden mußten.

Tafel II gibt einen Überblick über das uns zugesandte Material und seine Behandlung.

Tafel II.

Aufsätze	1909	1908	1907
Ein gegangen	252	252	245
Davon zurückgewiesen	38	21	39
Ins neue Jahr hinübergenommen .	32	21	27
Also abgedruckt im gleich. Jahre	182	210	179
Abgedruckt aus dem Vorjahr .	21	27	32
Also insgesamt abgedruckt . . .	203	237	211

Diese abgedruckten Aufsätze nahmen einen Raum ein von

	1909	1908	1907
Seiten	786	775	735
Durchschnittslänge eines Aufsatzes Seiten	3,9	3,3	3,5

Die durchschnittliche Länge der Aufsätze ist somit im letzten Jahre gestiegen. Wir möchten diese Gelegenheit benutzen, um darauf hinzuweisen, daß kurze Aufsätze sich in der Regel schneller abdrucken lassen als lange.

Fortschrittsberichte sind in größerer Zahl als im Vorjahr veröffentlicht worden. Wir brachten wie im Jahre 1908 Massot: Faser- und Spinnstoffe; Fendler: Nahrungsmittelchemie; Flury: Fortschritte der pharmazeutischen Chemie; Fahrion: Fettanalyse und Fettchemie; Mohr: Fortschritte der Chemie des Gärungsgewerbes; Wedekind: Organische Chemie; Rochussen: Gebiete des Camphers und der ätherischen Öle; Neumann: Eisen- und Metallhüttenwesen; Rosenberg: Kupenfarbstoffe; Bucherer: Arbeiten auf dem Gebiete des gewerblichen Rechtsschutzes; Bucherer: Gesetze, Verordnungen usw. auf dem gleichen Gebiete.

Ferner haben wir neu aufgenommen folgende Berichte: W. Göbling: Industrie der organischen Präparate; Siegfried: Physiologische Chemie; v. Kéler: Anorganische Großindustrie; Gurnitsch: Chemie und Technologie des Erdöls; Zusammenfassende Berichte über die Luftstickstoffverwertung von Berthsen und von N. Caro.

Die im Jahre 1908 eingeführten vierteljährlichen Berichte über neue Farbstoffe und Musterkarten für Färberei und Druckerei, die wir P. M. Krais verdanken, wurden auch im vergangenen Jahre beibehalten.

Von längeren Polemiken im Aufsatzteile blieben wir das ganze Jahr glücklicherweise verschont.

Referate: Eingegangen sind Literatur- und Patentreferate i. J. 1909 4364 (1908: 3843, 1907: 3289). Die außerordentlich hohe Zahl des vergangenen Jahres erklärt sich durch die Berichterstattung über den internationalen Kongreß und die Naturforscherversammlung, auf die zusammen über 400 Referate entfallen. Patentreferate befinden sich unter der angegebenen Zahl 1072 (930 und 980 in den Vorjahren).

Abgedruckt wurden im eigentlichen Referaten- teil (also ohne die große Zahl Kongreßreferate) 3819 (4724 und 3272) Referate, darunter 1027 (1450 und 1068) Patentreferate. Der Referatenteil nahm einen Raum ein von 728 (876 und 658) Seiten. Auf jede Seite entfielen mithin 5,24 (5,39 und 4,97) Referate.

Die Einrichtung, die Literaturreferate von der Redaktion aus den Referenten zu übertragen, hat sich weiterhin vorzüglich bewährt, weil wir nur auf diese Weise in engster Fühlung mit diesen Mitarbeitern bleiben und namentlich auch einen Einfluß auf die Schnelligkeit in der Ausführung ihrer Arbeiten ausüben können, sodann auch, weil wir nur so das von uns angestrebte Ziel, unseren Lesern ein wirkliches Zentralblatt für angewandte Chemie zu bieten, mit von Jahr zu Jahr wachsender Annäherung erreichen können.

Da in Heft 52 der Hauptversammlungsbericht und Heft 53 als Registerheft erschien, sammelten sich inzwischen eine größere Zahl druckfertiger Referate an, so daß wir mit einem stehenden Satz von etwa 160 Spalten in das neue Jahr eintreten mußten. Doch ist es uns gelungen, diese Referate bis Mitte Februar 1910 abzudrucken, also ohne daß sie zu sehr veraltet, und ohne daß wir den Umfang der normalen Hefte zu überschreiten brauchten.

Wirtschaftlich-gewerblicher Teil: Die weitere Ausgestaltung des wirtschaftlich gewerblichen Teils haben wir uns in ganz besonderem Maße angelegen sein lassen. Die Zahl der eingelaufenen Korrespondenzen belief sich zwar nur auf 2092 (1908: 2875, 1907: 2057); diese Zahlen beruhen aber insofern auf verschiedener Grundlage, als im letzten Jahre nur die wirklich verwendbaren Beiträge registriert wurden, während früher auch die nicht geeigneten Notizen eingetragen worden sind. Diese Änderung war nötig, um die immer mehr anschwellende Schreibarbeit auf ein angemessenes Maß zu reduzieren. Der wirtschaftliche Teil nahm einen Raum ein von 357 (in den Vorjahren 333 und 269) Seiten. Zu den bisherigen in- und ausländischen Berichterstattungen wurden einige neue Spezialkorrespondenten gewonnen, so ein Berichterstatter für das oberschlesisch-polnische Hüttengebiet, dessen Beiträge eine wertvolle Ergänzung zu den Berichten von dem rheinisch-westfälischen Eisen- und Kohlenmarkt einerseits und der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie andererseits bilden. Ferner bringen wir als neu wöchentliche Berichte über die Kölnerischen Öl- und Fettmärkte, sowie über den Berliner Stärkemarkt. Einen gelegentlichen Mitarbeiter haben wir ferner aus der Industrie der russischen Holzdestillation erhalten. Endlich wurde auch die bisher fehlende Rubrik „Neugründungen, Kapitalserhöhungen usw.“ aufgenommen, die im vergangenen Jahre von einem Korrespondenten auf Grund der Handelsregistereintragungen im „Reichsanzeiger“ geliefert wurde, seit Anfang d. J. aber in der Redaktion zusammengestellt wird. Die deutschen Handelsnotizen, sowie ein Teil der ausländischen wurden in der Redaktion bearbeitet. In der Rubrik „Tagesrundschau“ bringen wir seit dem Berichtsjahre Reichsgerichtsurteile, die in sozialer oder gewerblicher Hinsicht für die Chemiker und die chemische Industrie von Interesse sind. Es war unser Bestreben, alle aktuellen Nachrichten mit der bei dem wöchentlichen Erscheinen der Zeitschrift irgend zu ermöglichen Schnelligkeit zu veröffentlichen; das ist aber nur möglich, wenn hinreichender Platz dafür zur Verfügung steht; es ist daher gerade in diesem Teil der Zeitschrift straffste Fassung und genaue Sichtung des Materials erforderlich. Am Schluß des Jahres war alles druckfertige Material abgedruckt bis auf eine Anzahl Jahresberichte, die sich gegen Neujahr aus den schon bei den Referaten erörterten Gründen gesammelt hatten.

Bücherbesprechungen: Zur Rezension wurden uns 281 (261 und 269) Bücher eingesandt und, wie stets, wurde für eine möglichst schnelle Erlidigung der Besprechungen seitens der Rezensenten gesorgt. Die Rubrik nahm einen Raum ein von 69 (89 und 58) Seiten.

Aus anderen Vereinen: Auch diese

Rubrik hat eine Bereicherung erfahren, wir haben auf 108 (94 und 62) Seiten über die Sitzungen von 113 (108 und 72) Gesellschaften und Vereinen Bericht erstattet.

Patentlisten: Erfreulich ist, daß der Raum, den diese Rubriken beanspruchten, trotz der doch sicher vorhandenen Zunahme der Anmeldungen gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Die deutschen Patentlisten umfaßten 1909 48,4 (1908 und 1907 50,5 und 64,2) Seiten, und die Auslands-patentlisten 110 (118 und 95) Seiten. Die Ersparnis ist durch möglichste Vermeidung aller überflüssigen Worte und durch Einführung des einfachen an Stelle des gesperrten Satzes für die Namen der Firmen und sonstigen Anmelder erzielt worden. Es ließ sich dies durchführen, ohne daß die Übersichtlichkeit unserer Listen vermindert worden wäre.

Verein deutscher Chemiker: Diese Rubrik nimmt im letzten Jahre einen Raum ein von 96,5 (in den Vorjahren 62,5 und 64,3) Seiten, was zum großen Teil auf die zunehmende Tätigkeit der Fachgruppen zurückzuführen ist. Vom Vorstand des Vereins gingen uns 9 (11 und 27) Mitteilungen zur Veröffentlichung zu.

Hauptversammlungsbericht nahm diesesmal nur 63 (80 und 96) Seiten ein. Es war uns möglich, diesen Bericht trotz des späten Termins der Hauptversammlung Ende des Jahres in Heft 52 herauszubringen. Einen Vorbericht haben wir, wie alle Jahre, in den beiden der Hauptversammlung folgenden Heften veröffentlicht.

Bezirksvereinsberichte wurden insgesamt 77 (75 und 63) veröffentlicht, davon entfielen auf die Bezirksvereine:

	1909	1908	1907		1909	1908	1907
Aachen . . .	4	2	0	Oberrhein . . .	2	6	3
Bayern . . .	6	6	5	Oberschlesien . .	2	2	2
Belgien . . .	7	7	7	Pommern . . .	1	1	0
Berlin . . .	2	1	1	Rheinland . . .	9	5	3
Frankfurt . .	3	3	3	Rheinl.-Westf. .	8	3	6
Hamburg . . .	1	2	5	Saar.	1	1	1
Märkischer . .	11	11	8	Sachs.-Anhalt. .	6	5	7
Mitt.- u. Niederschles. .	1	2	1	Sachs.-Thür. .	5	3	4
Neu-York . . .	1	3	3	Württemberg .	5	10	6

Fachgruppenberichte wurden insgesamt 32 (1908: 30) veröffentlicht, davon entfielen auf die Fachgruppe für

	1909	1908
analytische Chemie	4	3
anorganische Großindustrie.	4	3
Gärungskemie	1	3
Geschichte der Chemie	1	2
gewerblichen Rechtsschutz	5	3
Kaliindustrie	0	2
medizinisch-pharmazeutische Chemie . .	4	4
Mineralölchemie.	4	2
Photochemie	3	4
chemisch-technologischen Unterricht . .	3	2
Textilfärberei und Druckereiindustrie. .	3	4
organische Präparate und Halbfabrikate (neugegründet)	1	0

Wie bisher, so wurde auch im vergangenen Jahr die Praxis befolgt, diese Berichte mit aller tunlichen Beschleunigung abzudrucken. Wenn trotzdem diesmal zehn Bezirksvereinsberichte mit ins

neue Jahr hinübergenommen werden mußten, so ist das auf die schon mehrfach erwähnten, am Schluß des Jahres eingetretenen Umstände zurückzuführen.

Das Register umfaßte 110 (116 und 92) Seiten. Für die Bearbeitung und Fertigstellung des Registers bedeutete es diesmal eine große Erleichterung, daß durch Vermehrung des Beamtenpersonals die Registrierung schon immer von Heft zu Heft auf dem Laufenden erhalten worden war; die hierdurch ersparte Zeit kam der sorgfältigeren Durcharbeitung des Registers ganz wesentlich zugute.

Die Korrespondenz der Redaktion belief sich (Eingänge und Ausgänge zusammen) auf 3936 (3321 und 3797).

Generalregister der Zeitschrift für angewandte Chemie.

Das Generalregister, dessen Herstellung im Jahre 1908 beschlossen worden ist, ist im Mai 1909 in Angriff genommen worden und von Herrn Dr. jur. E. W. Müller nach den Angaben des Generalsekretärs bearbeitet worden. Diejenigen Bände (12 an der Zahl), deren Register zu unvollständig war, als daß man es für das Generalregister hätte verwenden können, sind vollständig neu verzettelt worden; die ausführlicheren Register wurden auseinandergeschnitten, auf Zettel geklebt mit dem Text der Zeitschrift verglichen und in vielen Punkten ergänzt. Besonders betrifft diese Ergänzung die zusammenfassenden Fortschrittsberichte, von denen sich früher häufig nur der Titel im Register befand, nicht aber die einzelnen darin erwähnten Operationen oder beschriebenen chemischen Verbindungen. Für die Arbeiten des Schneidens, Klebens und der mehr formalen Revision wurde seit Oktober 1909 eine besondere Schreibhilfe angestellt.

Gegenwärtig liegt das Generalregister in Zetteln vollständig vor. Ein Teil ist bereits geordnet worden, so daß der Hauptversammlung Abzüge der ersten Bogen vorgelegt werden können.

Dr. Quincke: „Ich möchte anregen, daß die Berichte aus den Bezirksvereinen noch mehr als seither gekürzt werden. In den Berichten aus den Bezirksvereinen stehen noch eine Menge Dinge, die man allenfalls auf den gelben Seiten vertragen kann, die aber doch herauskommen sollten aus dem Teil, der später eingebunden wird, und ich möchte anregen, Referate der Schriftführer nicht als solche abzudrucken, sondern nur dann, wenn der Vortrag wirklich im Original, und zwar in einem fließend geschriebenen Original gegeben wird. So erzieht man die Herren dazu, daß man etwas ordentliches bekommt. Wir könnten da noch eine Menge Raum sparen. Natürlich soll sich das nicht erstrecken auf Besichtigungen; kurze Notizen über Besichtigungen müssen aufgenommen werden. Wenn ich aber an die beiden letzten Beschreibungen der Besichtigung des Rheinisch-Westfälischen und des Rheinischen Bezirksvereins denke, dann muß ich sagen: so interessant das oft dem Einzelnen sein mag, der dabei war, im großen ganzen, für die Zeitschrift hat es keinen Wert. Da muß der einzelne Bezirksverein hinter dem allgemeinen zurück-

stehen; derartige Sachen müssen unbedingt gekürzt werden. Vor allem aber glaube ich, daß man etwas kürzer fassen kann die Bemerkungen über gemütliche Abende, Tanzabende und dergleichen. Ich weiß, daß ich mit diesen Bemerkungen Herrn Prof. Rassow unterstütze, denn ich weiß, daß einige der Herren immer noch opponieren, wenn ihnen solche Dinge gestrichen werden. Man könnte da noch viel mehr kürzen.“

Dr. Eichengrün: „Ich möchte Herrn Dr. Quincke durchaus widersprechen. Unsere Zeitschrift ist doch eine Vereinszeitschrift, und das Gefühl der Zugehörigkeit zu dem Verein wird gerade durch solche Mitteilungen gekräftigt und aufrecht erhalten, die aus den Bezirksvereinen und Fachgruppen kommen, wenn auch einmal etwas Überflüssiges mit unterläuft. Es gibt eine Menge Bezirksvereinsmitglieder, die schon aus dem Grunde räumlicher Entfernung der verschiedenen dem Bezirksverein angehörenden Wohnorte an den Vereinsversammlungen nicht immer teilnehmen können. Für diese ist es immer interessant, möglichst eingehende Berichte über die Versammlungen der Bezirksvereine zu lesen. Wenn etwas gekürzt werden soll, so würde ich dazu viel eher die Referate für geeignet halten. Das Heft 20, welches hier auf dem Tische ausliegt, enthält, wie ich beim Durchblättern finde, zufällig Referate aus dem Spezialgebiete meiner Fachgruppe. Es sind $3\frac{1}{2}$ Seiten pharmazeutischer Berichte, ich glaube jedoch nicht zuviel zu sagen, wenn ich annehme, daß von den 210 Mitgliedern der pharmazeutischen Fachgruppe keine 25 diesen Referaten Interessen entgegenbringen werden. Derartige Referate müssen meiner Ansicht nach entweder ein Bild über alles wissenschaftliche, was in der Berichtsperiode auf dem Gebiet des betreffenden Faches ereignet hat, geben oder ausschließlich bestimmte Gebiete, wie das der pharm. chem. Synthese, der Nahrungsmitteluntersuchung usw. behandeln, diese aber dann vollkommen lückenlos. Oder nur Auszüge aus bestimmten Zeitschriften geben, insbesondere solcher, die schwer zugänglich sind, oder in den engeren Fachblättern nicht referiert werden. Oder aber im wesentlichen nur die wichtigsten Publikationen, Patentschriften, Vorträge für die ein allgemeines Interesse vorausgesetzt werden kann. So wie die Materie aber hier behandelt ist, wo tatsächlich ein buntes Allerlei ohne zeitlichen und inhaltlichen Zusammenhang geboten wird, haben solche Referate keinen Wert. Wir haben hier Mitteilungen aus der Pharmazeutischen Praxis, aus der Amerikanischen Pharmacopoe, eine Anzahl Auszüge aus einer, und zwar nur einer einzigen, Februarnummer der Apothekerzeitung, eine Anzahl Patentschriften, die schon vor 2 Jahren den engeren Fachmitgliedern aus den Auslandspatenten bekannt gewesen sind, zufälligerweise aber erst jetzt in Deutschland erteilt wurden; dazwischen wieder eine ganz neue soeben erst ausgelegte Patentanmeldung. Kurzum, eine solche Inhomogenität, daß bei dem besten Willen die Gesichtspunkte nicht zu erkennen sind, nach denen diese Referate zusammengestellt wurden. Ich betrachte die Referate in dieser Nummer als den Zwecken meiner Fachgruppe absolut nicht entsprechend, habe aber auch aus anderen Fachgruppen oft die Bemerkung gehört, daß die Referate wesent-

lich gekürzt, resp. ausgesiebt werden müßten, wenn sie Wert haben, d. h. einen wirklichen Überblick geben sollen.

Wenn also an dem Umfange der Zeitschrift gespart werden soll, so würde ich bitten, an den Referaten zu kürzen, nicht an den Berichten aus den Bezirksvereinen.“

Dr. B e r e n d : „Ich glaube, wir könnten der Zeitschrift eine größere Einnahme verschaffen, wenn die Geschäftsstelle die Einrichtung träfe, daß man die neuesten Patentschriften von ihr schnell beziehen könnte. Wie ich höre, macht die Chemikerzeitung, von der ich meine Patentschriften immer beziehe, ein recht bedeutendes Geschäft damit. Das könnten wir auch machen. Ich glaube, daß eine Menge Mitglieder sich, wenn die Sache prompt gehandhabt wird, an unsere Geschäftsstelle wenden würde. Heute ist doch gerade der Erwerb von Patentschriften eine sehr teuere Geschichte; wenn wir als Mitglieder einen kleinen Vorteil dabei hätten, ließe sich ein großer Gewinn herauswirtschaften. Es gibt eine ganze Reihe Chemiker, die nur einzelne Sachen einmal brauchen. Die wissen im ersten Moment gar nicht, was sie machen sollen, sie sind nicht orientiert genug, stehen mit keinem Patentanwalt in Verbindung, irren herum und wissen nicht, wohin sie sich wenden sollen. Wenn unser Verein das Geschäft in die Hand nähme, so wäre das eine Gelegenheit, Geld zu verdienen.“

Geheimrat H e m p e l : „In bezug auf die Referate möchte ich den Standpunkt des Herrn Dr. E i c h e n g r ü n nicht einnehmen. Meiner Ansicht nach sind die Referate nicht dazu da, um den Fachmann in seiner Spezialität zu unterrichten, sondern im Gegenteil für diejenigen, denen die fraglichen Gebiete fern liegen.“

Dr. B a m m a n n : „Der Antrag Q u i n c k e ist mir geradezu unverständlich. Die Referate über die Bezirksvereine sind schon derartig beschnitten, daß sie gar nicht mehr beschritten werden können. Wir dürfen nicht vergessen, daß diese Referate gewissermaßen auch werbend wirken sollen. Die Zeitschrift kommt doch auch in die Hände von Leuten, die bisher dem Verein noch nicht angehörten, und wenn vielleicht sogar noch etwas mehr als heute über die Tätigkeit der Bezirksvereine gebracht wird, so liegt das nur im Interesse des Vereins selbst. Es wäre aber wohl möglich, daß die Sache in die gelben Blätter hineinkäme.“

Prof. Dr. R a s s o w : „M. H.! Sie können versichert sein, daß ich alle Anregungen, die mir hier gebracht werden, aufs ernsthafteste prüfe und sie, da sie bisweilen einander widersprechen, gegeneinander abwägen und nach Möglichkeit berücksichtigen werde.“

Was über die Kürzung der Berichte aus den Bezirksvereinen gesagt worden ist, widerspricht sich ja im höchsten Maße; ich hoffe nicht zuviel zu sagen, wenn ich daraus den Schluß ziehe, daß wir mit unserer jetzigen Praxis ungefähr das Richtige treffen. (Heiterkeit.) Wir haben die Schriftführer gewisser Bezirksvereine wiederholt gebeten, über die geselligen Veranstaltungen möglichst kurz zu berichten; viel kürzer können wir nicht werden.

Was die Referate anlangt, so wird im Laufe dieses oder des nächsten Jahres wohl überhaupt eine Änderung in manchen Beziehungen vor sich

gehen. Es ist schon eine Kommission gebildet worden, die über die Umgestaltung des Referatenwesens beraten wird. Unsere jetzige Praxis ist die, daß wir aus den uns zugänglichen Zeitschriften für angewandte und technische Chemie möglichst alles, wenn auch kurz, referieren. Dabei können wir nicht warten, bis eine Gruppe von wirklich zusammengehörigen Sachen eingetroffen ist, denn dann würde manches erst nach $1\frac{1}{2}$ Jahr erscheinen können. Deshalb kann ich nicht verhindern, daß da bisweilen ein inhomogenes Gemenge veröffentlicht wird. Wenn Sie in das „Chemische Zentralblatt“ sehen, so finden Sie da genau dieselbe Art. Diese Zeitschrift veröffentlicht auch, was aus der einen Gruppe zusammenkommt, zu gleicher Zeit und kann sich nicht auf eine besondere Ordnung einlassen.

Daß wir manche Patentberichte so spät bringen, liegt daran, daß die Patente so spät erteilt werden; eine Anzahl von Herren, die gute Beziehungen zur Industrie haben oder Patentanwälte regelmäßig damit beauftragen, kennen dann diese Sachen manchmal schon seit Jahren. Wir versuchen, das jetzt auszugleichen, indem wir nach den ausgelegten Patentschriften referieren, aber ich kann Ihnen versichern, wenn wir gewußt hätten, welche Unsumme von Arbeit in der Herstellung dieser Referate nach ausgelegten Patentanmeldungen steckt, dann hätten wir diesen Vorschlag nicht gemacht. Die schlimmste Arbeit ist noch, wenn das Patent erscheint, herauszusuchen, zu welcher Patentanmeldung das Patent gehört, weil leider in den Patentschriften, die das Patentamt herausgibt, das Aktenzeichen der Anmeldung nicht angegeben wird. Da viele Firmen uns die Erlaubnis zur Veröffentlichung eines Auszuges aus der Patentanmeldung nicht geben, werden wir immer Auszüge aus neuen Anmeldungen, die ganz aktuell sind, und aus Patentschriften, deren Anmeldung schon 2 oder 3 Jahre mit der Anmeldung zurückliegen, nebeneinander haben. Ich kann also den Vorwurf nicht verstehen, der der Redaktion in dieser Richtung gemacht wurde.“

Dr. K e p p e l e r : „Ich wollte fragen, ob es nicht möglich wäre, dem Register etwas mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Es ist mir aufgefallen, daß man durchweg nur die Überschriften der Aufsätze im Register findet, statt daß der Inhalt der Sache mehr berücksichtigt würde. Wenn es sich z. B. um eine Krähvorrichtung bei Röstarbeiten handelt, so findet man das nicht beim Stichwort Röstarbeiten, sondern nur Krähvorrichtung. Ich möchte diesen Gesichtspunkt besonders betonen, damit er bei dem Generalregister berücksichtigt wird; denn wenn das Generalregister in der bisherigen Weise bearbeitet wird, so entsteht etwas, dessen Wert nicht im Verhältnis zu den aufgewandten Kosten steht.“

Prof. Dr. R a s s o w : „Wir geben uns in dieser Beziehung große Mühe, und ich bitte, falls Ihnen solche Fehler auftreten, sie uns möglichst mit Nachweisen vorzubringen, damit ich dem betreffenden Beamten Auftrag gebe, die Stichwörter noch weiterhin zu verbessern und zu vermehren. Wir bringen jetzt schon eine große Anzahl von Hinweisen; z. B. bei ‚Schwefelsäure‘ siehe auch ‚Bleikammern‘. Da muß jemand, der das Register benutzt, sich danach richten. Was das Generalregister anbetrifft, so

haben wir in dieser Richtung die früheren Bände sehr gründlich bearbeiten lassen. Ich kann den ersten Bogen des Generalregisters als Sonderabdruck heute vorlegen und damit die Versicherung geben, daß wir bis Oktober d. J. fertig werden.“

Dr. Berend: „Betreffend die Referate glaube ich, es wäre eine dankenswerte Aufgabe, wenn die Geschäftsstelle eine Reihe von Fachzeitschriften auf chemischem Spezialgebiet berücksichtigen wollte. Ich habe besonders im Auge das Kautschukgebiet. Dafür haben wir in Deutschland nur eine Zeitung von Bedeutung, die Gummitzeitung; die behandelt chemische Sachen ganz oberflächlich und kurz; sie ist ja vorwiegend für die Praktiker bestimmt, und ich glaube auch, das wäre ein Punkt, wo unsere Zeitschrift eingreifen könnte. Wenn wir da das Wichtigste, was von allgemeinem Interesse ist, herausnehmen und in Form von Referaten vielleicht etwas ausführlicher zur Sprache brächten, so wäre auch hier wieder ein Moment geben, wo der Zeitung neue Interessenten erwachsen könnten. Ich lese die Kautschukzeitungen aller Länder, die irgend von Bedeutung sind, und habe den Eindruck gewonnen, daß es gerade an einer chemischen Zeitschrift fehlt, die aus allen diesen Zeitungen ein brauchbares Resümee bringt.“

Vors.: M. H.! Wenn niemand mehr zu diesem Gegenstande das Wort nimmt, so will ich versichern, daß der Vorstand und besonders der Herr Redakteur mit vielem Danke alle Anregungen entgegennimmt, und, soweit möglich, berücksichtigen wird. Allerdings hat die Redaktion vom Vorstande aus die strenge Weisung, in diesem und im nächsten Jahre nicht den Rahmen zu überschreiten, der ihr vorgeschrieben ist, um bei der Bilanz zu einem Gleichgewicht zu kommen. Es geht nicht anders, und es steht nur bei ihnen, das in dem Sinne, wie ich angedeutet habe, zu ändern.“

b) Rechtsauskunftsstelle. (Referent: Prof. Dr. O sterrieth.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1643.)

c) Stellenvermittlung. (Referent Prof. B. R assow.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1645.)

Prof. Dr. R assow: „Ich bitte erneut, daß alle Herren, die Stellen zu vergeben haben, sie bei uns anmelden, damit wir unseren stellensuchenden Mitgliedern eine recht reiche Zahl von Stellen zur Auswahl geben können.“

d) Statistik der Chemiker und Chemiestudierenden für das Jahr 1909. (Referent: Prof. Dr. B. R assow.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1646.)

Prof. Dr. R assow: „Die Statistik erweist, daß trotz der zurückgehenden Konjunktur, die wir in vielen Industrien im abgelaufenen Jahre hatten, die Zahl der angestellten Chemiker in den Firmen, die uns Mitteilung machen, nicht heruntergegangen, sondern gestiegen ist. Andererseits ist die Zahl der Chemiestudierenden im Laufe des vergangenen Jahres etwas heruntergegangen, während die Zahl der ausländischen Chemiestudierenden sich im laufenden Jahre erheblich vermehrt hat.“

Vors.: „Es ist jetzt zwischen Wintersemester und Sommersemester unterschieden worden, das

können wir künftig weglassen. Es wäre aber vielleicht wünschenswert, noch eine Rubrik zu schaffen, die die Zunahme in Prozenten ausdrückt, nicht nur bei den Angestellten, sondern auch für die anderen.“

e) Adressenverzeichnis sämtlicher deutscher Chemiker; Vorarbeiten für den Mitglieder-Almanach. (Referent: Prof. Dr. B. R assow.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1648.)

Vors.: „Der Bericht liegt gedruckt vor; zu unserem Leidwesen ist, wie Sie daraus ersehen, die Zahl derjenigen, die in den Almanach hinein wollten, so klein gewesen, daß die Sache bis jetzt ins Wasser gefallen ist. Ich weiß nicht, ob nicht doch noch eine erneute Anregung gegeben werden sollte. Ich hatte gedacht, die Eitelkeit der deutschen Chemiker wäre größer.“

f) Vermittlungsstelle für Vorträge. (Referent: Prof. Dr. B. R assow.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1648.)

Vors.: „Es wird sicher die Mitglieder des Vorstandsrats interessieren, welche Vorträge angemeldet werden. Deshalb schlage ich vor, daß zukünftig alle Vorstandratsmitglieder diese Liste der Vorträge erhalten.“

g) Studium der Ausländer an deutschen Hochschulen. (Referent: Dr. Karl Goldschmidt.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1648.)

9. Hilfskasse. (Referent: Dr. F. R aschig.)

(Vgl. Geschäftliche Sitzung, S. 1652.)

10. Tätigkeit des Ausschusses zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes. (Referent: Dir. F r i t z L ü t y .)

Nachdem im Jahre 1908 der Verband selbständiger öffentlicher Chemiker Deutschlands den Vorsitz im Ausschuß zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Chemikerstandes geführt hatte, ging dieser Vorsitz im Jahre 1909 auf die Chemische Gesellschaft über. Während des Jahres 1909 haben Sitzungen nicht stattgefunden. Über den Fortgang der Geschäfte ist daher nichts zu berichten. Am 1./1. 1910 übernahm die freie Vereinigung deutscher Nahrungsmittelchemiker den Vorsitz, welcher durch Herrn Prof. Dr. B ö m e r , Münster i. W., ausgeübt wird.

Dir. L ü t y : „In der letzten Ausschußsitzung vom 7./5. d. J. stand folgende Eingabe, betreffend die Forderung des Maturums für Chemiestudierende, auf der Tagesordnung.

„Forderung des Maturitätsexamens für alle chemischen Examens.“

Während bei allen anderen gelehrt Berufen das Maturum ohne jede Ausnahme die Grundbedingung für die Zulassung zum Studium ist, soll nach zuverlässigen Nachrichten die Reichsregierung bei der in der Schwebe begriffenen Neuregelung des Examens für Nahrungsmittelchemiker, des einzigen bis jetzt bestehenden Staatsexamens für Chemiker, beabsichtigen, die bisher bestehenden Ausnahmen für die Zulassung immaturer Kandidaten beizubehalten. Der Ausschuß ist der Ansicht, daß mit Rücksicht auf die Schwierigkeit des Chemiestudiums und die große Bedeutung der Chemie in Wissenschaft und Praxis die unbedingt notwendige gründliche Vorbildung durch das Maturitätsexamen

nachgewiesen werden müsse, und daß daher dies Examen als Grundbedingung für die Zulassung zum Examen für Nahrungsmittelchemiker gefordert werden solle, zumal auch die Universitäten und technischen Hochschulen für die Verleihung eines akademischen Grades nunmehr allgemein die Maturität als Grundbedingung fordern. Der Ausschuß beschließt, in diesem Sinne eine Eingabe an die zuständige Stelle zu richten.“

Es war von vornherein klar, daß wir das Maturum für das Studium der Chemie nicht verlangen können; wir können nur verlangen, daß denjenigen Herren, die an einer technischen Hochschule oder Universität ihr Studium mit einem akademischen Grade abschließen wollen, das Maturum auferlegt wird, und soweit wir wissen, sind sämtliche technischen Hochschulen und Universitäten im Deutschen Reich und die Universitäten der Schweiz zu der Forderung des Maturums übergegangen.“

V o r s.: „Ich bin beauftragt worden, bei dieser Gelegenheit zur Sprache zu bringen, daß an der Universität Leipzig seit kurzer Zeit, seit dem 1./4., dazu übergegangen worden ist, eine Änderung der Bestimmungen dahin zu treffen, daß zur Promotion ausnahmsweise zugelassen werden nicht nur die Apotheker mit Note I, sondern auch diejenigen, welche die Note II haben. Wenn dies wahr ist, ist man also in Leipzig statt vorwärts rückwärts geschritten. Es wäre das zu bedauern und zu beklagen. Ich glaube, wir tun deshalb gut, erneut festzustellen, daß wir, wie die Apotheker es selbst wünschen, das Abiturientenexamen für alle Chemiker ohne Ausnahme, also auch für den Apotheker, fordern müssen.“

A n m e r k u n g d e r G e s c h ä f t s s t e l l e .

Auf unsere Anfrage bei der philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, ob in der seit dem 1./4. d. J. in Kraft getretenen Promotionsordnung eine Abschwächung der Bestimmungen für im mature Doktoranden enthalten sei, wurde uns mitgeteilt, daß eine solche nicht eingetreten sei, sondern daß im Gegenteil durch die neue Promotionsordnung von den immaturen Doktoranden der philosophischen Fakultät, soweit solche überhaupt zugelassen werden, die Reife für Prima einer neunklassigen Schule verlangt werde, während früher die Reife für Obersekunda genügte. Überdies wird verlangt, daß der Bewerber die pharmazeutische, zahnärztliche oder pädagogische Prüfung vor einer sächsischen Kommission mindestens mit der Note IIa bestanden hat, daß der Bewerber von dem Vertreter des Faches, welchem die Dissertation angehört, und dem Vertreter eines anderen Faches, auf Grund ihrer persönlichen Kenntnis von den Studien und der Tüchtigkeit der bisherigen Leistungen empfohlen wird, und wenn die Dissertation nach dem Urteil der beiden Referenten und dem einstimmigen Votum der Fakultätssektion als eine hervorragende Leistung (Note I) anzusehen ist. Außerdem muß die mündliche Prüfung mindestens die Durchschnittszensur II ergeben.

Da die Zwischennote IIa im pharmazentischen und zahnärztlichen Examen nicht erteilt wird, so bleibt es bei den Bewerbern aus diesen Berufsklassen nach wie vor bei der Bedingung, daß sie das betreffende

Examen mit der Note I bestanden haben. Die von unserem Herrn Vors. angeführte scheinbare Milde rung der Bedingungen beruht daher auf einem Mißverständnis, das indessen sehr nahe lag, da der Fernerstehende nicht wissen konnte, daß die Note IIa nur für Studierende der Pädagogik, aber nicht für Studierende der Pharmazie in Betracht kommt.

Wir entledigen uns hiermit auch eines Auftrages des Herrn Vors., indem wir diese Mitteilung zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen.

Dir. Lüty: Über die übrigen Punkte der Tagesordnung der Ausschußsitzung, deren Protokoll auf S. 1188 unserer Zeitschrift am 24. Juni d. J. veröffentlicht ist, möchte ich noch folgendes berichten: 1. „Der erste Punkt befaßte sich mit der Versicherung gegen Vermögensschaden und Haftpflicht. Die Versicherung bezieht sich in der Hauptsache auf Schadenersatzansprüche, wenn ein öffentlicher Chemiker durch falsche Analyse oder falsche Schlußfolgerungen ein Gutachten erstattet, durch welches ein Dritter geschädigt wird. Es ist eine derartige Versicherung dem Einzelnen zu überlassen, aber von Verbandswegen soll nicht dafür eingetreten werden.“

Die Versicherung selbst verstößt nicht gegen die Standesvereine.

2. Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf, betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung. Da ist der Beschuß gefaßt worden, daß wir ein Interesse daran haben, die Chemiker mit in das Pensionsgesetz einzubringen zu sehen.

3. Als dritter Punkt wurde von den öffentlichen Chemikern und der Freien Vereinigung auf die Kalamität hingewiesen, daß vielfach in den Fachzeitschriften Damen sich anbieten, die angeblich für diese oder jene Sache ausgebildet sind. Es ist beschlossen worden, die Fachzeitschriften zu ersuchen, derartige Inserate nicht aufzunehmen, andererseits die Inhaber von Chemieschulen darauf hinzuweisen, daß ihr Vorgehen nicht dem Standesinteresse entspricht. Wir sind uns klar darüber, daß wir z. B. die Chemiker-Zeitung nicht verhindern können, weder durch Bitten, noch durch Drohungen, diese Rubrik „Chemikerinnen“ aufzugeben; sie bringt ihr Geld. Ferner ist es uns klar, daß wir nicht auf die Herren, die Chemieschulen haben, in dem Sinne einwirken können, daß sie die Ausbildung von Damen unterlassen. Der eine oder andere wird sich vielleicht dazu bestimmen lassen, die Damen nicht Chemikerinnen zu nennen, sondern ihnen einen anderen Titel zu geben.

4. Der vierte Punkt betraf die Beurteilung chemischer Gutachten durch Nichtchemiker. Das ist eine Frage, die uns schon länger beschäftigt hat, die auch Herr Dr. B e i n vorhin gestreift hat, daß Nichtchemiker die Arbeiten der Chemiker kritisieren. Dagegen hat der Ausschuß wiederholt Stellung genommen. Solange das Referat im Kultusministerium in den Händen bleibt, in denen es jetzt noch liegt, wird eine Änderung kaum zu erzielen sein; trotzdem stehen wir auf dem Standpunkt, daß steter Tropfen den Stein höhlt.

6. Als sechster Punkt wurde die Frage des Ehrenworts in Anstellungsverträgen behandelt, sie wurde dadurch erledigt, daß wir auf unsere heutige Tagesordnung hinwiesen.“

11. Tätigkeit des deutschen Ausschusses für den mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterricht¹⁾.

(Referent: Prof. Dr. B. Rassow.)

Im Berichtsjahre fanden außer kleineren Zusammenkünften zwei größere Sitzungen statt.

Der Unterausschuß für Lehrerbildung hielt aus Anlaß der Neuordnung des höheren Mädchengeschwesens in Preußen am 6./3. 1909 zu Berlin eine Sitzung ab. Das Ergebnis dieser Aussprache der Mitglieder untereinander und mit Vertretern des preußischen Unterrichtsministeriums, sowie der gesamten preußischen Oberlehrerinnenkurse, des Oberlehrerinnenvereins und des Zentralverbandes zur Durchführung der Mädchengeschulreform wurde in einer kleinen Denkschrift unter dem Titel: „*Mathematik und Naturwissenschaft an den neugeordneten höheren Mädchengeschulen. Wie erhalten wir die erforderlichen Lehrkräfte?*“ zusammengefaßt. Infolge der beiden neuen, einschneidenden Ministerialerlassen vom 3. und 11./4. 1909 ergab sich die Notwendigkeit eines Zusatzes, dahin lautend, daß die methodischen Bemerkungen zu den neuen Lehrplänen gutzuheißen sind, daß jedoch die lehrplanmäßige Verteilung des Unterrichtsstoffes in Mathematik und Naturwissenschaften den ernstesten Bedenken unterliegt. In betreff der Beschaffung der Lehrkräfte hält der Deutsche Ausschuß den Weg über die Reifeprüfung, geordnetes Studium und Lehramtsexamen allein für richtig, für eine Übergangszeit von etwa 10 Jahren aber im Hinblick auf den voraussichtlich großen Bedarf auch eine Zulassung seminaristisch vorgebildeter Lehrerinnen zum Studium und zur Oberlehrerinnenprüfung unter besonderen Kautelen für angängig.

Um bei der gesetzlichen Regelung des höheren Bildungswesens für die weibliche Jugend im Königreich Sachsen die angedeuteten Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, richtete der deutsche Ausschuß an die Kgl. sächs. Unterrichtsverwaltung eine Eingabe mit der Bitte, den aufgestellten Forderungen Rechnung zu tragen.

Weiter beschäftigte sich der Ausschuß mit der Frage der *Hebung des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts an den Volksschulen, Mittelschulen, Fortbildungsschulen und vor allem an den Seminaren*. Er betont, daß sich der Seminarunterricht in Mathematik und Naturwissenschaften nicht auf ein Buchstudium, sondern auf ein lebendiges Sachstudium stützen müsse. Der Ausschuß will versuchen, hierfür Vorschläge auszuarbeiten.

Auf Anregung des Deutschen Ausschusses hat auch eine ausgedehnte literarische Tätigkeit stattgefunden; es ist z. B. eine Abhandlung über die *naturwissenschaftliche Ausbildung der Landwirtschaftslehrer* schon erschienen, ein Aufsatz über die *hygienische Ausbildung der Lehrer* steht in Aussicht.

Bedeutsam ist es, daß neuerdings auch die Vertreter der Erdkunde sich wieder mit den Fragen des Unterrichts in ihrem Fache lebhafte beschäftigen. Auf der Versammlung deutscher Philologen im September 1909 in Graz wurden von der Abteilung für Geographie „*Thesen für die Ausbildung der Lehrer der Erdkunde auf der Universität ange-*

nommen, welche vor allem den Wert einer gediegenen wissenschaftlichen, besonders auch praktischen Vorbildung betonen.

Die Forderungen der Hauptversammlung des Vereins deutscher Chemiker zu Frankfurt a. M. betr. die *Verbesserung des chemisch-technologischen Unterrichts an den Universitäten* wurden vom Deutschen Ausschuß registriert und sind unseren Vereinsmitgliedern bekannt.

Nach dem Muster des Deutschen Ausschusses hat sich unter Führung des Vereins deutscher Ingenieure ein besonderer „Deutscher Ausschuß für technisches Schulwesen“ gebildet, der sich die Bearbeitung aller Fragen des Fachschulwesens zum Ziel gesetzt hat. Fragen des mathematischen und naturwissenschaftlichen Unterrichts wird der neue Ausschuß im Einverständnis mit dem Deutschen Ausschusse erledigen.

Schließlich soll noch der Arbeiten der Internationalen mathematischen Unterrichtskommission gedacht werden, deren deutsche Unterrichtskommission, gestützt auf die Arbeiten des Deutschen Ausschusses, ihre Arbeiten bereits sehr gefördert hat. Von ihr geht die von Klein herausgegebene Sammlung aus: „*Abhandlungen über den mathematischen Unterricht in Deutschland, veranlaßt durch die internat. mathemat. Unterrichtskommission.*“

Prof. Dr. B. Rassow: „Es hat noch zu Ostern eine erneute Sitzung stattgefunden, an der ich nicht teilgenommen habe; ich weiß nicht, ob der Herr Vorsitzende teilgenommen hat.“

Vors.: „Ich habe daran teilgenommen. Wir haben wieder zwei Tage gesessen; nachdem die Ausbildung der Lehramtskandidaten an den höheren Schulen in die Wege geleitet und auch die Mädchengeschulreform genügend behandelt worden ist, sind wir dem Volksschulunterricht näher getreten. M. E. krankt bei uns am meisten der Volksschulunterricht, sowohl der Volksschulunterricht im engeren Sinne als der Fortbildungsschulunterricht. Hier aber kann der deutsche Ausschuß nicht direkt eingreifen; es ist eine sehr schwierige und komplizierte Materie, andererseits aber sehr wichtig, indem 90% aller Deutschen in der Volksschule ausgebildet werden und nur 10% höhere Schulen besuchen. Der Ausschuß erachtet es für nötig, in erster Linie der Ausbildung der Volksschullehrer Aufmerksamkeit zu schenken und dahin zu wirken, daß an Stelle des Buchwissens und des reinen Auswendiglernens, wie es in den Seminaren getrieben wird, ein guter Anschauungsunterricht tritt. Die Leute sehen auf dem Seminar nie Naturobjekte, sie lernen nur aus dem Buch. Da muß ganz energisch eingeschritten werden. Es ist eine Rundfrage ergangen, Preußen hat aber die Beantwortung abgelehnt. Es gestattet nicht, daß Auskunft gegeben wird über das, was auf den Seminaren getrieben wird. In anderen Bundesstaaten steht es viel besser, Baden und Sachsen haben ausgezeichnete Volksschullehrerseminare, aber von Preußen kann man dies leider nicht behaupten. Da muß der D. A. einsetzen, der unter dem Vorsitz von A. Guttmann in Halle und unter der hervorragenden Initiative und Führung von Felix Klein in Göttingen tätig ist. Seine Wirksamkeit hat schon gute Früchte getragen, und wir können nur dankbar sein, ihm auch anzugehören.“

1) Vgl. Z. f. angew. Chemie 22, 2546 (1909).

Endlich fangen auch die Mediziner an, sich zu betätigen; Prof. von Müller in München hat neulich einen interessanten Vortrag gehalten, an den sich eine interessante Diskussion schloß. Dabei hat sich gezeigt, daß man auch in den Kreisen der Ärzte nicht mehr allgemein dazu neigt, der klassischen Bildung den Vorzug vor derjenigen der Realanstalten zu geben.“

12. Die Tätigkeit des Vereins chemische Reichsanstalt

(Referent: Prof. Dr. D e l b r ü c k.)

Die Aussichten zur Verwirklichung der chemischen Reichsanstalt bessern sich fortgesetzt. Sowohl das Stiftungskapital, wie die regelmäßigen Beiträge erfreuen sich einer schönen Weiterentwicklung. Die Baupläne werden nunmehr endgültig unter Festsetzung der Unkosten bearbeitet. Es darf erwartet werden, daß mit dem Bau am 1./4. 1911 begonnen wird.

Es wird nichts zu dem gedruckten Referat hinzugefügt.

„V o r s.: „Wir gehen nun zu Punkt 8 zurück, den wir vorhin verschoben hatten.“

8. Wahlen für den sozialen Ausschuß.

Dr. Quinecke: „Ich möchte vorschlagen, an Stelle des Herrn Wohlgemuth Herrn Dr. Heyer aus Schlebusch zu wählen; ferner an Stelle von Herrn Dr. Scheithauer, falls er in den Vorstand gewählt wird, Herrn Dr. Diehl. Diesen Vorschlag möchte ich besonders rechtfertigen. Erstens ist es sehr wichtig, daß Herr Prof. Osterrieth in Berlin einige Herren hat, mit denen er direkt verhandeln kann. Jetzt ist es so, daß er immer nur dann uns sprechen kann, wenn wir zufällig einmal hinkommen. Ein zweiter Grund ist der: es fehlt im Sozialen Ausschuß naturgemäß an gewissen juristischen Kenntnissen, infolgedessen wird Herr Prof. Osterrieth mit einer ganzen Anzahl von Fragen überlastet und muß sie dann von sich aus entscheiden. Deshalb wäre es zu empfehlen, einen Herrn zu wählen, der juristische Kenntnisse hat, und das würde bei Herrn Dr. Diehl zutreffen.“

Weitere Bemerkungen werden nicht gemacht; die Versammlung erklärt sich einverstanden, daß morgen vorgeschlagen werden soll in den sozialen Ausschuß folgende Herren zu wählen:
Herr Dr. Goldschmidt, Essen, bis Ende 1913.
Herr Dr. Jaeger, Neuß, bis Ende 1913.
Herr Dr. G. Schmidt, Schlebusch, bis Ende 1913.
Herr Dr. Heyer, Schlebusch, bis Ende 1913.
An Stelle des Herrn Dr. Scheithauer:
Herr Dr. Diehl bis Ende 1912.

18. Vertreter der Fachgruppen im Vorstandsrat.

Zu einem Schreiben der Vorsitzenden der Fachgruppen wird die Diskussion eröffnet.

Dr. Fresenius: „Es hat sich für uns nur darum gedreht, die Sache klar zu stellen. Es war an die Fachgruppen die Aufforderung gekommen, sich durch solche Herren vertreten zu lassen, die schon als Mitglieder des Vorstandes oder als Vertreter eines Bezirksvereins oder als Mitglieder des Sozialen Ausschusses an der Hauptversammlung

teilnehmen, um so die Kosten zu sparen. Ein erheblicher Teil der Vorstände von Fachgruppen war der Ansicht, daß das den Satzungen widerspricht, und daß sie das nicht ohne weiteres tun könnten, daß dazu vielmehr eine Änderung der Satzungen der Fachgruppen notwendig wäre, die doch von dem Vorstandsrat selbst erst gerade genehmigt worden sind. Andererseits war angeregt worden, ob nicht der eine oder andere Vertreter einer Fachgruppe auf die Reisekostenentschädigung verzichten würde; damit würde der Einwand gegen den gegenwärtigen Modus beseitigt sein. Es ist aber gerade von dem Herrn, der den Vorschlag zu dem Schreiben der Geschäftsführung an die Fachgruppen gemacht hat, darauf hingewiesen worden, daß das nicht gut tunlich sei, weil diejenigen Mitglieder, die nicht auf die Entschädigung verzichten könnten oder wollten, damit in eine peinliche Lage kämen. Es war deshalb für uns Vorsitzende der Fachgruppen der Wunsch vorhanden, hier Klarheit zu schaffen.

Es wird also notwendig sein, entweder, daß man die Satzungen der Fachgruppen ändert, oder daß man die Zusammensetzung des Vorstandsrats ändert, oder daß man sagt: wir können auf Reisekosten verzichten. Eine dieser Änderungen muß man treffen, oder man muß die Sache lassen, wie sie ist.“

V o r s.: „M. H.! Bekanntlich ist Herr Dir. Krey Veranlasser des Briefes gewesen, den die Geschäftsstelle an die Fachgruppen gerichtet hat. Er würde gern selbst für seinen Vorschlag eingetreten sein; durch die Krankheit seines Sohnes ist er verhindert, hier zu erscheinen; er hatte Herrn Dr. Scheithauer gebeten, einige Worte an Sie zu richten, aber auch Herr Scheithauer ist verhindert, und so muß ich das an seiner Stelle tun.

Herr Dir. Krey meint, es hätte sich auf diese Weise eine Ersparnis erzielen lassen; er wollte nur dazu beitragen, daß das Defizit des Vereins schwinde. Nun hat Herr Prof. Rassow dieses Rundschreiben erlassen zu einer Zeit, als ich in Urlaub war. Ich selbst stehe auf einem etwas anderen Standpunkt und habe das heute morgen in der Sitzung des Vorstandes schon ausgeführt. Der Vorstand ist mit mir der Meinung, daß die Frage:

1. Sollen neben dem Vorstand, den Bezirksvereinen und dem Sozialen Ausschuß die Fachgruppen als solche im Vorstandsrat vertreten sein? absolut mit einem lauten und vernehmlichen Ja zu beantworten ist. Ich habe schon ausgesprochen, daß wir uns freuen, die Fachgruppen im Vorstandsrat zu haben, daß wir sie herzlich willkommen heißen, und daß sie die Zwecke des Vereins außerordentlich gefördert haben.

Auf die zweite Frage: Soll es bei der bisherigen Fassung der Satzung der Fachgruppe verbleiben, wonach die Vorsitzenden die Vertreter im Vorstandsrat sind? antworte ich: sie brauchen nicht nur die Vorsitzenden zu nehmen, sie können ihre Satzungen dahin ändern, daß sie auch andere Vertreter in den Vorstandsrat delegieren, z. B. wenn der Vorsitzende keine Lust hat, die Fachgruppe im Vorstandsrat zu vertreten. Es ist nicht zulässig, daß der Vorsitzende nur für den Tag der Vorstandsratssitzung einen anderen Herrn delegiert; von vornherein muß ein Delegierter und ein Stellvertreter von der Fachgruppe als Vertreter im Vorstandsrat ernannt sein.

Zu der dritten Frage: Ist es angängig, daß Mitglieder des Vorstandsrats auf die Reisekostenentschädigung verzichten? antworten wir Nein, wie dies auch Herr Dir. Krey schon ausgesprochen hat. Ein Verzicht auf die statutenmäßig festgelegte Reisekostenentschädigung ist unzulässig, weil wir nicht unterscheiden wollen zwischen Mitglieder des Vorstandsrats, die Reisekosten bekommen und solchen, die keine nehmen. Der Mildtätigkeit sind ja insofern keine Schranken gesetzt, als jemand, wenn er die Reisekosten nicht ersetzt haben will, den Betrag der Hilfskasse zuwenden oder für einen sonstigen Vereinzweck verwenden kann. Aber ein direkter Verzicht ist nach Ansicht des Vorstandes ausgeschlossen.“

Geheimrat Prof. Dr. Delbrück: „Ich glaube, der Satz 15, der die Diätenfrage regelt, hindert nicht, daß die Fachgruppen beschließen können, die Diäten für ihre Vertreter fallen zu lassen. Ich stelle den Fachgruppen anheim, je für sich einen Beschuß zu fassen, daß sie die Kosten für ihre Vertreter selbst tragen wollen. Es heißt in dem Satz, nur die Kosten sollen erstattet werden, aber es steht nicht darin von Wein.“

Dr. Quinecke: „M. H.! Als Vertreter der größten Fachgruppe muß ich diesen Vorschlag des Herrn Geheimrat Dr. Delbrück als möglich zugeben. Ich habe ihn bei uns zur Diskussion gestellt; es ist eine einzige Antwort eingegangen und die lautete dahin, daß es nicht angängig wäre, daß die Fachgruppen die Kosten auf sich nehmen, weil das zu merkwürdigen Konsequenzen führen würde. Dieser Einwand erscheint nicht ganz ungerechtfertigt. Es wird einer Fachgruppe der ganze Beitrag, im Durchschnitt in Höhe von 1—2 M., überwiesen; dafür hat die Fachgruppe in der Regel verhältnismäßig recht wenig zu leisten. Die anorganische Fachgruppe hat im Laufe der letzten $2\frac{1}{2}$ Jahre erst eine Sitzung gehalten, zu der Reisekosten zu entschädigen gewesen wären. Wenn man dagegen bedenkt, daß die Bezirksvereine eine ganze Anzahl Kosten zu tragen haben, so wäre leicht Änderung dahin zu schaffen, daß ein bestimmter Prozentsatz, sagen wir 20% des Fachgruppenbeitrags, an die große Kasse ginge. Notorisch erheben die Fachgruppen im Verhältnis zu dem, was sie brauchen, einen ziemlich hohen Beitrag. Weniger wie eine Mark kann man nicht gut erheben. In der anorganischen Fachgruppe könnten wir für das nächste Jahr uns recht gut mit einem Beitrag von 50 Pf begnügen, denn es hat keinen Zweck, die Sache aufzubauschen; das können wir aber doch nicht gut; wir müssen auch für das nächste Jahr mindestens 1 M. erheben. Ich glaube, der Vorschlag verdient erwogen zu werden, daß die Fachgruppen 20—30% ihres Beitrags an die Hauptkasse abliefern.“

Eine andere Anregung. Es weiß kein Mensch, wie viele Mitglieder die Fachgruppen haben. Die Geschäftsführung erhält die Mitteilung, aber die Mitteilungen, die die Fachgruppen machen, sind notorisch meist falsch. Jemand wird gefragt, ob er nicht der anorganischen Fachgruppe beitreten will, der Beitrag beträgt nur 1 M. Natürlich sagt er zu. Nun vergißt er den Beitrag zu zahlen, Herr Lüty weiß nichts davon. Mit Postauftrag wird er nicht erhoben, und so wird das Mitglied gestrichen. Wenn

die Mitgliederverzeichnisse dem Schatzmeister zugestellt würden, so hätten wir eine Kontrolle.

Ich will keinen Antrag stellen, möchte aber das Gesagte zur Anregung anheimgeben.“

Geheimrat Dr. Delbrück: „Ich glaube, diesen Antrag sehr warm unterstützen zu können. Meine Fachgruppe für Gärungsschemie erhebt gar keinen Beitrag, hat keine Kosten. Ich bin Vors. und Kassenführer, habe aber durch die Kassenführung keine erhebliche Mühwaltung. Wir könnten sehr gut einen Beitrag erheben und den ganzen Beitrag abführen.“ (Heiterkeit.)

Vors.: „M. H.! So sehr ich wünsche, daß die Einnahme des Vereins gesteigert wird: auf diesen Boden möchte ich doch nicht treten. Wenn die Fachgruppen ihre Beiträge nicht aufbrauchen, so gäbe es wohl andere Verwendungen dafür. In zwei Jahren haben wir den Kongreß für angewandte Chemie in Amerika. Es wäre wünschenswert, daß wir würdig dabei vertreten sind; aber noch wünschenswerter, wenn das eine oder andere Mitglied einer Fachgruppe aus pekuniären Gründen nicht in der Lage ist, die Reise aus eigenen Mitteln allein über den Ozean zu machen, einen Beitrag hinzubekommen könnte. Ich fände das sehr schön; die Fachgruppen würden dann Gutes wirken. Sammeln Sie also und nicht bloß für den Kongreß in Amerika, sondern für alle folgenden Kongresse einen möglichst großen Reservefond.“

Dir. Lüty: „M. H.! Abgesehen davon, daß, wie Herr Prof. Delbrück sagt, ein Teil der Fachgruppen keinen Beitrag erhebt, beträgt die Gesamtsumme, die die Fachgruppen einziehen, ungefähr 800—900 M. Davon 20%, wären etwa 200 M. Es wäre ja nett, wenn wir die 200 M hätten, aber ein Äquivalent für dasjenige, was dafür von Seiten des Vereins getan wird, wäre es nicht. Aber etwas anderes: wir sind nicht in der Lage, etwa einem Bezirksverein, der ein hübsches Stück Geld auf der Sparkasse hat, zu sagen: davon muß du jetzt 30% abgeben. Das geht nicht, weil es Beiträge sind, die die Vereine sich selbst auferlegen; darüber haben wir keine Verfügung.“

18 b. Beitragszahlung.

Dir. Lüty: „Noch etwas möchte ich zur Sprache bringen. Die Erhebung der Beiträge der Bezirksvereine und der Fachgruppen geschieht nur im Interesse der Vereinsmitglieder. Von 19 Bezirksvereinen erheben ungefähr 14 Beiträge, teilweise durch mich, teilweise selbst. Dazu kommen 11 Fachgruppen, das sind 25 Korporationen, die einen Beitrag erheben. Die Feststellung der Beiträge würde sehr einfach sein, wenn die Mitglieder so liebenswürdig wären, die Rückseite des Postscheckformulars anzusehen und auszufüllen, z. B. „ich gehöre dem Märkischen Bezirksverein an oder der Fachgruppe für Rechtsschutz oder der medizinisch-pharmazeutischen“. Dann hat man 25 Reichsmark zu zahlen, aber gerade die Herren, die in den Fachgruppen und in den Bezirksvereinen tätig sind, schreiben zu den 25 M. nur noch den eigenen Namen, und wenn sie besonders liebenswürdig sind, ihre Adresse dazu; es kommt sogar beim Postscheck vor, daß Beiträge einlaufen ohne Namen des Absenders und ohne irgend eine Angabe, wofür das Geld zu brauchen ist. Um hier Änderung zu schaffen, bedürfen wir

einer ziemlichen Arbeit. Da müssen wir das Mitgliederverzeichnis zur Hand nehmen, um festzustellen, welchem Fachverein, und welchem Bezirksverein das Mitglied angehört; wo das nicht aushilft, schreibt man dem Mitglied eine Postkarte mit der entsprechenden Anfrage. Vielfach bekommt man dann einen wenig freundlichen Brief zurück, der die gewünschten Angaben bringt, vielfach gibt es auch gar keine Antwort. Für die 1000 Fachgruppenbeiträge entstehen durch diese Nachlässigkeit mindestens 30 M unnötige Portokosten; auf die Beiträge für die Bezirksvereine entstehen ungefähr 100 M Kosten, die dem Hauptverein zur Last fallen. Nun kommt der Kassierer der Fachgruppe. Ich rechne mit ihm ab; da schreibt er: ich finde es furchtbar sonderbar, daß Sie mir erst am 3. Mai die Abrechnung schicken. Ja, m. H., Ende Mai habe ich meine Beiträge erst zu ungefähr 95—98% zusammen, trotzdem wir von Anfang November an die Beiträge einziehen.

Nun kommt, sagen wir am 7. Mai, eine Quittung über an den Bezirksverein bezahlte Beiträge. Am 7. Mai bin ich vielleicht nicht zu Hause, am 8. und 9. auch nicht; am 10. liegt schon ein Brief vor: es ist ganz unverantwortlich, seit mindestens 8 Tagen haben Sie meine Quittung, und ich noch nicht das Geld. M. H.! Wenn Sie mir nicht zutrauen, daß ich den Betrag einer Fachgruppe von ca. 30 M abliefer, so möchte ich den betreffenden bitten, ehrenhalber Schatzmeister des Vereins zu sein. (Heiterkeit.)

Ich habe dem Herrn Vors. in diesem Jahr eine Aufstellung zugehen lassen, in welcher Weise durch Nachhilfe schließlich die Beiträge einkommen. Wenn ich Ihnen sage, daß wir von Anfang November bis Ende Januar eingezogen haben, und daß wir dennoch über 2000—2500 Ausstände haben, trotz des jedem Hefte vorgeklebten farbigen Wochenzettels und der mehrfach beigelegten Zahlkarten, so werden Sie das vielleicht nicht für möglich halten. Ich will nicht mit Ihnen rechten, ich könnte einzelne der Herren hier im Saale, die sich darüber wundern, darauf hinweisen, daß sie auch zu den 2000 Rückständigen gehört haben. (Große Heiterkeit.) Es sind hier Herren, die mit dem Beitrag so lange gewartet haben, bis der ominöse Postauftrag kam. Der Postauftrag scheint in Deutschland sehr schlecht angeschrieben zu sein, sonst könnte man die Zuschriften nicht verstehen, daß dadurch der Kredit gestört und dergleichen mehr Unheil angerichtet würde. Herren, die im Auslande leben, z. B. in Belgien oder gar in Norwegen, wo die Postverbindung vielleicht nicht gut ist, schreiben direkt: ziehen Sie die Sache durch Postauftrag ein.

Ende Januar, Anfang Februar geht die erste schriftliche Mahnung ab, Ende Februar die zweite, welche immerhin noch 800—1000 Mitglieder betrifft. Dann ist die Zahl der Restanten bis auf 500—600 gesunken, der mehrfach angekündigte Postauftrag wird versendet. 100—150 Postaufträge kommen unbezahlbar zurück, die Mitglieder werden nochmals zur Zahlung mit Einschreibbrief bis zu einem bestimmten Termin aufgefordert und dann im Nichtzahlungsfalle aus den Listen des Vereins gestrichen. Durch diese mühsame Arbeit wird erreicht, daß bis Ende Mai 95—98% der Mitglieder gezahlt haben, und daß der Verein hierfür 1000 bis

1200 M Auslagen hat, die viel nutzbringender verwendet werden könnten, wenn die Mitglieder in den Monaten November bis ultimo Januar zahlen wollten.

Diese kleine Schilderung gibt Ihnen ein Bild von den Freuden des Schatzmeisters des Vereins deutscher Chemiker.“

18c. Gemeinsame Fahrt nach Brüssel.

Dr. Berend: „Ich habe vor einiger Zeit in Anregung gebracht, gemeinsam mit den westlichen Bezirksvereinen einen Ausflug nach der Ausstellung in Brüssel zu machen, wobei ich von der Voraussetzung ausging, daß dort die Mitglieder des Vereins deutscher Chemiker mit ganz besonderem Selbstbewußtsein hinkommen könnten, in Anbetracht der gewaltigen chemischen Ausstellung, die aber, wie ich höre, gar nicht vorhanden ist. Die Chemie ist so wenig vertreten, daß man überhaupt von einer chemischen Ausstellung nicht sprechen kann. Diese Voraussetzung fällt also fort. Ich denke aber, daß es doch ganz schön wäre, wenn wir gemeinsam einen derartigen Ausflug in Szene setzen, möchte aber nicht nur die Herren, die in unserer nächsten Nähe sich befinden, bitten, sich uns anzuschließen, sondern möchte, daß möglichst viele Mitglieder des Vereins sich uns anschließen und in Aachen bei uns zusammenfinden, so daß wir von dort aus die Sache regeln könnten. Sollte die Teilnehmerzahl zu gering sein, so hatte ich in Erwägung gezogen, gemeinsam mit dem Verein deutscher Ingenieure, mit dem wir auf freundschaftlichem Fuße stehen, das Unternehmen durchzuführen. Wir würden, glaube ich, gerade mit dieser Kombination einen besonders günstigen Griff tun, weil der Verein deutscher Ingenieure zweifellos auf der Brüsseler Ausstellung ein wichtiges Wort sprechen kann.“

Ich habe mich mit dem Vors. unseres Brüsseler Bezirksvereins, Herrn Dr. Z a n n e r , in Verbindung gesetzt. Er hat mir geschrieben, daß dort schon die Rede von einem derartigen Besuch gewesen sei; bis jetzt sei es aber nicht möglich gewesen, offizielle Vergünstigungen in Aussicht zu stellen. Ich meine, das können wir vorläufig auf sich beruhen lassen. Jedenfalls möchte ich die Herren bitten, die Sache einmal in ihren Bezirksvereinen zu besprechen. Ich selber kann Ihnen vorerst nichts Bestimmtes versprechen, weil wir näheres in der Sache noch nicht getan haben; die Ausstellung ist ja noch gar nicht fertig; ich werde aber in der Richtung, wie ich es eben skizziert habe, die weiteren Schritte demnächst tun, und wenn eine größere Teilnehmerzahl vorhanden ist, mit einem Reisebüro Abmachungen treffen. Darüber soll in der Vereinszeitschrift berichtet werden. Wir haben gedacht, daß der Ausflug Ende Juli oder August stattfinden soll, und zwar, wie gesagt, von Aachen aus. Ich möchte besonders darauf hinweisen, daß diejenigen Herren, die auf unseren Aufruf uns mitteilen, daß sie teilnehmen wollen, dann auch gebunden sein werden, an der Tragung der Kosten teilzunehmen.“

Wir würden offiziell Vergünstigungen auf der Ausstellung bekommen und eine billige Fahrt und entsprechendes Unterkommen in Brüssel finden, was jetzt schon sehr schwer ist. Die Hotels sind bereits jetzt überfüllt und das wird noch schlimmer werden; im Sommer ist es in Brüssel schon immer

schwierig, unterzukommen. Noch sei bemerkt, daß, wenn nicht eine genügende Teilnehmerzahl sich findet, die Reise natürlich unterbleibt.“

D r . Z a n n e r : „Wir haben schon zu Anfang des Jahres die Angelegenheit der Ausstellung ins Auge gefaßt; zwei Versammlungen in Brüssel und in Antwerpen haben sich eingehend damit beschäftigt. Wir hatten das große Projekt, den ganzen Hauptverein nach Brüssel einzuladen. Es mußte natürlich diese Angelegenheit sehr unter die Lupe genommen werden, denn unser Privatvermögen ist gering und großen Anforderungen nicht gewachsen; andererseits haben wir keinen Einfluß auf die Ausstellungsbehörde. Das einzige, was uns geblieben wäre, ist, ev. bei dem Kommissär des Deutschen Reiches zu intervenieren. Wir müßten demnach von dem Gedanken abkommen, den Hauptverein offiziell einzuladen, und sind schließlich zu dem Entschluß gelangt, nur ein internes Fest für den Bezirksverein Belgien zu veranstalten und zwar Ende September. Wenn wir den Hauptverein eingeladen und etwas geboten hätten, was nicht genügte, so wäre das ja eine Blamage für lange Zeit gewesen. Wir haben indessen davon abgesehen und beschlossen, daß vor dem 15. Juni eine kleine Notiz in der Vereinszeitschrift erscheinen soll — früher wird

doch die Ausstellung nicht fertig —, in welcher wir uns anbieten, denjenigen Herren vom Hauptverein, die nach Brüssel kommen, in jeder Weise behilflich zu sein.“

V o r s.: „Wir sind dem Herrn Dr. Berend vom Aachener Bezirksverein und Herrn Dr. Zanner vom Belgischen Bezirkverein sehr dankbar für die Mühe, die sie auf sich nehmen wollen; die Geschäftsführung wird alles tun, sie zu unterstützen. Ich hoffe, daß der Erfolg ein guter sein wird.“

M. H.! Wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen; wir haben viel schneller als in früheren Jahren unsere Geschäfte erledigt. Das danken wir in erster Linie Ihnen, die Sie so ruhig und geduldig zugehört und die Debatten so kurz wie nur möglich gestaltet haben. Ich danke Ihnen herzlich dafür.“

D i r . C r e u t z : „M. H.! Wir haben in kurzer Zeit ein reiches Programm erledigt; das verdanken wir unserem Vorstande und vor allem der tüchtigen Leitung unseres Herrn Vors. Ich bitte Sie, zum Zeichen Ihrer Zustimmung sich von den Plätzen zu erheben.“ (Geschieht.)

V o r s.: „M. H.! Ich danke Ihnen im Namen des Vorstandes und schließe die Sitzung.“

Erste allgemeine Sitzung.

Donnerstag, den 19. Mai 1910.

V o r s.: Geheimrat Prof. Dr. Duisberg:

„Hochansehnliche Festversammlung! Königliche Hoheit! Werte Gäste! Liebe Kollegen! Zum ersten Male seit dem 23jährigen Bestehen des Vereins deutscher Chemiker weilt dieser in München. Viele von uns kennen und lieben diesen Sammelpunkt deutschen Wissens und Könnens, deutschen künstlerischen Schaffens und Wirkens, das Urbild deutscher Gemütlichkeit und Arbeitsamkeit an der Isar. Haben wir doch hier die schönsten Tage unseres Lebens, die Studenten- und Dienstzeit, verbracht, oder sind auf den Ferienwanderungen ins bayerische Gebirge und Salzkammergut, oder auf der Durchreise nach Tirol und Italien durch diese fröhliche Stadt gefahren. Wer aber könnte es übers Herz bringen, durch München zu reisen, ohne auszusteigen und einige Tage hier zu bleiben. Daher kennen wir es alle schon, das liebe Münchener Kindl, nicht nur sein anmutiges Äußeres, sondern auch sein gutes Herz, sein tiefes Gemüt. Fast möchten wir hier wie in Heidelberg mit dem Trompeter von Säckingen singen: „Auch mir stehst du geschrieben ins Herz gleich einer Braut, es klingt wie junges Lieben dein Name mir so traut.“

Aber München ist nicht nur Hochschule und Kunststadt, es ist auch die Haupt- und Residenzstadt Bayerns, des zweitgrößten Bundesstaates im deutschen Reich. Wenn auch immer und immer wieder von uns anerkannt und gewürdigt werden muß, was wir alles der mit Blut und Eisen geschmiedeten Einigkeit der deutschen Stämme verdanken, so darf dabei doch nicht vergessen werden, wie wichtig es war, und wie wertvoll es heute noch ist, daß bei der Gründung des deutschen Reichs die Selbständigkeit der Einzelstaaten erhalten blieb.

Unter anderem ist dadurch verhindert worden, daß, wie es sonst in fast allen anderen Staaten der Fall ist, die Hauptstadt der alleinige Sammelpunkt wissenschaftlicher, künstlerischer und gewerblicher Interessen wurde. Dadurch ist es möglich gewesen, daß neben Berlin die Residenzstädte der größeren Bundesstaaten nicht stehen blieben oder gar zurückgingen, sondern sich je nach ihrer Eigenart entwickeln und entfalten, ja in vielfacher Beziehung die Hauptstadt des deutschen Reiches übertreffen konnten. Ganz besonders was Wissenschaft, Kunst und Kunstgewerbe angeht, ist dies dank der Pflege, welche ihnen die Mitglieder des Königlich Bayerischen Hauses und an der Spitze desselben, Se. Königliche Hoheit der Prinzregent Luitpold, zuteil werden ließen, hier in München der Fall. Deshalb ist es uns Chemikern auch eine hohe Ehre und Freude, und wir betrachten es als eine ganz besondere Auszeichnung, auf unserer diesjährigen Hauptversammlung Se. Königliche Hoheit den Prinzen Ludwig von Bayern begrüßen zu können.

Indem wir Sr. Königlichen Hoheit für die Teilnahme an unserer Versammlung herzlichsten Dank abstellen, wollen wir in gewohnter Weise auch des Schirmers dieses Landes Sr. Königlichen Hoheit, des Prinzregenten Luitpold von Bayern; und des Mehrers des Reichs, des Deutschen Kaisers Wilhelm II., gedenken, indem wir folgende Telegramme zur Absendung bringen.

Seiner Königlichen Hoheit
dem Prinzregenten Luitpold von Bayern
Berchtesgaden.

Eurer Königlichen Hoheit, dem hohen Förderer von Kunst und Wissenschaft, dessen Haupt- und